

# AUS PRINZIP NACHHALTIG

Wird alles gut, wenn heute alle an morgen denken? Oder profitieren wieder nur die neoliberalen Eliten?



Liebe Leserinnen und Leser,  
werte Gäste des II. Dialogforum Hirschwang,

Arbeiterkammer und Gewerkschaft Niederösterreich haben nach dem großen Erfolg des Vorjahres den intensiven Meinungsaustausch mit kritischen Intellektuellen mit einer gesteigerten Dynamik im II. Dialogforum Hirschwang fortgesetzt: Nicht nur WissenschaftlerInnen aus Deutschland, Frankreich und Österreich sondern auch VertreterInnen der Politik haben sich dieses Jahr zu einem offenen Gedankenaustausch zum „Prinzip der Nachhaltigkeit“ im Schloss Reichenau getroffen.

Im Focus standen die Widersprüchlichkeiten der unterschiedlichen Anforderungen und verschiedenen Definitionsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die einer geglückten Arbeitsmarktpolitik, eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums oder die eines sichergestellten Umweltschutzes. Die Diskussionen entzündeten sich nicht zuletzt an den praktikablen Umsetzungsmöglichkeiten, die z.B. auch die Interessen der KonsumentInnen oder die langfristige Finanzierung des Gesundheitswesens gewährleisten sollten.

In diesem Tagungsband können Sie sowohl die Eröffnungsreden und Impulsvorträge gezielt nachlesen, als auch die spannungsgeladene Diskussion mithören: beigelegt ist eine MP3 CD, die alle Reden und Reaktionen beinhaltet. Außerdem finden Sie auf unserer Homepage [www.dialog-forum.eu](http://www.dialog-forum.eu) die Fotogalerie zum Dialogforum Hirschwang und ein Gästebuch für Ihren persönlichen Kommentar.

Wir danken allen, die durch ihr hohes Engagement und großes Wissen zu diesem besonderen Erfolg beigetragen haben und laden Sie sehr herzlich ein, am 24. Juni 2008 den Dialog bei unserem III. Dialogforum im Schloss Reichenau fortzusetzen.



Josef Staudinger  
AKNÖ-Präsident



Mag. Helmut Guth  
AKNÖ-Direktor

# Impulsreferate

**Begrüßung & Einleitung:** *Josef STAUDINGER, Präsident der AKNÖ und Vorsitzender des ÖGB NÖ;  
Mag. Helmut GUTH, Direktor der AKNÖ*

**Eröffnungsvortrag:** *Dr.<sup>in</sup> Susan GEORGE, Vizepräsidentin von ATTAC Frankreich und stv. Direktorin des Transnational Institute, Amsterdam*

## → Gedankenloses Wachstum oder frustrierende Stagnation?

Warum Nachhaltigkeit nicht zwangsläufig Nullwachstum voraussetzt und wo in einer nachhaltig gesteuerten Ökonomie und Ökologie die gravierenden Schnittstellen zu einer qualitativen Weiterentwicklung versus einer rein materiellen Expansion liegen.

**Impulsreferate:** *Prof. Dr. Eckart HILDEBRANDT, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung;  
Univ.-Prof.<sup>in</sup> Helga WEISZ, Institut für Soziale Ökologie der Alpen-Adria Universität Klagenfurt*

## → ...und raus bist du? Chancen einer generationsübergreifenden Solidargemeinschaft

Nachhaltigkeit bietet eine Orientierung, die als Element der Rechts- und Planungssicherheit in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft unverzichtbar ist. Die systemische Betrachtung erfordert daher nicht nur rein ökonomische und ökologische, sondern beispielgebend auch sozial-, kultur- und gesundheitspolitische Aspekte, die in nachhaltig wirksame Entscheidungen zu integrieren sind.

**Impulsreferate:** *Univ.-Doz.<sup>in</sup> Beate LITIG, Leiterin der Abteilung für Soziologie am Institut für Höhere Studien, Wien;  
Prof. (FH) Tom SCHMID, Leiter der Sozialökonomischen Forschungsstelle, Wien*

## → Was nützt einem das Leben, wenn man sonst ein Idiot ist?

In der gesellschaftlichen Realität des 21. Jahrhunderts werden im Kontext der neoliberalen Politik zunehmend individuelle Lebensentscheidungen getroffen, die mittel- und langfristig auch auf kollektiver Ebene nachhaltige Auswirkungen mit sich ziehen. Was macht Lebensqualität wirklich aus, und wo liegt die Balance für Politik und Individuum zwischen globaler Verantwortung und persönlichem Lebensglück?

**Impulsreferate:** *Univ.-Prof. Nikolaus DIMMEL, Fachbereich für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Salzburg;  
Dr. Erwin BUCHINGER, Bundesminister für Soziales und KonsumentInnenenschutz*

**Kritische Reflexionen:** *Prof. Karl AIGINGER, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien*

**Moderation:** *Mag.<sup>in</sup> Waltraud LANGER, ZIB-Ressortleiterin Wirtschaft beim ORF;  
Mag. Richard GRASL, Chefredakteur des ORF-Landesstudios Niederösterreich*

# Inhalt

→ **05** AKNÖ-Präsident Josef STAUDINGER: Perspektiven erweitern - Neue Denkmodelle ermöglichen → **09** AKNÖ-Direktor Mag. Helmut GUTH: Siegreiche Wirtschaftsform oder RäuberInnengesellschaft? → **13** Vizepräsidentin von ATTAC-Frankreich Dr. Susan GEORGE: Leben und Arbeiten in Würde - Die Macht der Bündnisse → **21** Prof. Dr. Eckart HILDEBRANDT: Zukunft der Arbeit auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft → **35** Univ.-Prof. Helga WEISZ: Nachhaltige Entwicklung oder: Die Kunst, eine Explosion zu managen → **39** Univ.-Doz. Beate LITTIG: Work-Life-Balance: Ein vielversprechendes Konzept für Nachhaltigkeitspolitik? → **43** Prof. (FH) Tom SCHMID: Wo geht's hier zur Salutogenese? → **49** Univ.-Prof. Nikolaus DIMMEL: Der autoritäre Wohlfahrtsstaat und seine Alternativen → **55** Bundesminister für Soziales und KonsumentInnenchutz Dr. Erwin BUCHINGER: Nachhaltige KonsumentInnenchutzpolitik → **61** WIFO-Direktor Prof. Karl AIGINGER: Die Dynamik gestalten - Antworten auf die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft → **75** Audiomitschnitt der Wissenschaftlichen Enquete (MP3-CD)



# Perspektiven erweitern - Neue Denkmodelle ermöglichen

Ich möchte Sie alle ganz herzlich in unserem Haus am Fuße der Rax willkommen heißen. Es ist uns eine ganz große Ehre, so hochkarätige Gäste bei uns begrüßen zu dürfen und Ihnen allen gleich zu Beginn ein großes Danke sagen, dass Sie zu uns gekommen sind. Gleichzeitig möchte ich auch meinem großen Stolz Ausdruck geben, dass das Dialogforum Hirschwang, das mit der wissenschaftlichen Enquete „Aus Prinzip nachhaltig“ als Höhepunkt aufwartet, das einzige dieser Art ist und heuer, nach einem tollen Erfolg im Vorjahr, das zweite Mal stattfindet. Auch in Zukunft werden einmal jährlich AKNÖ und ÖGB zusammen mit Organisationen wie dem Wirtschaftsforschungsinstitut, ATTAC und der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung (KAB) – mit einzigartigen und weltweit anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem europäischen Raum in den Dialog treten und neue Ideen für die Zusammenarbeit entwickeln.

Geschätzte Gäste, wir haben mit dem Dialogforum Hirschwang eine Plattform gegründet, auf der gegenwärtige Denkmodelle zu den unterschiedlichsten Themenbereichen von allen Winkeln und aus allen Ecken beleuchtet werden sollen. Wir wollen damit einen permanenten Diskussionsprozess einleiten, in dem die gesellschaftlichen Änderungen und Umwälzungen, in denen wir uns derzeit befinden, reflektiert werden.

Die wissenschaftliche Enquete widmet sich dem Thema „Aus Prinzip nachhaltig“. Ein Thema, dessen Komplexität unser aller höchste

Konzentration verlangt. Es ist auch schon aus den Beiträgen der ReferentInnen ersichtlich, welche grundlegendes zentrales Element für das Leben in all seinen unterschiedlichen Facetten sich hinter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ verbirgt.

Werte Gäste, um uns ein bisschen auf die bevorstehenden Diskussionen einzustimmen, möchte ich den Begriff „Nachhaltigkeit“ kurz aus dem ökologischen und ökonomischen Blickwinkel beleuchten. Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne ist notwendig, um die natürlichen Ressourcen unserer Umwelt zu erhalten, um den Generationenvertrag erfüllen zu können. Aber: Tun wir das wirklich? Wie gehen wir um mit Mutter Erde? Gestatten Sie mir bitte diesen uralten Terminus, denn er erleichtert mir den Übergang zu meiner Frage: Würde jemand von Ihnen so mit seiner Mutter umgehen, wie es viele Industrienationen seit Jahrzehnten mit unserer Natur tun?

Es werden Flüsse vergiftet, die Umwelt verpestet, ganze Landstriche verwüstet. Um des Profites Willen. Wir, in der sogenannten ersten Welt, beruhigen unser Gewissen, weil wir bunte und weiße Flaschen fein säuberlich in die dafür vorgesehenen Container werfen, oder biologisch abbaubare Waschmittel verwenden.

Dafür tragen wir Jeans und T-Shirts, deren Tages-Produktion soviel Wasser unwiederbringlich verbraucht, dass damit Tausende Menschen versorgt

werden könnten. Oder essen Mangos, die vorher unter gewaltigem Energieverbrauch den halben Globus umrunden mussten, damit sie bei uns im Supermarkt angeboten werden können.

Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne würde bedeuten, dass mit unserer Natur so umgegangen wird, dass sie sich wieder erholen kann; dass andere, umweltschonendere Produktionsweisen gefunden werden. Die Menschheit hat schon so oft bewiesen, dass sie anpassungsfähig ist, dass sie jederzeit Alternativen finden kann. Aber warum sollte man? Natur kostet nichts. Hier beruft sich das Kapital auf die ökonomische Lehre der beginnenden Industrialisierung. Diese geht davon aus, dass die Natur und ihre Ressourcen für jedermann unbegrenzt zur Verfügung stehen. Bis heute hat sich an dieser Sichtweise nichts geändert. Das Kapital bedient sich in einem unfassbaren Ausmaß unserer natürlichen Ressourcen, ohne Rücksicht auf Verluste.

Geschätzte Damen und Herren, da der Begriff „Nachhaltigkeit“ aus der Landwirtschaft kommen soll, gestatten Sie mir bitte die Verwendung des Begriffes „Monokultur“. Worauf ich hinaus will: Ein ursprünglich fruchtbares Ökosystem wird aus Gründen der Profitmaximierung ausgelaugt, bis es verödet. Jede Monokultur ist irgendwann zum Scheitern verurteilt, wenn kein rechtzeitiges Umdenken erfolgt. Lassen Sie mich das System der kapitalistischen Marktwirtschaft ebenfalls als ein in sich geschlossenes Ökosystem betrachten. Die Produktivität der arbeitenden Menschen ist jener Nährboden, aus dem Kapital erwachsen kann. Auch auf diesem Feld hat sich eine Monokultur entwickelt: Eine monetäre Monokultur. Geld erzeugt Geld erzeugt Geld... Gigantische Mengen an Geld werden auf den internationalen Aktienmärkten herumgeschoben, ohne dass ausreichend davon wieder in das Ökosystem Marktwirtschaft zurückfließt.

Dr. Susan George schreibt in ihrem Buch „Change it“, dass die reichsten 10% der Einwohner Amerikas – das sind 0,5% der Weltbevölkerung – über soviel Einkommen verfügt, das dem Einkommen der ärmsten 43% entspricht. Glauben Sie nicht auch, dass da etwas schief gelaufen ist – im wahrsten Sinne des Wortes – dass hier das Ökosystem Marktwirtschaft ausgelaugt wird?

Aber das ist noch lange nicht genug. Die Geldmaschine läuft weiter: Nachrichten vom Abbau von Arbeitsplätzen lassen Aktien in die Höhe schnellen. Dem Nährboden wird rasend schnell Stück für Stück Grundlage entzogen. Regierungen, die als Korrektiv fungieren sollten, werden immer hilfloser. Gigantische Großkonzerne mit gigantischen Gewinnen, die höher sind als die Bruttoinlandsprodukte mancher Länder, übernehmen zunehmend die Macht im Hintergrund. Sozialstaatliche Errungenschaften werden von einer Art karitativen Spendenpolitik abgelöst. Von Nachhaltigkeit keine Spur. Verantwortlich dafür ist die sogenannte unsichtbare Hand des Marktes. Ist schon eigenartig, dass wir in unserem aufgeklärten Zeitalter nur zu gern an etwas glauben, das nicht sichtbar und greifbar ist. Die Dimension der Monokultur unseres Jahrhunderts hat ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr rational begriffen werden kann. Offensichtlich liegt es in der Natur des Menschen, vor solchen Dingen die Augen zu verschließen.

Geschätzte Gäste, die kapitalistische Marktwirtschaft ist ein bis ins kleinste Detail perfektioniertes System für stetiges Wachstum mit genau definierten Parametern. Und genau diese Parameter bedürfen einer Neudefinition. Lassen Sie mich dazu die Autorin Prof. Donella Meadows zitieren: "Eine neue Ökonomie würde nicht blindlings jedem Wachstum um jeden Preis hinterherjagen. Sie würde erkennen, dass andauerndes Wachstum auf einem begrenzten Planeten unmöglich ist und dass sie, wenn sie langfristig angelegt sein will, das Konzept des Genug verinnerlichen muss."

Aus diesem Grunde wurde das Dialogforum Hirschwang als Plattform gegründet. Um Antworten auf bisher nicht gestellte Fragen zu finden, Lösungen für neue Probleme zu erarbeiten, neue Standards zu definieren. In Zukunft wird daher der kreative Dialog noch mehr gefragt sein, wenn es darum geht, im globalen Kontext zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung zu finden, Konjunkturabschwächungen zu überstehen und den Standort Österreich zu stärken. Wir sind bereit zur Mitarbeit, zur Zusammenarbeit, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen, unter der Prämisse der uns eigenen Verantwortung. Wir werden gemeinsam mit dem ÖGB auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Partner für die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Mit dem

Dialogforum Hirschwang wurde voriges Jahr eine Plattform geschaffen, die für alle gesellschaftlichen Gruppen Visionen entwickeln wird. Hier wird ein neuer Standard des intellektuellen Diskurses definiert, der in dieser Qualität ein Novum in Niederösterreich darstellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich nun zum Schluss komme, möchte ich den Versuch einer Antwort wagen: Auf die Frage „Wird alles gut, wenn heute alle an morgen denken?“ möchte ich sagen: Ja. Nur so sind wir in der Lage, nachhaltige Strukturen und Systeme und auch Denkmodelle zu schaffen. Vielleicht sollten wir die unserem Denkmodell zugrunde liegende Logik aus These und Antithese um die Synthese erweitern und dreidimensional an morgen denken. Vielleicht würde sich die Frage, ob wieder nur neoliberale Eliten profitieren würden, dann von selbst beantworten.

Aber nun möchte ich Ihnen allen noch einmal meinen großen Dank aussprechen. Vor allem den wissenschaftlichen ReferentInnen, die uns ihr Wissen mit überaus großem Engagement zur Verfügung stellen. Ein großes Danke auch an alle Mitwirkenden, die sich bereitwillig in den Dienst der Wissenschaft gestellt haben und an das Organisations-Team des Hauses, das wirklich keine Mühen und Anstrengungen gescheut hat und auch heuer etwas auf die Beine gestellt hat, das seinesgleichen sucht. Ich freue mich auf diesen Tag der Superlative und wünsche dieser Veranstaltung den Erfolg, den sie sich verdient hat.

Ein herzliches Glück auf!

*Josef Staudinger*

*Präsident der AKNÖ und Vorsitzender des ÖGB NÖ*



# Siegreiche Wirtschaftsform oder RäuberInnengesellschaft?

„Nachhaltigkeit“ – ein Begriff, der alles und damit nichts hergibt. Nachhaltig, das sind geschützte Froschbiotope, gleichzeitig Insektenvertilgungsmittel, irgendwelche Pulver, Putzmittel, Sicherungsmaßnahmen, Finanzinvestitionen, Gewitterwarnungen, ... „Nachhaltigkeit“ – ein Begriff der vordergründig Gutes und Schlechtes umfasst? – Schließlich können sowohl soziale Maßnahmen als auch Ausbeutungszustände sehr nachhaltig wirken. „Nachhaltigkeit“: Ein neutraler Begriff, mit dem jeder sein eigenes Süppchen kocht? Oder „Nachhaltigkeit“: ein Begriff mit Tiefgang, subtilen Implikationen und weitreichenden Konsequenzen?

Wir haben ein Jahrhundert hinter uns, in dem die großen Ideologie getragenen Gesellschaftsentwürfe samt und sonders ein Desaster in der Organisation von Großgesellschaften, geschweige denn in der Organisation der Weltgesellschaft produzierten. Im einen Fall wurde die ökonomische (und ökologische) Vernunft von einer unkontrollierten Politik erdrückt. Im anderen Fall erdrückt gerade in diesen Jahrzehnten die Hybris einer entfesselten Egoismus-Wirtschaft jede vernünftige Politik.

Was, wenn unsere derzeit „siegreiche“ Wirtschaftsform – und viel deutet darauf hin – eine RäuberInnengesellschaft ist, die ungeachtet der wachsenden Reichtümer letztlich mehr verprasst als sie an Werten schafft? Angesichts des Zerstörungspotenzials, das zu- nicht abgenommen hat, angesichts des bedenkenlosen Missbrauchs der ökologischen Möglichkeiten

unseres Planeten wird diese Gesellschaft nicht verwüstete Landstriche hinterlassen, sondern eine unbewohnbare Erde... Was bleibt von den ungezählten schlaun Konzepten ist unter diesen Bedingungen nicht mehr als die Frage „Was bleibt?“. Vielleicht ist „Nachhaltigkeit“ die einzige verbliebene Benchmark, an der sich alle politischen Modelle messen lassen müssen.

Aber versuchen wir, den Begriff zu präzisieren, um ihn nicht zu vordergründig bleiben zu lassen. Welche Art von „Nachhaltigkeit“ tötet nicht nur den nächstgreifbaren Schädling sondern bietet uns echte Antworten für die Zukunft? Ich denke, die „Nachhaltigkeit“, die uns allen Überleben und wenn geht auch ein „Gutes Leben“ ermöglichen soll, kann nur eine sein, die von folgenden Prämissen und Einstellungen ausgeht:

Diesseitsbejahung und Optimismus – hier und in absehbarer Zukunft müssen wir das Glück der Menschen sichern! Einsicht, dass die Welt systemisch vernetzt abläuft, dass zwischen weltpolitischen, wirtschaftlichen Vorgängen, sozialen Beziehungen, interkulturellen Problemen, psychischen, physischen gesundheitlichen Störungen – selbstverständlich auch Abläufen in der Natur – Gleich- und Ungleichgewichtszustände herrschen können und sie sich alle gegenseitig bedingen; dass Gleichgewichte gefunden werden müssen – aber dynamische Gleichgewichte als Unterscheidung zu einem konservativen Nachhaltigkeitsbegriff – und dass daher das Ziel eine kontrollierte Entwicklung, ein kalkulierter

Fortschritt sein muss. Nachhaltigkeit setzt politische Machbarkeit voraus – nicht schwärmerische Utopie. Und sie setzt Ausgewogenheit und Partizipation, Demokratie und Emanzipation voraus, ohne sie wird keine nachhaltige Stabilität funktionieren. Ich bekenne mich dazu – ich bin ein unverbesserlicher Aufklärer und ich glaube es ist dringend an der Zeit, Aufklärung in ihrem ursprünglichen Sinn einzufordern, ehe ihre Dialektik unser politisches Denken vollends verwirrt.

Als InteressenvertreterInnen sind wir besonders gefordert: Angesichts auf den Kopf gestellter Begierden im Konsumverwirrspiel, angesichts einer Spass-Gesellschaft-Demokratie müssen wir uns ernsthaft über den Begriff „Interesse“ Gedanken und Sorgen machen. Und in der Situation, in der sich die Welt befindet, fokussiert er sich – und das gilt mit Sicherheit für alle Interessengruppen – auf einen einzigen gesicherten, aber umso ernsteren Umstand: Es möge ein „Nachher“ geben und zwar eines, das uns vernünftige Handlungsoptionen für die Zukunft lässt – „Nachhaltigkeit“.

Aber ich glaube, wir werden sehen: Bereits dieser – vordergründig bescheidene aber zu Ende gedacht fundamentale – Ansatz gibt schon sehr viel her für das, was wir tun sollen und das was wir tunlichst bleiben lassen müssen.

*Mag. Helmut Guth*

*Direktor der AKNÖ*





# Leben und Arbeiten in Würde - Die Macht der Bündnisse

Es ist mir ein großes Vergnügen und eine große Ehre, heute Morgen hier zu sein. Die Arbeiterkammer ist eine großartige Einrichtung, ein sehr wichtiger Bestandteil der Demokratie, und ich freue mich, dass ich heute Morgen etwas zu Ihrer Arbeit beitragen kann. Sie haben ein Thema gewählt, Nachhaltigkeit, und als ich darüber nachdachte, was ich heute sagen könnte, holte ich dieses Buch aus meiner Bibliothek – es heißt „Unsere gemeinsame Zukunft“. Es wurde genau vor zwanzig Jahren veröffentlicht und ist besser bekannt unter dem Namen „Brundtland-Report“; dieses Buch brachte zum ersten Mal die Begriffe der Nachhaltigkeit und der nachhaltigen Entwicklung ins Spiel.

Es handelt sich dabei um den Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung, und dieses Buch definiert Nachhaltigkeit als „die Fähigkeit, den Bedürfnissen der jetzigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeiten, dies auch für zukünftige Generationen zu gewährleisten, zu gefährden“. Jetzt natürlich, wie es immer in Bürokratien der Fall ist, nimmt das Konzept der Nachhaltigkeit mehr und mehr Raum ein; die Vereinten Nationen, die diese Kommission vor zwanzig Jahren gründeten, haben nun eine ganze Abteilung mit dem Namen „Sustainable Development Division“, und wenn Sie auf die Website schauen, dann werden Sie sehen, dass sich diese Abteilung mit zweiundvierzig verschiedenen Themenbereichen beschäftigt, von A wie Agrarwirtschaft bis W wie Wasser und dazwischen eine Anzahl von Dingen wie Gesundheit, Finanzen und so weiter.

Aus diesem Grund können wir uns heute Morgen während der gesamten Konferenz nicht mit der ganzen Bandbreite an Themen auseinandersetzen, die unter dem Begriff Nachhaltigkeit zusammengefasst werden; ich werde daher versuchen, mich auf die Themen zu konzentrieren, die für Menschen im Arbeitsleben und vor allem für diejenigen in der Arbeiterbewegung wichtig sind.

Ich werde also damit beginnen, wo wir uns heute in Bezug auf Nachhaltigkeit befinden. Es gibt einige gute Neuigkeiten. Ich würde behaupten, die Neuigkeiten sind besser als noch vor fünf Jahren, weil dieses Thema endlich auf der Tagesordnung steht; sogar George Bush musste zugeben, dass sich das Klima verändert, wogegen er sich jahrelang gesträubt hatte. Die Industrie in den Vereinigten Staaten hat WissenschaftlerInnen dafür bezahlt, damit sie sagen „nein, nein, es gibt kein Problem, der Mensch trägt nicht zur Erderwärmung bei“, aber sogar George Bush musste ein kleines Stück nachgeben und das Thema steht auch auf der Tagesordnung einzelner Bundesstaaten. Arnold Schwarzenegger strengt sich an, damit Kalifornien – Nachhaltigkeit betreffend - eine Führungsrolle einnimmt. Wir haben also gute Nachrichten, weil sich einzelne, auch einfache Menschen immer mehr mit dem Begriff der Nachhaltigkeit auseinandersetzen, und wir können außerdem alle erkennen, dass sich etwas an unserem Klima verändert. Sie müssen nur aus dem Fenster schauen und Sie merken das.

Wir haben allerdings auch, das muss ich leider sagen, schlechte Nachrichten und ich werde mich auf die schlechten Nachrichten konzentrieren, bevor ich erklären werde, was man meiner Meinung nach tun kann und ich werde ebenso erklären, wer das „wir“ ist, das etwas tun kann.

Vor zwanzig Jahren wurde auch eine sehr einflussreiche wissenschaftliche Publikation mit dem Namen „Human Appropriation of the Products of Photosynthesis“ (Die menschliche Nutzbarmachung der Photosyntheseprodukte) in einem angesehenen Journal veröffentlicht. Das ist eine recht originelle Formulierung der Frage, wie viel von Sonnenenergie erzeugte Produkte die menschliche Spezies verbraucht. Was tragen wir - als Menschen - zur Produktivität des Planeten bei? Diese zwanzig Jahre alte Studie zeigte auf, was dann von vielen anderen Studien noch bestätigt wurde, und zwar dass sich die Menschen damals ungefähr vierzig Prozent aller vom Planeten durch Sonnenlicht erzeugte Produkte zueigen machten. Darüber hinaus verdeutlichte sie, dass sich die Volkswirtschaften ungefähr alle zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre verdoppeln, was bedeutet – wenn das stimmt –, dass die Menschheit heutzutage ungefähr achtzig Prozent der Produktivität der Erde für sich nutzt.

Diese zwanzig Jahre alte Studie behauptete auch, dass wir anderen Arten den Platz wegnehmen und ihnen den Lebensraum beschneiden, und diese Studie machte auch einen sehr wichtigen Vergleich; Sie wissen ja, die Dinosaurier wurden vor fünfundsechzig Millionen Jahren ausgerottet, ein Meteorit schlug im Golf von Mexiko ein und veränderte das Klima völlig, die Dinosaurier und andere Arten wurden ausgelöscht. Jetzt passiert uns dasselbe gerade wieder, nur sind wir als Spezies diesmal der Meteorit, der die Erde trifft. Darüber wird weniger gesprochen als über den Klimawandel, aber die Ausrottung von Tierarten passiert während ich hier spreche, und niemand weiß das wirklich sicher, aber man schätzt, dass pro Tag ungefähr drei Tierarten verschwinden. Das sind also schlechte Nachrichten.

Eine andere Möglichkeit, um festzustellen was auf der Erde geschieht, ist ein sehr hilfreiches Messinstrument namens „Ökologischer Fußabdruck“. Es ist deshalb hilfreich, denn es zeigt auf, welchen Anteil der Produktivität der Erde Einzelpersonen wie auch menschliche Gemeinschaften verbrauchen.

Hätte jeder auf dieser Welt die gleichen Rechte, dann hätten wir alle Anrecht auf ungefähr eineinhalb Fußballfelder Land, die wir für unsere individuellen Bedürfnisse nutzen könnten. Alles was man auf eineinhalb Fußballfeldern anbauen, abweiden oder produzieren könnte, wäre dann Ihr Anteil an produktivem Land auf diesem Planeten. Jetzt ist es natürlich so, dass die Reichen viel mehr als diesen Teil nutzen. Man sagt, dass die Holländer, ein reiches Land wie Österreich – ich kenne die Zahlen für Österreich nicht – aber die Holländer verbrauchen für ihre Bedürfnisse fünf bis sechsmal die Größe der Niederlande. Und das gilt für alle reichen Gemeinden. London verbraucht, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, die gesamte Oberfläche der Britischen Inseln. Auf diese Weise kann man messen, wie sehr Wohlstand Nachhaltigkeit beeinflussen kann.

Natürlich ist auch Armut ein Faktor, weil arme Menschen ihre Umwelt auf eine Weise nutzen, die absolut nicht nachhaltig ist, und das ist nicht ihre Schuld. Darauf komme ich später noch zurück. Unsere Landwirtschaft ist ebenfalls nicht nachhaltig, wir haben eine hoch produktive Landwirtschaft, die sich auf fossile Brennstoffe als Dünger oder Energiequelle verlässt, auf Chemikalien, Pestizide etc., und eine neuere wissenschaftliche Studie schätzt, dass ein Drittel aller Treibhausgase durch unser landwirtschaftliches System verursacht werden, dass mindestens fünfundzwanzig Prozent des Kohlendioxids durch unsere Anbaumethoden entstehen, und dass ein Hauptanteil des Methans aufgrund unseres landwirtschaftlichen Systems entsteht, und das ist kein nachhaltiges System.

Vielleicht waren einige, vor allem die Europäer unter Ihnen, schon mal in Südfrankreich oder Spanien auf Urlaub, und Sie haben dabei eventuell die Lastwagenkolonnen gesehen, die aus Südspanien ins restliche Europa unterwegs sind, um aus Südspanien Gemüse zu liefern, das dort in Glashäusern heranwächst, die eine Fläche von siebzehntausend Hektar einnehmen. Das ist eine ganze Stadt aus Glashäusern, und unser Essen wird Hunderte Kilometer weit transportiert, und oft hat ein einzelnes Produkt – ein Joghurt zum Beispiel – achttausend Kilometer hinter sich, bevor es Sie erreicht, weil die Früchte woanders herkommen als die Milch, die Fabrik ist wieder an einem anderen Ort, der Transport, und so weiter... das ist ebenfalls auf keine Weise nachhaltig, wir müssen die Art wie wir produzieren

und anbauen völlig neu überdenken und wieder enger mit unseren regionalen Produzenten arbeiten und mehr von dem für unser Nahrungsmittelsystem nutzen, was sie herstellen. Das Wetter, das wir heutzutage erleben, resultiert in Wirklichkeit aus den Treibhausgasen, die in den 1960ern von uns Menschen in die Luft geblasen wurden. Es gibt also eine Verzögerung. Es dauert vierzig Jahre, bis die Auswirkungen dessen, was vor vierzig Jahren geschah, im Klima der Gegenwart spürbar werden, und diese Treibhausgase bleiben mindestens ein Jahrhundert lang in der Atmosphäre. Wir wissen also nicht, was in vierzig Jahren passieren wird. Ich werde dann nicht mehr da sein, um das herauszufinden, aber meine Kinder sind wahrscheinlich noch am Leben, sicherlich aber meine Enkelkinder, und WissenschaftlerInnen sagen, dass – wenn wir den Schwellenwert von vierhundertfünfzig Teilchen pro Million an Kohlendioxid und Treibhausgasen in der Atmosphäre überschreiten – wir unkontrollierbare Auswirkungen haben werden und den Klimawandel dann nicht mehr aufhalten können.

Das ist beängstigend, jedoch wenn wir uns beeilen, können wir daran noch was ändern. Die Chance dazu wird aber immer geringer. Wie sollen wir also dieses Problem angehen? Wie kommen wir also von der gegenwärtigen Situation – und ich hab Ihnen einiges an schlechten Neuigkeiten erzählt und hoffe, dass es von nun an ein wenig besser wird – dorthin, wo wir sein möchten? Ich glaube, als Erstes müssen wir das Problem von einem anderen Blickwinkel aus betrachten.

Die meisten konventionellen Ökonomen - glücklicherweise nicht alle, aber viele – sehen die Wirtschaft als abgeschlossenes System. Denken Sie an eine große Schachtel, das ist die Wirtschaft, und drinnen finden Sie die Biosphäre und den Planeten, und die Wirtschaft nimmt sich vom Planeten was sie will, was sie braucht, die natürlichen Ressourcen, und sie produziert in der Schachtel auch was sie braucht und wirft dann die Umweltverschmutzung, die Hitze, die Treibhausgase weg, und weil die Wirtschaft ja das ganze System ist und der Planet drinnen ist, wie eine Ressource, so wie die Menschen eine Ressource sind, kann das in den Augen eines/einer konventionellen Wirtschaftswissenschaftlers/in theoretisch immer so weiter gehen. Die Realität ist allerdings, dass der Planet und die Biosphäre Teil des ganzen Systems sind und die Wirtschaft nur ein Teil

ist, aber die Schachtel ist innerhalb der Biosphäre; wir können also die Biosphäre nicht um einen einzigen Kubikzentimeter ausdehnen, sie hat eine fixe Größe. Unsere Wirtschaft wird aber immer größer und größer, und sobald die Ecken der Schachtel die Biosphäre zu durchbohren beginnen, dann ist das nicht nachhaltig. Und wie der große Umweltökonom Kenneth Boulding sagte, „ist jeder, der an unbegrenztes Wachstum in einem abgeschlossenen System glaubt, entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.“

Nun gut, ich verurteile nicht alle WirtschaftlerInnen dafür, dass sie so denken, aber als Erstes müssen wir das System von einer anderen Perspektive aus betrachten und dürfen dieses Wachstumskonzept nicht unkritisch akzeptieren. Wir können die Art des Wachstums verändern, aber wir dürfen nicht glauben, dass Wachstum immer etwas Gutes ist, denn das stimmt nicht.

Um dorthin zu kommen, wo wir von hier aus hin wollen, benötigen wir auch noch etwas sehr Wichtiges, und zwar mehr Demokratie und weniger Ungleichheit. Die Zahlen diesbezüglich sind absolut erschreckend: Das UN-Institut in Helsinki, das World Institute for Development Economic Research, hat letztes Jahr einen World Wealth Report veröffentlicht, der besagt, dass zehn Prozent aller Erwachsenen in der Welt über fünfundachtzig Prozent des Reichtums verfügen, wohingegen die Hälfte aller Erwachsenen in der Welt weniger als ein Prozent davon besitzt. Dieser Kontrast ist größer als wir es jemals für möglich gehalten hätten. Der Vermögensunterschied zwischen den obersten zehn Prozent und den untersten zehn Prozent ist eins zu dreitausend. Eine reiche Person aus den obersten zehn Prozent verfügt über dreitausend Mal mehr Reichtum als eine Person aus den untersten zehn Prozent.

Und wie ich vorher sagte, die Armen tragen dazu bei, dass Nachhaltigkeit nicht gefördert wird, denn sie müssen ihre Umwelt ausbeuten, weil sie einfach versuchen müssen, so viel Ertrag wie nur möglich aus dem Boden zu erwirtschaften wie sie nur können; sie können nicht in Nachhaltigkeit investieren, sie töten zum Beispiel Elefanten, weil sie jetzt und heute Geld dafür bekommen und sich den Luxus, über morgen nachzudenken, nicht leisten können. Die Armen leiden aber auch mehr unter der Umweltzerstörung als die Reichen. Sie leben in verschmutzteren Gegenden, ihre Gesundheit ist

öffers angeschlagen als die der Reichen. Sie erinnern sich alle an den Tsunami, der vor zwei, drei Jahren Asien traf und der viel eher die Existenzgrundlage der Armen zerstörte als die der Reichen, weil die Mangrovensümpfe zurückgestutzt wurden, damit große Konzerne Fischfang betreiben konnten. Es gab keinen Schutz und die Armen wohnen in niedrig liegenden, empfindlichen Landstrichen; die Armen leiden also mehr, sie tragen ebenso wie die Reichen mit ihrem schweren „Ökologischen Fußabdruck“ zur Unnachhaltigkeit bei.

Wir brauchen nachhaltige Beschäftigung. Das ist sicherlich für alle von euch, die in der Arbeiterbewegung und in den Arbeiterkammern tätig sind, ein wichtiges Thema. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) macht ungefähr alle zwei Jahre eine Schätzung der weltweiten Arbeitslosigkeit, und die letzte Schätzung zeigte einen großen Anstieg, einhundertundfünf- undneunzig Millionen Menschen sind völlig arbeitslos, aber alarmierender ist, dass die ILO meint, dass ungefähr die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung auf der Welt arbeitet, aber nicht von ihrem Verdienst leben kann. Mit anderen Worten ausgedrückt sind das weniger als zwei Dollar pro Tag und das ist nicht genug für ein Leben in Würde.

Bei der Durchsicht der Zahlen der hundert erfolgreichsten Firmen zwischen 2000 und 2005 habe ich entdeckt, dass die erfolgreichsten transnationalen Konzerne ihre Verkäufe um 28% erhöht hatten, während sich die Zahl der Angestellten um nur 3% erhöhte. Ich habe dasselbe auch mit den Jahren 1995 bis 2000 gemacht und die Ergebnisse waren ungefähr gleich. Man kann nun sagen, dass diese Zahlen zustande kommen, weil die Firmen immer mehr Jobs auslagern, aber wir wissen auch, dass transnationale Konzerne ihre Lieferanten ausquetschen, dass sie ihre Lieferanten dazu zwingen, Kosten zu reduzieren, was wiederum bedeutet, Personalkosten zu sparen. Dieser Druck geht geradewegs in Richtung Personalabbau und Kürzung der Sozialleistungen. Die Kämpfe, welche die Arbeiterbewegung in den letzten ca. 100 Jahren ausgefochten hat, laufen Gefahr, mit einem Schlag zunichte gemacht zu werden.

Am Besorgnis erregendsten sind aber nicht nur die transnationalen Konzerne sondern die so genannten – ich glaube sie heißen auf Deutsch

auch so - Equity-Fonds oder Hedge-Fonds. Es gibt mittlerweile neuntausend dieser Firmen, sie kontrollieren zwei Trillionen Dollar, zweitausend Milliarden Dollar, wenn Sie möchten. Das sind eine zwei und zwölf Nullen. Aber sie kontrollieren in Wirklichkeit mehr, denn sie können sich Geld ausleihen. Und sie können sich mindestens den fünffachen Betrag dessen, was sie schon haben, ausborgen. Mindestens den fünffachen Betrag! Also sagen wir, sie verfügen über ein Minimum von zehn Trillionen Dollar, zehntausend Milliarden Dollar, das ist dann ein Drittel der weltweit messbaren gesamtwirtschaftlichen Aktivität, oder? Und wofür verwenden sie das Geld? Sie kaufen Firmen auf, nehmen den Teil heraus, von dem sie glauben, er wird an Wert gewinnen oder sie nehmen das geistige Eigentum und den Rest werden sie wieder los. Sie interessieren sich nicht für die Teile der Firma, die vielleicht Profit machen werden, wenn auch nur einen kleinen, aber zumindest einen gewissen Profit; sie wollen einen sofortigen Gewinn – Profit ist nicht so sehr gewünscht wie Shareholder Value. Sie wollen, dass die Preise der Firmenanteile steigen, und die beste Möglichkeit, um die Aktienpreise in die Höhe zu treiben, ist massiver Stellenabbau.

Das, so denke ich, wird für die arbeitende Bevölkerung in der Zukunft eine der Hauptsorgen sein – wir müssen uns mit diesem Thema näher beschäftigen, weil diese Fonds ziemliche Heimlichtuer sind. Wir wissen nicht genug über sie, aber wir wissen genug um zu sagen, dass sie eine allgemeine Gefahr für die arbeitende Bevölkerung darstellen. Wir brauchen eine stärkere öffentliche Kontrolle, eine demokratische Kontrolle des Systems, und damit meine ich, dass wir die Mittel, die gesetzlichen Mittel, die politischen Mittel brauchen, um Konzerne und Finanzmärkte unter unsere Kontrolle zu bringen. Die gesamte Globalisierung bewegt sich in Richtung Privatisierung, Deregulierung, weniger Einflussnahme durch den Staat oder durch irgendeine andere Behörde, die kontrollieren oder regulieren könnten, was die Firmen tun.

Ich glaube, dass das, was Corporate Social Responsibility (betriebliche soziale Verantwortung) genannt wird, ein Scherz ist. Es bedeutet nur „wir regulieren uns selbst, macht euch keine Sorgen, die Firmen können das selber recht gut machen, ihr braucht keine staatliche, keine europäische oder internationale Regulierung“.

Das ist Blödsinn. Wir wissen, dass die Energieversorgungsbetriebe und die Kraftwerke nicht die Technologie kaufen, die Treibhausgase reduzieren könnte. Die Technologie gibt es bereits, die Kraftwerke wollen aber nichts investieren, weil das Geld kostet, und produzieren lieber weiterhin Kohlendioxid, Methan, etc. Wir benötigen Gesetze, die sie dazu verpflichten, diese Technologie zu verwenden.

Eine andere Geschichte: In Großbritannien gibt es einen Industriezweig, der es ermöglichen würde, nachhaltig betriebene Wohnungen zu bauen, also Häuser und Gebäude, die keinerlei Energie verbrauchen und absolut autark sind. Dieser Industriezweig, der diese Häuser herstellen kann, ging zur Regierung und sagte: „Da unsere Produktionskosten am Anfang ein bisschen höher sind als bei normalen Gebäuden, ungefähr um zehn Prozent, brauchen wir Bestimmungen, damit wir alle dieselben Startvoraussetzungen haben. Denn auch wenn man die Ausgaben, also die zusätzlichen zehn Prozent, die man ausgibt, wenn man das Haus oder das Gebäude kauft, zurück bekommt, indem man Energie spart, würden sich die meisten Leute die zehn Prozent lieber vorher behalten.“ Also fragte der Industriezweig nach Bestimmungen und die Regierung sagte: „Nein, wir werden nichts regulieren, denn der freie Markt muss entscheiden“.

Wenn wir also keine Gesetze haben, dann können wir weder die transnationalen Konzerne, die Energiebetriebe noch die Finanzmärkte unter Kontrolle bekommen. Ein weiteres Problem ist, dass unsere Demokratie auf nationaler Ebene aufhört. Wir können etwas unternehmen, Sie können in Österreich etwas unternehmen, weil Sie in diesem Land einen Machtfaktor darstellen. Aber auf europäischer Ebene ist es fast unmöglich, Veränderungen zu bewirken. Die Europäische Kommission und ihre europäischen Parlamentarier befolgen ihre eigene Biodiversitätsrichtlinie nicht. Die Europäische Kommission hat erst vor kurzem ihre Chemikalienrichtlinie abgeschwächt, weil sie in Wirklichkeit von der europäischen Industrie gesteuert wird. Die Lobbyisten in Brüssel – es gibt ungefähr zehntausend von ihnen – müssen sich nicht registrieren lassen, müssen nicht bekannt geben, von wem sie bezahlt werden und sie setzen nicht nur die Kommission unter Druck sondern ständig auch einzelne Parlamentarier, und sie bekommen auch mehr oder weniger was sie wollen, wie abge-

schwächte Regelungen, und unsere Parlamentarier haben nicht mal das Recht, Gesetze zu verabschieden. Wir brauchen mehr Demokratie in Europa, ich hab nicht genügend Zeit um näher darauf einzugehen, ich bin auch jetzt schon über meiner Redezeit, aber lassen Sie mich bitte noch erwähnen, dass wir auf internationaler Ebene mehr Demokratie brauchen, weil – ich habe nicht über die Weltbank, die Welthandels-Organisation oder den Internationalen Währungsfonds gesprochen, darüber wollte ich auch noch etwas sagen – was wir brauchen ist mehr Kontrolle über diese Systeme, in denen normale Bürger nichts zu sagen haben. Sie haben keine Macht und keine Kontrolle und müssen sich durch so viele so genannte Repräsentationsebenen durcharbeiten, was gleichbedeutend ist mit nichts.

Lassen Sie mich daher zum Schluss drei Dinge sagen: Erstens ist genügend Geld vorhanden, um in saubere Energien zu investieren, um in Schadensbegrenzung zu investieren, denn es gibt sehr vieles in der Umwelt, das bereits Schäden davon getragen hat. Es gibt sehr viel Geld, ich habe vorher die Trillionen Dollar erwähnt, die sich in privaten Händen befinden, aber wir werden kaum zu dem Geld kommen, außer wir besteuern es. Und Besteuerung bedeutet internationale Besteuerung. Aus diesem Grund wurde ATTAC gegründet, und dieser Grund ist nach wie vor ein wichtiges Thema, wichtiger als je zuvor. Wir müssen transnationale Konzerne und Finanzmärkte international besteuern, es gibt gut machbare, technische Möglichkeiten dazu; von der technischen Seite her ist es kein Problem sondern es ist eine Frage des politischen Willens. Das Geld ist also vorhanden. Die Technologie ist auch vorhanden, sie kostet nur manchmal zu Beginn mehr, weil sie sich vorher noch nicht durchgesetzt hat.

Wir verfügen über alternative Möglichkeiten, wie man den Benzinverbrauch von Autos um neunzig Prozent reduzieren kann. Die Technologie dafür existiert bereits. Man kann das Gewicht von Autos um neunzig Prozent reduzieren, indem man sie aus Kohlenstoffverbindungen baut, aber das kostet mehr. Es gibt also noch keine Massenproduktion, aber die Technologie existiert, um alles zu machen was wir brauchen. Vielleicht kennen Sie das Buch von Ernst Ulrich von Weizsäcker mit dem Namen „Faktor vier“, das vor vielen Jahren veröffentlicht wurde, und es zeigte, dass wir schon bereits vor zehn oder fünfzehn Jahren über die Technologie ver-

fügten, mit der wir Nachhaltigkeit erhöhen, unseren Konsum reduzieren und die Art des Wachstums, die wir haben, ändern können. Wir haben das Geld und die Technologie, aber kein Gesetz. Wir haben noch immer keine Demokratie, und ich glaube, dass wir dieses Gesetz erst bekommen, wenn wir uns zusammenschließen.

Und bitte, und wenn Sie sich an nichts mehr anderes davon erinnern können, was ich heute Morgen gesagt habe, dann erinnern Sie sich bitte an das Wort „Bündnisse“, denn heutzutage kann niemand von uns alleine gewinnen. ATTAC kann nicht alleine gewinnen. Die Umweltbewegung kann nicht alleine gewinnen. Die Arbeiterbewegung kann nicht alleine gewinnen, außer wenn es um kleine Themen geht. Niemand von uns kann alleine gewinnen. Nur wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam Forderungen stellen, können wir etwas erreichen. Wir müssen nicht bei allen Punkten gleicher Meinung sein, um der Tatsache zuzustimmen, dass es grundlegende Bedürfnisse gibt, die für uns alle gut sind. Und das, glaube ich, ist der Weg zum Sieg. So haben wir auch in den vergangenen zehn Jahren gewonnen, so haben wir das multilaterale Investitionsabkommen verhindert, das die Arbeitsgesetzgebung weiter untermauert hätte, so haben wir die Bolkestein-Direktive verhindert, die transnationalen Konzernen und Dienstleistungsfirmen noch mehr Rechte eingeräumt und Arbeit noch billiger gemacht hätte, auf diese Art haben wir in Seattle gegen die Welthandelsorganisation gesiegt, aufgrund von Bündnissen, weil die Arbeiterbewegung mit anderen Teilen der Gesellschaft zusammen gearbeitet hat.

Zuletzt möchte ich sagen, dass wir – um dorthin zu gelangen, wo wir hin wollen, um eine nachhaltige Gesellschaft und eine nachhaltige Arbeitswelt zu schaffen – zusammen für verbindliche Gesetze kämpfen müssen. Ich möchte mit einem Zitat eines französischen Reformers aus dem neunzehnten Jahrhundert schließen, der sagte, „zwischen reich und arm, zwischen stark und schwach, zwischen Meister und Sklave ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“ Vielen Dank.

*Dr. Susan George*

*Vizepräsidentin von ATTAC Frankreich und stv. Direktorin des Transnational Institute, Amsterdam*





# Zukunft der Arbeit auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft

Dieser Beitrag versucht einen kompakten Überblick über den Wandel der Arbeitsgesellschaft zu geben und daraus einige Gestaltungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten abzuleiten. Die Analyse ist notwendigerweise prononciert, neuere Veränderungsdynamiken werden gegenüber stabilen Zuständen hervorgehoben. Differenzierungen gehen verloren, die Entwicklungen variieren erheblich im internationalen Vergleich und auch innerhalb einzelner Nationalstaaten. Die Illustration erfolgt überwiegend an solchen bundesdeutschen Beispielen, die eine starke Plausibilität der Verallgemeinerbarkeit haben. Die Bewertungen und Empfehlungen sind zugegeben anspruchsvoll, sie orientieren sich am Maßstab einer sozialen Nachhaltigkeit.

Im Folgenden werden als Reaktion auf die Erosion der Normalerwerbsarbeit zwei konzeptionelle Erweiterungen vorgenommen (Mischarbeit und Lebenslauf) und die Grundlagen für mögliche Regelungen des Spannungsverhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit gelegt.

## 1. Nachhaltige Arbeit und Erwerbsgesellschaft

In den siebziger Jahren wurde eine Sicht der Nachhaltigkeit zunehmend überwunden, nach der es in den Industrienationen um Umweltprobleme und in der dritten Welt um die Armutsbekämpfung gehe. An die Stelle trat das sog. Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit, das von der prinzipiellen Gleichwertigkeit von ökologischer, ökonomischer und sozialer

Nachhaltigkeit ausgeht. Damit steigen natürlich die Anforderungen an Zukunftsstrategien und Szenarien zukunftsfähiger Gesellschaften, da nun die Funktionsfähigkeit aller drei Systeme und ihre komplexen Wechselwirkungen einzubeziehen waren.

Besondere Schwierigkeiten bereitete Wissenschaft und Politik das Feld sozialer Nachhaltigkeit, zum einen, weil man in unseren Wohlfahrtsregimen wenig Verbesserungsbedarf sah, zum anderen, weil dieses Feld durch Sozialstaatspolitik und industrielle Beziehungen hochgradig reguliert und vermachtet ist. In einem pragmatischen Zugriff wurde unter sozialer Nachhaltigkeit in erster Linie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltschutz verstanden.

### Kriterien sozialer Nachhaltigkeit

- I. Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit in verschiedenen Arbeitsformen
- II. Umweltverträgliche Grundbedürfnisbefriedigung, Gesundheit, lebenslange Lernprozesse; persönliche Entfaltung und aktive Teilhabe
- III. Gesellschaftliches Sicherungssystem; Chancengleichheit durch gesellschaftliche Infrastruktur- und Beteiligungsmöglichkeiten
- IV. Soziale Innovationen; Gestaltung aller Formen der Arbeit, ihrer Kombination und ihrer Übergänge
- V. Aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Bürgergesellschaft); soziale Verträglichkeit und Akzeptanz von Nachhaltigkeitsstrategien

In einem umfangreichen interdisziplinären Forschungsprojekt in Kooperation eines Wirtschaftsforschungs-, eines im Bereich der Nachhaltigkeit ausgewiesenen und eines sozialwissenschaftlichen Instituts haben wir um die Jahrtausendwende das Feld sozialer Nachhaltigkeit analysiert und strukturiert (Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“, Berlin und Wuppertal 2000). Ergebnis waren die fünf genannten Kriterien sozialer Nachhaltigkeit; im Folgenden will ich mich auf das erste Kriterium der „selbstbestimmten Lebensführung durch eigene Arbeit“ konzentrieren, das eng mit dem vierten Kriterium zusammenhängt.

Die Erwerbsarbeitsgesellschaft ist der spezifische Rahmen der Analyse des Wandels. Es lohnt sich ein distanzierter historischer Blick, der zeigt, dass die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit in den entwickelten Industriestaaten eine sehr spezifische Formation ist, die sich in den letzten zweihundert Jahren in einem Teil der Welt herausgebildet hat. Der Begriff verdeutlicht, dass sich hier persönliches Einkommen, Sicherheit, Teilhabe, Status und Identität überwiegend durch Erwerbsarbeit definieren und herstellen.

## 2. Erosion der Normalarbeit

Die Erwerbsarbeitsgesellschaft zeichnet sich durch starke kollektive Normen und die Formierung der realen Arbeits- und Lebensverhältnisse

### Norm und Normalität der Erwerbsgesellschaft

- *Normalarbeitsverhältnis* = Arbeit in Vollzeitbeschäftigung (d.h. eine Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 39,4 Std. im Jahr 2006 in Deutschland) mit unbefristetem Arbeitsvertrag im Gültigkeitsbereich der arbeits- und sozialgesetzlichen Regelungen und einem ausreichenden (Familien-)Einkommen
- *Normalarbeitszeit* = regelmäßige tägliche und wöchentliche Arbeitszeit im Rahmen der Zeitinstitutionen Feierabend, Wochenende und Jahresurlaub (8 x 5)
- *Normalerwerbsbiographie* = das kontinuierliche und abgesicherte Durchlaufen der drei Phasen der Lebensarbeit: Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand ohne zwischenzeitliche Phasen von Arbeitslosigkeit (männliche Facharbeit)
- *Vollbeschäftigungsversprechen*

um diese Normen herum aus, sodass sie auch zur Normalität für einen wachsenden Teil der Arbeitsbevölkerung werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass es auch immer erhebliche Anteile der Arbeitsbevölkerung gab, für die diese Normen nicht galten, insbesondere Frauen und im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.

Normalerwerbsarbeit ist stark mit dem Ziel der Vollbeschäftigung verbunden. Die westlichen Wohlfahrtsstaaten haben ihre Attraktivität daraus erhalten, dass sie persönlichen Wohlstand aus Erwerbsarbeit ermöglichen und diesen Zustand perspektivisch für alle Bürger versprochen. Dementsprechend meinte „Vollbeschäftigung“ Vollbeschäftigung zu Normalarbeitsbedingungen, also eine klassenlose Gesellschaft, die nur nach oben offen war („Der kurze Traum immerwährender Prosperität“; B. Lutz). Die wesentlichen Triebkräfte sollten permanentes Wirtschaftswachstum und kontinuierliche Arbeitszeitverkürzungen sein.

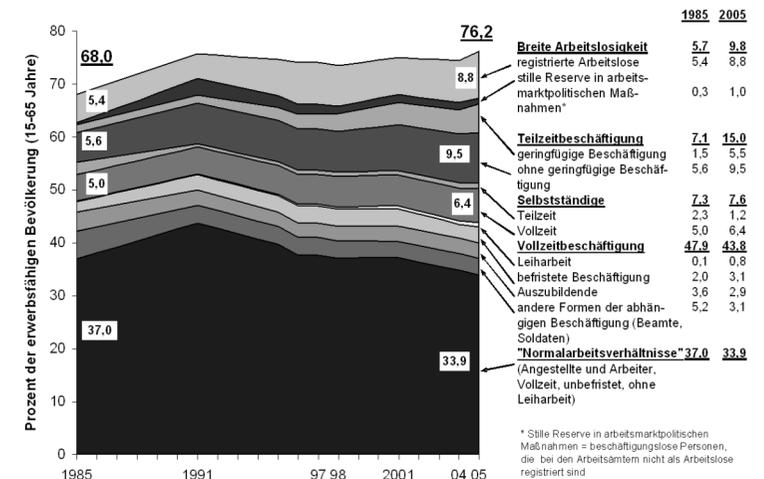


Abbildung 1: Erosion der Normalerwerbsarbeit (Entwicklung der breiten Erwerbsquote in Deutschland 1985 - 2005)

Diese Übersicht für die Bundesrepublik (Abbildung 1) zeigt die Entwicklung der Erwerbsstruktur, die als *Ausdifferenzierung* durch die Zunahme von Arbeitslosigkeit und von flexiblen, atypischen Beschäftigungsformen gekennzeichnet werden kann. Die Dominanz eines Blocks relativ homoge-

ner Normalarbeitsverhältnisse wird abgelöst durch eine Vielfalt von Arbeitsverhältnissen, insbesondere wenn man die letzten Jahre und die neu entstehenden Arbeitsverhältnisse betrachtet. Diese Entwicklungen sind eng verknüpft mit einer „Feminisierung des Arbeitsmarktes“: der epochalen Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, begrenzten beruflichen Aufstiegen von Frauen und der Relativierung der Ernährerfunktion von Männern.

Die Abbildungen 2 und 3 zeigen – deutlich ausgeprägt in Westdeutschland – die über Jahrzehnte kontinuierlich steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen (am stärksten in der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren) sowie ein fast spiegelbildlicher Abfall der Erwerbsquote der Männer (ebenfalls überwiegend in der Altersgruppe über 50 Jahre). In Ostdeutschland hat es aufgrund des anderen Familienmodells und des Umbruchs der Wirtschaft mit der Wiedervereinigung eine deutlich abweichende Entwicklung und d.h. eine Angleichung gegeben.

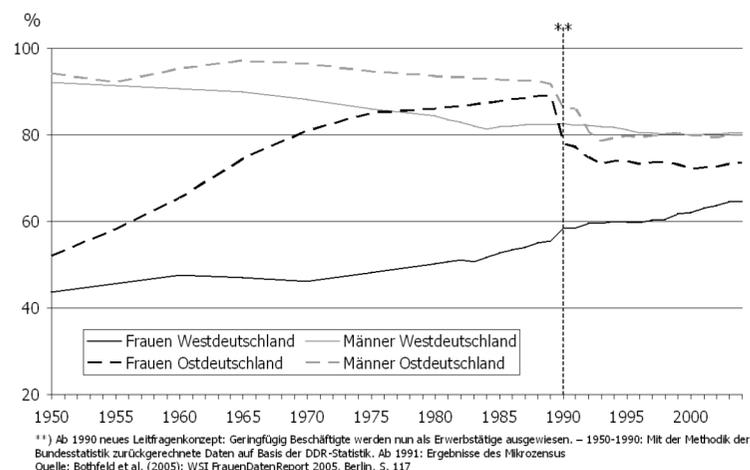
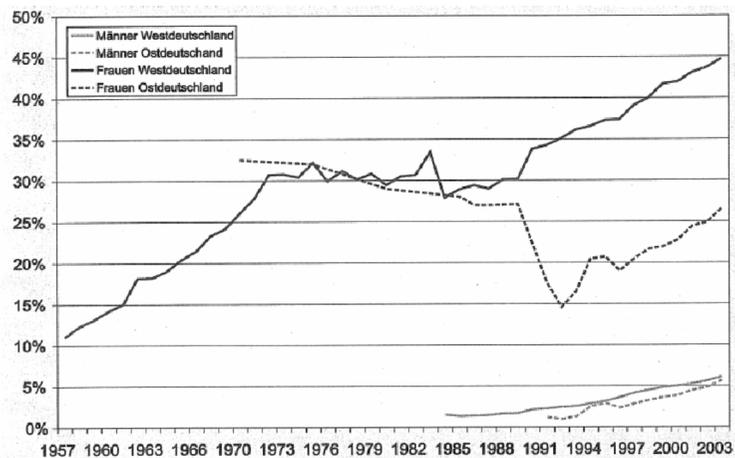


Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern (West- und Ostdeutschland 1950 - 2004)<sup>1,2</sup>

Die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit ist durch einen stark wachsenden Anteil von Teilzeitarbeit getragen. Sowohl die Teilzeitquote selbst wie auch deren Anstieg liegen bei den Männern deutlich darunter. Dementsprechend hat sich der Anteil der Frauen am Gesamterwerbsarbeitsvolumen kaum erhöht.



Westdeutschland: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus: 1967-75: FS A R 6; 1976-77: FS 1 R 4.1, ab 1978: FS 1 R 4.1.1; 1957-1983: Anteil der abhängig erwerbstätigen Frauen mit 1-39 Arbeitsstunden pro Woche an allen abhängig erwerbstätigen Frauen; 1968: keine Angaben; 1957-1975: in der Berichtswoche geleistete Arbeitsstunden, ab 1976: normalerweise geleistete Arbeitszeit. – 1) 1984: EG-Arbeitskräftestichprobe; Selbsteinstufung der Befragten.  
Quelle: Ostdeutschland: für Werte bis 1990 vgl. Winkler 1990, geschätzte Werte; für Werte ab 1991 siehe Statistisches Bundesamt FS 1, R 4.1.1; eigene Berechnungen WSI

Abbildung 3: Entwicklung der Teilzeitquoten (West- und Ostdeutschland 1957 - 2004)<sup>3</sup>

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen steht im engen Zusammenhang mit der Veränderung der „Familienkonstellationen“ (Klenner) und den Einstellungen/Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Deutschland ist die Dominanz des „Alleinverdiener-Hausfrauen-Modells“ – wesentlich später als in den nordeuropäischen Ländern und ganz anders als in der DDR – nur langsam zugunsten des „Vollzeit-Teilzeitmodells“ relativiert worden. Die Erwerbstätigkeit ist bei allen Müttern in Westdeutschland gleichermaßen angestiegen, wobei der Anstieg überwiegend durch die Zunahme der Teilzeitarbeit zu erklären ist. Die Elternzeit wird überwiegend von Frauen in Anspruch genommen; der Wiedereinstieg nach spätestens drei Jahren ist riskant. Nach einer Erhebung von 2000 kehrten 53% der Mütter in Westdeutschland und 70% in Ostdeutschland danach in die Erwerbstätigkeit zurück (FrauenDatenReport 2005, S. 176). Das klassische Ernährermodell hat in Westdeutschland an Bedeutung verloren (1985 noch 41% aller Paare, 2003 nur 23%), dagegen ist der Anteil des „modifizierten Ernährermodells“ von 21% im Jahr 1984 auf 30% im Jahr 2003 gestiegen.

<sup>1</sup> Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

<sup>2</sup> Quelle: Bothfeld et al. (2005):

WSI FrauenDatenReport 2005, Berlin, S. 117

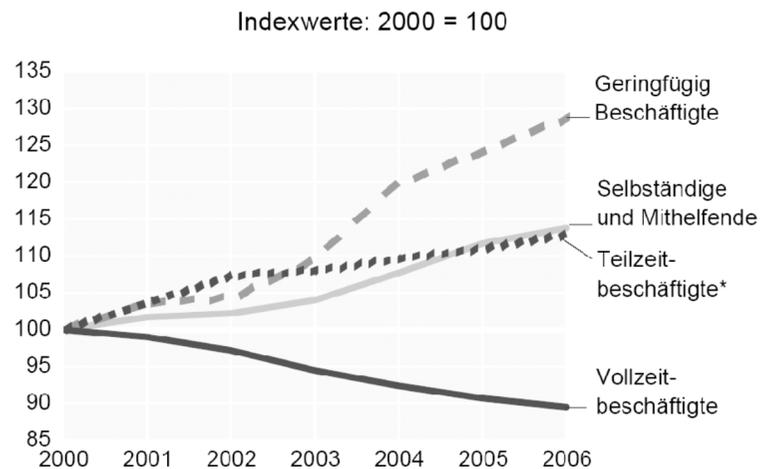
<sup>3</sup> Quelle: Bothfeld et al. (2005):

WSI FrauenDatenReport 2005, Berlin, S. 139

#### Entgrenzte Familie <sup>4</sup>

- *Strukturell: Vervielfältigung von Arbeitsformen (Alleinerziehende, NELs)*
  - Erweiterte Familien durch Trennung und neue Partnerschaft
  - Familie - Haushaltsübergreifende multilokale Netzwerke
  - Komplexität von Familienverläufen, Wechsel von Settings
- *Kommunikativ-interaktiv: Aushandlungsfamilie*
- *Sachlich-inhaltlich: Entdifferenzierung institutioneller Arbeitsteilung*
- *Kulturell: Einstellungen und Leitbilder*
  - Rollenbilder und elterliche Erwerbskonstellationen
  - "Gute" Mutter, "guter" Vater

Bei der Konzentration auf die neuesten Entwicklungen am Arbeitsmarkt wird die Dynamik bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen noch deutlicher (siehe Abbildung 4). Eine Ursache der Erosion der Normalarbeit ist der langfristige Anstieg der *Teilzeitarbeit*, wobei zwischen geringfügiger, echter und vollzeitnaher Teilzeit zu unterscheiden ist. Sie ist eng mit der Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen verbunden, die überwiegend in



\* ohne geringfügig Beschäftigte

Abbildung 4: Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse  
(Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2000 - 2006) <sup>5</sup>

Teilzeit stattfindet (85% der TZ). Verstärkt durch die mit dem Namen „Hartz“ verbundenen Arbeitsmarktreformen in Deutschland seit 2003 ist die *geringfügige Beschäftigung* stark gestiegen; hierunter fallen:

- sog. Mini- und Midi-Jobs mit Einkommensgrenzen bei 400 bzw. 800 Euro (überwiegend Nebenbeschäftigung, kaum Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt, über 50 % Männer) und
- die sog. 1-Euro-Jobs (soziale Arbeitsgelegenheiten).
- Durch die sog. Ich-AGs (Existenzgründungszuschuss) werden neue Formen der Alleinselbstständigkeit unterstützt.

Diese Beschäftigungsformen befördern Mehrfachstätigkeiten und sog. Arbeitsarmut. Bei den neu geschaffenen Stellen überwiegen, wie der Aufschwung in Deutschland seit 2006 zeigt, die Formen der Leiharbeit und Befristung. In der Folge dieser Entwicklungen müssen wir die Vielfalt von Arbeitsverhältnissen als neue Normalität bezeichnen.

Die Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse zeigt sich deutlich auch in der Ausdifferenzierung der wöchentlichen Arbeitszeiten (siehe Abbildung 5). Die Durchsetzung der Normalarbeitszeit würde eine ganz dominierende Konzentration der Arbeitszeiten zwischen 35 und 40 Stunden bedeuten. Stattdessen sehen wir – hier im europäischen Vergleich, allerdings keine Längsschnittanalyse – die Relativität dieses Schwerpunkts im Verhältnis zu vielen kleinen Schwerpunkten. Dabei unterscheidet sich die Verteilung der Wochenarbeitszeiten erheblich zwischen Männern und Frauen. Bei den Männern gibt es weitere starke Häufungen bei 45 und 50 Wochenstunden, und sogar bei 55 und 60 Wochenstunden (WStd.). Die Häufungen unterhalb 35 WStd. sind gering, im Unterschied zu den Frauen, bei denen Wochenarbeitszeiten mit echter Teilzeit und vollzeitnaher Teilzeit von 30 WStd. stark ausgeprägt sind. Auch die geringfügigen Beschäftigungen sind sichtbar.

Die Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten lenkt die Aufmerksamkeit auf die Nichterwerbsarbeitszeiten. Geringfügige Arbeitszeiten legen nahe, dass viel Zeit für anderes zur Verfügung steht, überlange Arbeitszeiten dagegen, dass außer Erwerbsarbeit nicht mehr viel passiert. Es geht um die individuelle Zeitverteilung über den Tag und die Woche und die Rolle, die die Erwerbsarbeitszeit darin spielt.

<sup>4</sup> Quelle: Jurczyk, Karin; Schier, Michaela (2007):  
Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Familie.  
Chancen und Barrieren für die Modernisierung der  
Geschlechterverhältnisse. Gender Lectures,  
Humboldt-Universität zu Berlin, 16. Juli 2007, S. 6

<sup>5</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt;  
Berechnungen des IAB (FB 4)

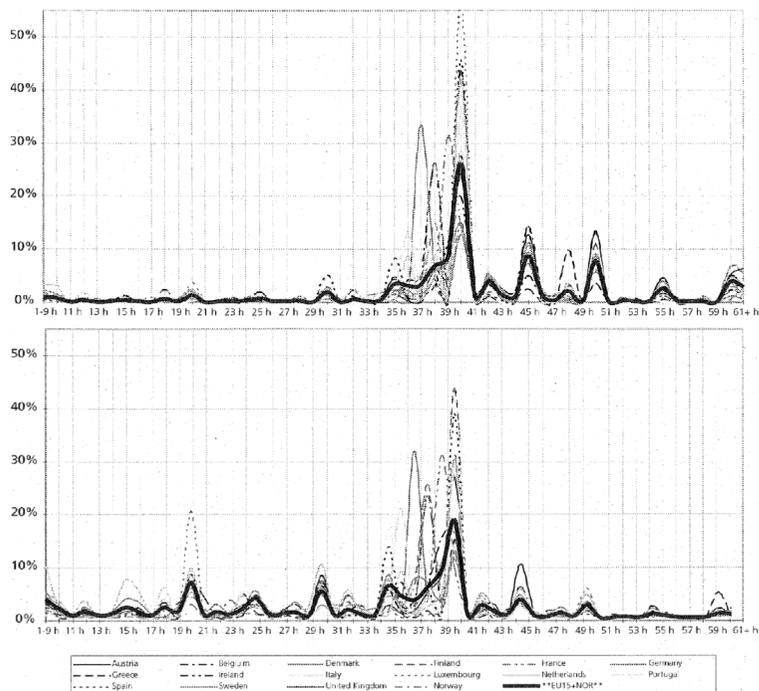


Abbildung 5: Ausdifferenzierung der wöchentlichen Arbeitszeiten (EU 2000) bei Männern (oben) und Frauen (unten)<sup>6</sup>

### 3. Die ganze Arbeit

Die Tabelle aus der bundesdeutschen Zeitbudget-Erhebung (Abbildung 6) zeigt die durchschnittliche *tägliche Zeitverwendung* der Bundesbürger zwischen 15 und 65 Jahren. Die Zuordnung der Zeiten ist so gewählt, dass das Verhältnis zwischen vier Zeitbereichen deutlich wird: der Erwerbsarbeit, anderer produktiver Tätigkeiten, Freizeit und Regenerationszeit.

Obwohl es sich hier um hoch aggregierte Werte handelt, lassen sich eine Reihe wichtiger Schlüsse ziehen:

- der relative Zeitanteil der Erwerbsarbeit ist gering;
- die großen Unterschiede zwischen Männern und Frauen liegen in der Kombination der verschiedenen Arbeiten, zwischen Sorgearbeit und Erwerbsarbeit ist sie umgekehrt proportional;

Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag	Frauen (Std.)		Männer (Std.)	
	(Std.)	%	(Std.)	%
Erwerbsarbeit	2:11	28	4:25	57
Haus- und Versorgungsarbeit	4:53	63	2:37	34
Gemeinschaftsarbeit	0:07	02	0:11	02
Qualifikation und Bildung	0:31	07	0:35	07
Die ganze Arbeit	7:42	100	7:48	100
Regeneration	10:48		10:26	
Freizeit	5:30		5:46	

Abbildung 6: Die ganze Arbeit (Durchschnittliche alltägliche Zeitverwendung in Deutschland 1991)<sup>7</sup>

- die *Zeitorganisation* ist eminent wichtig, da absolut nur 24 Stunden zur Verfügung stehen. Jede Veränderung in einer Kategorie muss durch eine entsprechende Veränderung in einer anderen Kategorie kompensiert werden. Da jeder Bereich seine Eigenlogik und seine Eigenanforderungen hat, liegt hier die Ursache von Zeitstress. Und da die Zeitverwendung in fast jedem Bereich mit anderen Menschen koordiniert ist, müssen in der Regel neue Arrangements ausgehandelt werden.
- Die *Kombinationen* sind nicht beliebig; sie richten sich nach dem Lebensentwurf, der Lebensphase und der konkreten Lebenssituation. Das Streben nach einer optimalen Kombination wird als „Balancieren von Arbeit und Leben“ bezeichnet.
- Je stärker die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit ist und je flexibler das Zeitregime, desto schwieriger wird das Balancieren, desto mehr Kompetenzen des Zeithandelns und desto mehr Durchsetzungsfähigkeit sind erforderlich, damit nicht das Leben unter die Arbeit subsumiert wird.
- Schließlich wird aus der Auflistung deutlich, in welchem Maße die *gesellschaftlichen Zukunftsressourcen* an die individuelle Zeitaufteilung gebunden sind. Die großen aktuellen Reformdiskussionen verweisen darauf, dass zu wenig Zeit in die entscheidenden Zukunftsressourcen investiert wird: Zeit für die Familie, Zeit für (lebensbegleitende) Bildung und Zeit für die Zivilgesellschaft. Im Volumen der Arbeiten und ihrer Flexibilität ist zusätzlich die Dimension Gesundheit enthalten. Scheinbar kleine

<sup>6</sup> Quelle: Bielski et al. (2002): *Working Time Preferences in Sixteen European Countries*, Luxemburg, S. 46f.

<sup>7</sup> Quelle: Brandl, S.; Hildebrandt, E. (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit*. Opladen S. 93, nach: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1996)

Veränderung in der Arbeitszeitpolitik haben in Wirklichkeit gravierende Auswirkungen sowohl auf die individuelle Lebensqualität wie auch die individuellen und die gesellschaftlichen Zukunftsressourcen.

Diese Perspektiverweiterung wird im Konzept der Mischarbeit (Abbildung 7) aufgegriffen. Es ist eine mögliche Darstellungsweise, die sich nur graduell von Konzepten der Tätigkeitsgesellschaft, verschiedenen Schichtenmodellen der Arbeit oder der Halbtagsgesellschaft unterscheidet. Das Konzept verdeutlicht noch einmal den Zusatznutzen eines erweiterten Arbeitsbegriffs:

- die gleichzeitige Betrachtung der *Kombination* verschiedener, sinnvoller und produktiver Tätigkeiten – die sowohl in einem Ergänzungs- wie in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen;
- die Kombination – und nicht nur die Erwerbstätigkeit – trägt zur *sozialen Integration* und zur *sozialen Sicherheit* bei. Integration passiert über Familie, Freundeskreise, Nachbarschaft und Gemeinwesen und hilft, z.B. Phasen vorübergehender Arbeitslosigkeit aufzufangen. In allen vier Bereichen entstehen Qualifikationen, die auch in anderen Bereichen

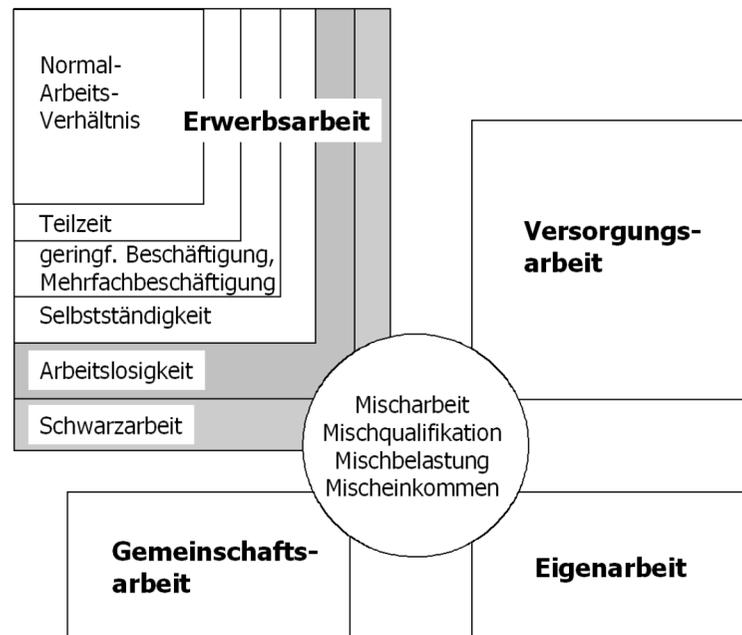


Abbildung 7: Das Konzept der Mischarbeit (erweiterter Arbeitsbegriff)

erforderlich und nützlich sind. Auch wenn das Geldeinkommen aus Erwerbsarbeit im Mittelpunkt steht, so entstehen doch in allen Bereichen Formen von Einkommen, durch Eigenleistungen, durch direkten Leistungsaustausch oder durch das Ersparen von Konsum. Geeignete Kombinationen können im Sinne von Tätigkeitswechsel und Belastungsbegrenzung gesundheitsförderlich sein; allerdings tendieren bestimmte Kombinationen zu Stress und Überlastung (z.B. die Situation alleinerziehender Mütter).

- Die Darstellung der Mischarbeit ermöglicht auch den Zugang zu neuen *Tendenzen der Entgrenzung und der Gleichzeitigkeit*. Auf der einen Seite vermittelt die Darstellung den Eindruck klar abgegrenzter Bereiche, abgegrenzt durch unterschiedliche Tätigkeiten an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Kooperationen. Andererseits besteht eine wichtige Tendenz darin, diese Zuordnung von Tätigkeiten und Orten aufzulösen, Computerheimarbeitsplätze sind ein bekanntes Beispiel, Arbeiten mit LuK-Medien auf dem Weg von und zur Arbeit inzwischen selbstverständlich.

Schließlich hat die Perspektiverweiterung gravierende Einflüsse auf strategisches Denken und Handeln. Grundsätzlich müssen die (nicht intendierten) Folgewirkungen von Anforderungsveränderungen in einem Bereich auf die anderen Bereiche mitgedacht werden (*Reflexivität*). Und dass nicht automatisch Synergieeffekte eintreten, sondern in der Regel Verdrängungseffekte. Weiterhin werden die Ansatzpunkte von Politik vielfältiger, sie muss sich nicht überwiegend auf Erwerbsarbeit fokussieren. Das gilt insbesondere für Phasen stagnierender Wirtschaft oder für schrumpfende Regionen, in denen die anderen Tätigkeiten durchaus stützende und kompensierende Wirkungen erzielen können – wenn sie von der Politik und der Wirtschaft nicht nur als nachgelagerte Restgrößen behandelt werden, sondern in ihrem Eigenwert grundsätzlich anerkannt sind.

#### 4. Der ganze Lebenslauf

Die Betrachtung der alltäglichen Kombination von Tätigkeiten muss – neben der Differenzierung nach Geschlecht und Lebenslagen – auf die Veränderung der Kombinationen im Lebensverlauf ausgedehnt werden, die durch die Durchschnittsbildung verdeckt sind.

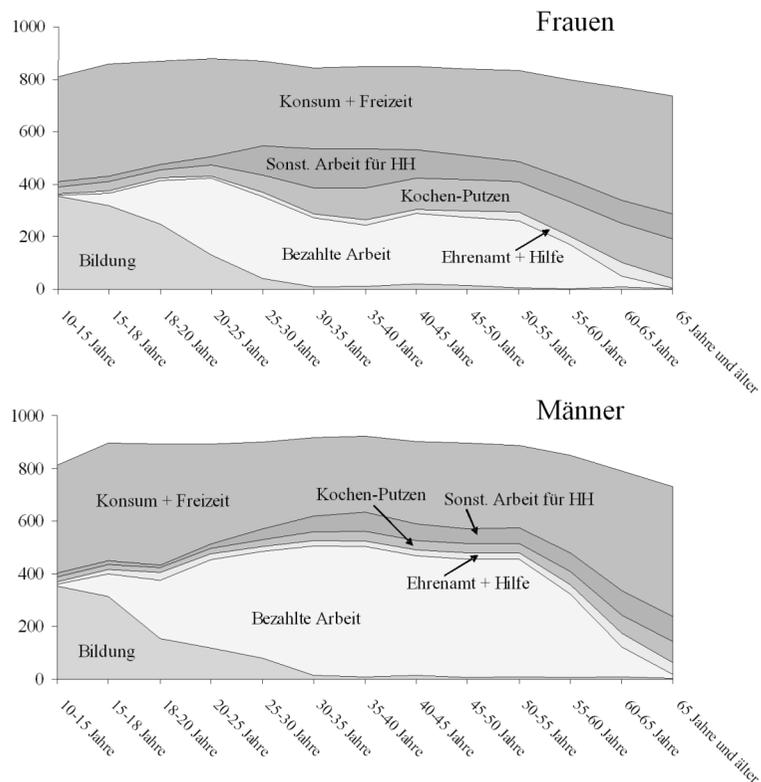


Abbildung 8: Der ganze Lebenslauf  
(Zeitverwendung nach Altersgruppen an Werktagen, Angaben in Minuten pro Tag)<sup>8</sup>

Abbildung 8 zeigt die wechselnden Zeitbedürfnisse mit wechselndem Alter. Es sind Lebensphasen sichtbar, die durch die traditionelle Lebenslaufpolitik geprägt sind: Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand. Allerdings werden in dieser Darstellung weder die Zeitbrüche durch individuelle Übergänge abgebildet noch abweichende Lebensläufe. Die Existenz unterschiedlicher Lebensläufe führt gerade dazu, dass die Übergänge zwischen verschiedenen Phasen fließend erscheinen. Diese Form der Darstellung ist gerade in der Hinsicht unzureichend, dass die zunehmende Diskontinuität der Lebensläufe, die Anzahl und die Radikalität von Übergängen zwischen verschiedenen Kombinationen nicht abgebildet werden. Die Differenzen zwischen typischen weiblichen und männlichen Kombinationen, die wir anhand der Zeitbudget-Aufstellung festgestellt hatten, tauchen hier wieder auf, allerdings nach Lebensalter differenziert.

Modellartig wird auf Abbildung 9 die Veränderung des *individuellen Lebenslaufs* dargestellt, um die neue Diskontinuität zu illustrieren. Fünf mögliche Brüche sind skizziert im Vergleich zum ehemaligen Normallebenslauf, der durch das schwarze Rechteck markiert wird. Diese Brüche können unterschiedlich häufig eintreten, die Veränderungen unterschiedlich stark ausgeprägt sein.

Als wichtigste Folgen sind die Unberechenbarkeit und Unplanbarkeit der Übergänge festzustellen. Sie können freiwillig oder erzwungenermaßen stattfinden, was erheblichen Einfluss auf die Einpassung in die Lebensführung hat. Einsteige und Wiedereinsteige sind im Arbeitsmarktsystem der Bundesrepublik in jedem Fall problematisch, Ausstiege sind häufig nicht freiwillig und werden auf betrieblicher Ebene geregelt. Die Unregelmäßigkeit der Integration des Einzelnen in das Erwerbssystem hat erhebliche Folgen für seine soziale Integration in den Betrieb (Thema Kern- und Randbelegschaft), für die Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit des Einkommens sowie für die Beiträge zum sozialen Sicherungssystem.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass sich die gesellschaftlichen Lebenslaufmuster systematisch verändert haben. Wir sehen eine Entwicklungslinie vom Leitbild des am männlichen Facharbeiter orientierten Normallebenslaufs über die „Entdeckung“ der doppelten Lebensführung

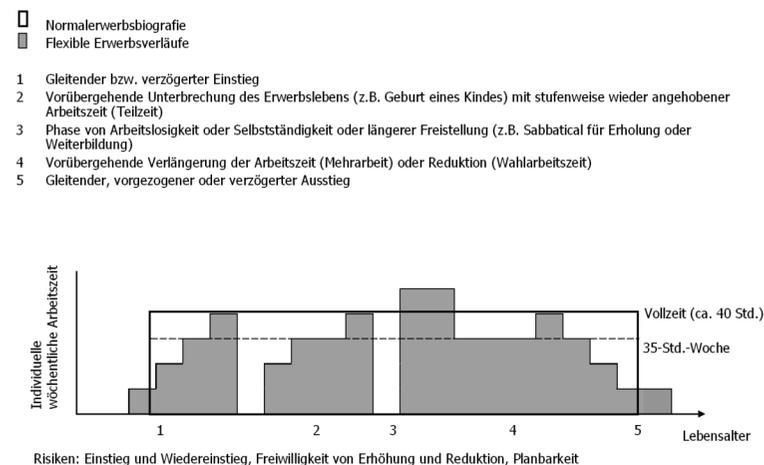


Abbildung 9: Neue Vielfalt und Diskontinuität im Lebenslauf

<sup>8</sup> Quelle: Stefan Weick (2004): *Lebensbedingungen, Lebensqualität und Zeitverwendung*. In: *Statistisches Bundesamt, Forum der Bundesstatistik*, Bd. 43, Wiesbaden, S. 414

	Männlicher Normallebenslauf	Weibliche Lebensläufe	Neue Lebensläufe
Alter ↓	Ausbildung	Ausbildung	Ausbildung
		Erste Erwerbsphase	Berufsvorbereitende Jobs
		Familien- und Haushaltsphase	Flexible und diskontinuierliche Erwerbstätigkeit
	Kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung	Mögliche zweite Erwerbsphase und Mischarbeit (z.B. Teilzeitarbeit)	Übergangsphase
		Mögliche Pflegephase (z.B. kombiniert mit Teilzeitarbeit)	(Un-)Ruhestand
	Ruhestand	Ruhestand	

Abbildung 10: Neue variante Lebensläufe<sup>9</sup>

Der Wandel der Frauen, die an der flexiblen Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit ausgerichtet ist, hin zu einer Annäherung in flexiblen Lebensläufen, die durch Diskontinuität, Flexibilität und Vielfalt gekennzeichnet sind. Es handelt sich aber nicht um eine einlinare Entwicklung von der einen Form zur historisch höheren, sondern auch um eine Gleichzeitigkeit der verschiedenen Formen. Die Differenz der Lebensläufe ist dann – jenseits der generell geringeren Planbarkeit – Ausdruck einer sozialen Spaltung zwischen Integration, Prekarität und Ausgrenzung.

Am Wissenschaftszentrum Berlin wurde ein analytisches Modell entwickelt, um die für den Lebenslauf immer wichtiger werdenden individuellen Übergänge auf dem Arbeitsmarkt zu systematisieren und politischen Gestaltungen zugänglich zu machen (s. Abbildung 11). Übergangsmärkte betonen das Nacheinander verschiedener Schwerpunktsetzungen und die Perspektive vorübergehender (Teil)Ausstiege aus Erwerbsarbeit, während das Konzept der Mischarbeit den Schwerpunkt auf die Gleichzeitigkeit legt – beide Konzepte ergänzen sich also im Sinne alltäglicher und biographischer Lebensführung. Übergangsmärkte sind eine Kombination funktionaler Bereiche, die ihre jeweils eigenen Sicherungssysteme haben: Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung sowie Regelungen zu Eltern- und Bildungszeiten.

## 5. Unsicherheiten flexibler Erwerbsarbeit

Es ist bereits angedeutet worden, dass die Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Lebensläufen neue Mechanismen sozia-

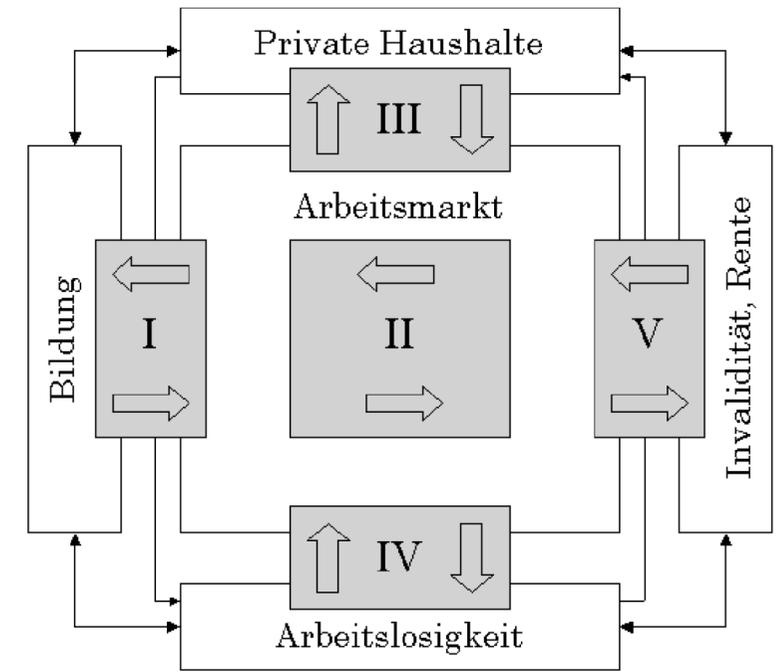


Abbildung 11: Das Konzept der Übergangsmärkte<sup>10</sup>

ler Spaltung in Gang setzt, die mit dem Begriff der *Prekarität* beschrieben werden. Wichtig ist, dass, wie oben beschrieben, Flexibilität und Diskontinuität zu einem generellen Merkmal postmoderner, flexibler Arbeit werden und somit alle Mitglieder der Arbeitsbevölkerung betreffen. Zum anderen konzentrieren sich die Folgen der Flexibilisierung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, die nicht über den sozialen Status, die Kompetenz und die Ressourcen verfügen, um die Flexibilität zu gestalten, sodass die Lebensqualität nicht beeinträchtigt oder sogar noch erhöht wird (Nutzung von Optionen). Prekarität signalisiert insofern den Abschied von einer „Mittelstandsgesellschaft“ und den Weg in eine „Drei-Drittel-Gesellschaft“.

Prekarität stellt die Zunahme von Unsicherheit in den Mittelpunkt, die sich auf Erwerbstätigkeit, Einkommen, soziale Sicherung und auch die Möglichkeit von Lebensplanung beziehen kann, insofern wirkt sie durchgängig. Das Konzept verweist auf die Vorläufigkeit von Lebenssituationen und die Möglichkeiten, diese in die eine oder andere Richtung zu verän-

<sup>9</sup> Quelle: in Anlehnung an European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2003), S. 19-20

<sup>10</sup> Quelle: Günther Schmid, WZB

dem – die entsprechende Erfahrung von unfreiwilliger Diskontinuität und die Angst vor Unsicherheit gehören dazu. Das Konzept schließt folglich objektive Lagen und subjektive Dimensionen ein und berücksichtigt das Gewicht kumulativer Unsicherheit und entsprechender Pfadabhängigkeiten.

- Merkmale:**  
 Gefährdung von
- Subsistenz Einkommen, Einkommensstabilität
  - Beschäftigungsstabilität
  - Beschäftigungsfähigkeit
  - Integration in System sozialer Sicherheit
- Erfahrungen von  
 Marginalisierung und  
 Unsicherheit

Zone der Integration	1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
	2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
	3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
	4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)
Zone der Prekarität	5. Prekäre Beschäftigung als Chance/temporäre Integration („Die Hoffenden“)
	6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)
	7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)
Zone der Entkopplung	8. Überwindbare Ausgrenzung („Die Veränderungswilligen“)
	9. Kontrollierte Ausgrenzung/inszenierte Integration („Die Abgehängten“)

Abbildung 12: Unsicherheiten flexibler Erwerbsarbeit - Prekarität <sup>11</sup>

Prekarität betont die Möglichkeit des Wechsels der Unsicherheitslage und die Bedeutung von individuellen Anstrengungen. Die Individualisierung der Lebensführung, die Anforderungen an das „unternehmerische Selbst“ und die Eigenverantwortung für das Scheitern (aus Passivität oder aufgrund falscher Entscheidungen) werden deutlich. Die Rolle und die Einflussmöglichkeiten von Interessenvertretung dagegen bleiben eher im Hintergrund, haben aber in Wohlfahrtsregimen wie dem deutschen großen Einfluss.

Die Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit, die Zunahme atypischer Beschäftigung und die Ausweitung des Niedriglohnsektors führen zu einer neuen Kopplung von Erwerbstätigkeit und Armut; die Erwerbsarbeitsgesellschaft wird nach unten geöffnet. Die *Armut(risiko)grenze* liegt nach einer Übereinkunft der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des nationalen Medianeinkommens. Sie soll Personen identifizieren, „die über so geringe (materielle, soziale und kulturelle) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ Für Deutschland wurde diese Grenze

2006 bei 938 Euro/Monat festgelegt. Bei differenzierteren Verfahren werden Mindeststandards für Lebensbereiche wie Wohnen, Teilhabe am Konsum, Rücklagenbildung und Arbeitslosigkeit definiert.

Die *Niedriglohnschwelle* ist definiert bei Zweidritteln des Median-Stundenlohns aller Beschäftigten; das waren 2004 gleich 9,83 Euro in Westdeutschland und 7,15 Euro in Ostdeutschland. Diese Entlohnung galt für über 6 Mio. Beschäftigte, überwiegend in Teilzeit und Minijobs. Häufig wird das *Äquivalenzeinkommen* zum Maßstab für Armut genommen, das die Haushaltssituation einbezieht; das Gesamteinkommen des Haushalts wird mit einer bedarfsorientierten Gewichtung auf die Haushaltsmitglieder verteilt.

Davon zu unterscheiden ist das *Existenzminimum*, ein materieller Lebensstandard, der das psychische Überleben garantieren soll. In Deutschland beträgt es zurzeit 345 Euro/Monat zuzüglich Wohn- und Heizkosten, berechnet nach den Ausgaben des ärmsten Fünftels der Einpersonenhaushalte. Es ist Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes II.

Grundsätzlich konzentriert sich Arbeitsarmut auf Personen in geringfügiger Beschäftigung und Haushalte mit kleinen Kindern, hier besonders kinderreiche MigrantInnenfamilien und Alleinerziehende (vgl. Armuts- und Reichtumsbericht 2005).

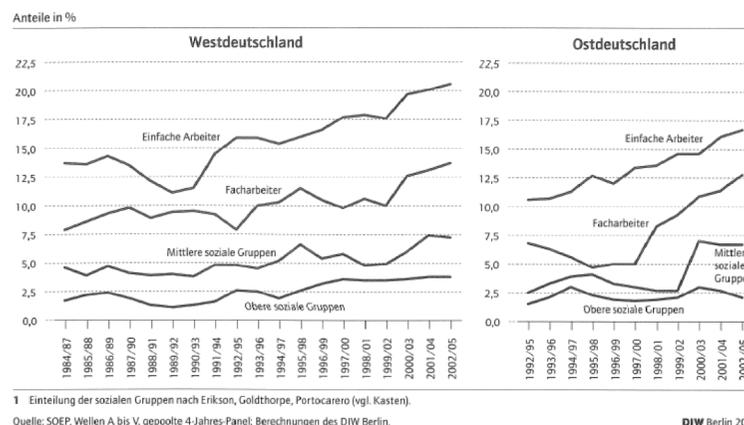


Abbildung 13: Risiko für verfestigte Armut nach sozialen Gruppen <sup>12</sup>

<sup>11</sup> Quelle: Klaus Dörre (2005, S.60), Robert Castell (2000)

<sup>12</sup> Quelle: Wochenbericht des DIW Berlin,

Nr. 12/2007, S. 181

Für den Umgang mit Deregulierung und der Flexibilisierung von Erwerbsarbeit, Einkommen und sozialer Sicherung ist die Leistungsfähigkeit des Systems industrieller Beziehungen von besonderer Bedeutung. Im korporatistischen System der Bundesrepublik Deutschland ist eine klare Schwächung der unabhängigen industriellen Beziehungen zu verzeichnen. Sie wird vorwiegend am Rückgang der *Mitgliederzahlen* festgemacht; in ihm spiegeln sich die unterdurchschnittlichen Organisationsgrade im Bereich Frauen, Jugendliche, IuK-Berufe und das Wachstum neuer wissensbasierter Dienstleistungen. Hinzukommt, dass die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Angemessenheit ihrer Strategien zunehmend in Zweifel gezogen wird, besonders von neuen ArbeitnehmerInnengruppen.

Ein wichtiger Indikator ist der Rückgang der *Tarifbindung*, d.h. des Anteils von Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnisse durch Branchen- und Flächentarifverträge geregelt sind. Darüber hinaus wird die Wirksamkeit der Tarifverträge durch die zunehmende Zahl von *Öffnungsklauseln* und *betrieblichen Bündnissen* geschwächt, die überwiegend die Korridore betrieblicher Arbeitszeitgestaltung erweitern. Die Zurückdrängung des Einflusses von Tarifverträgen und Gewerkschaften wirft umso dringender die Frage nach der Gestaltungskompetenz und den Gestaltungsmöglichkeiten des Einzelnen auf.

*Rückläufige Tarifbindung (1996: 69%, 2006: 57% in Westdeutschland)*  
*Betriebliche Bündnisse (2006: 20% der Betriebe über 250 Beschäftigte)*  
 Nutzung betrieblicher Öffnungsklauseln in tarifgebundenen Betrieben (in Prozent)

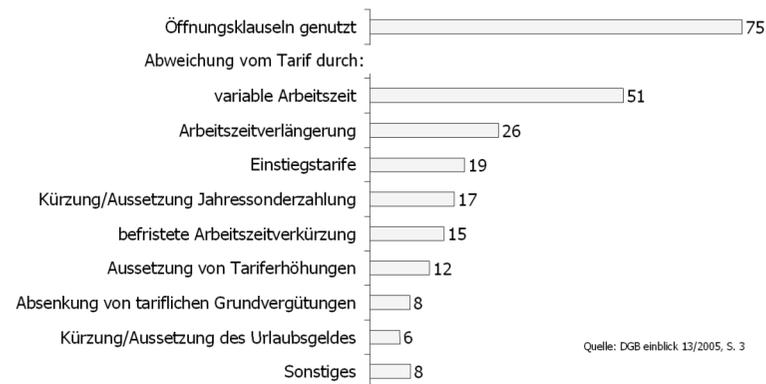


Abbildung 14: Flexibilisierung kollektiver Regulierung

## 6. Neuer Unternehmertyp und neue Sicherheiten

Die arbeitssoziologische Forschung hat mit dem Konzept der „*Subjektivierung der Arbeit*“ auf die Dezentralisierung von Entscheidungen und die entsprechende Verantwortungsverlagerung reagiert. Die neuen Qualitäten projektförmig und im Team organisierter Arbeit, die selbstverantwortlich und nur indirekt ergebnisgesteuert erbracht wird, werden als so grundlegend eingeschätzt, dass von der Herausbildung eines neuen Typs von Arbeitskraft gesprochen wird, des „Arbeitskraftunternehmers“. Er ist durch individualisierte Qualifikation, systematische Selbstkontrolle der Arbeit und Selbstaussbeutung charakterisiert. Ein anderer Zugang zu den neuen Anforderungen besteht darin, Beschäftigtengruppen zu analysieren, die schon immer in hochvariablen und ungeschützten Verhältnissen gelebt

### Ein neuer prekärer UnternehmerInnentyp?

- *ArbeitskraftunternehmerIn (Pongratz/Voß)*
  - *KünstlerIn (Haak/Schmid) - Alleinselbständige (Betzelt/Gottschall)*
- Merkmale der Arbeitssituation:
- hoher Stellenwert von Kreativität und Wissensintensität, kaum Eigenkapital
  - kontinuierliche Weiterqualifikation durch Selbstlernen
  - selbstbestimmte projektförmige Arbeit für verschiedene Kunden, Netzwerke
  - Einkommens-Status-Disparität (relativ niedrige und schwankende Einkommen, Selbstaussbeutung)
  - lange und variable Arbeitszeiten mit untypischer Lage, Entgrenzung von Arbeit und Leben
  - mehrere Statuswechsel und Phasen der Mehrgleisigkeit (Diskontinuität des Lebenslaufes als Normalität, Brotjob und kreative Tätigkeit)
  - erhöhte Risiken der Familien-Unmöglichkeit und der Altersarmut
- *Aktuell: kreative Klasse (Florida/Horx), digitale Boheme (Friebe/Lobo), Generation Praktikum, urbane Penner (Mercedes Bunz), urban pioneers (SenStadt Berlin)*
- “Die digitale Boheme beeinflusst die gesamte Arbeitsgesellschaft schon insofern, als sie eine Alternative zu den beiden gleichermaßen unattraktiven Optionen Arbeitswelt und Prekariat erst mal aufzeigt und vorlebt. Es ist eine praktisch vorgelebte Kritik an der Arbeitswelt.” (Friebe in zitty 22/2006, S. 31)

und gearbeitet haben. Die Analyse der *Künstlerarbeitsmärkte*, die inzwischen als Folie zukünftiger Arbeitsverhältnisse weitgehend anerkannt sind, zeigt eine hohe Ambivalenz von Status-Einkommen-Sicherheit und spezifische Kombinationsmuster von Arbeit und Leben.

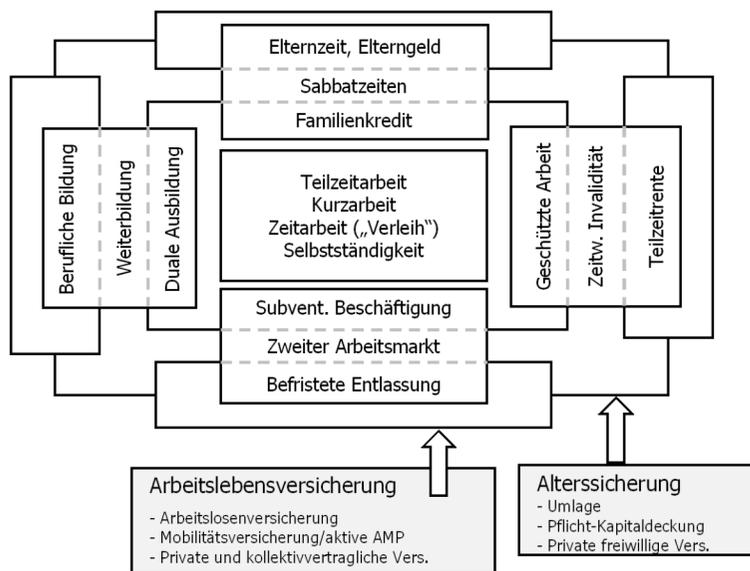


Abbildung 15: Diskontinuität und Sicherheit<sup>13</sup>

Neueste Impulse hat die Debatte durch die Aufmerksamkeit für die  *kreativen Selbstständigen* in den Städten erhalten; die Bewertung der Effekte für das eigene Leben und der Potentiale für die Entwicklung der Städte steht noch aus. Auch die Auswirkungen auf bürgerschaftliches Engagement einerseits, die Organisation der Erwerbsarbeit andererseits sind noch nicht abzusehen. Ihr Weg kann zwischen Karriere und sozialem Absturz verlaufen, andere Ressourcen als beharrliche Versuche stehen ihnen nicht zur Verfügung. Die sozialstaatlichen Sicherungssysteme sind hier – mit Ausnahme der schmalen Künstlersozialversicherung – aus dem Blick geraten; eine Perspektive im Hinblick auf eine *neue Verantwortungsverteilung* zwischen Staat, Unternehmen, Familie und Individuum wird nicht entwickelt.

Die sozialpolitischen Anforderungen aufgrund der Flexibilisierung der Arbeit und von Lebensläufen werden mit dem Konzept der *Flexicurity*

### Mischarbeit und Grundeinkommen

*Das allgemeine Grundeinkommen ist ein Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausbezahlt wird. (Vanderborgh/Van Parijs 2005: 37)*

Vertärende Effekte:

- Einstieg in Erwerbstätigkeit: Subvention von Erwerbsarbeitsplätzen mit geringer Produktivität
  - Gestaltung von Erwerbstätigkeit: Möglichkeit zur Ablehnung nicht menschenwürdiger Arbeitsplätze
  - Relativierung der Erwerbstätigkeit: Teilnahme an der Erwerbsarbeitswelt nicht mehr existenziell
  - Weit gefasster Begriff legitimer Beschäftigung; Aufwertung produktiver informeller Tätigkeiten
  - Ermöglichung von individuellen Entscheidungen über Zeitverwendungen, Erleichterung von Teilzeitarbeit
  - Erleichterung von Übergängen (transitional labour markets)
  - Interpretation als Entschädigung für informelle Arbeiten (insbesondere care)
- (Modell: participation income - Bedingung: gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten; Vanderborgh/Van Parijs 2005: 121)

erfasst, das wesentlich in Dänemark entwickelt und inzwischen von der EU adaptiert worden ist. Es wird überwiegend auf der *Makroebene* diskutiert als Ausweitung und Integration der sozialen Sicherungssysteme. Diese sind bisher auf die einzelnen Politikbereiche begrenzt und an erbrachte Erwerbsarbeit gekoppelt, die besondere Unterstützung von Übergängen ist kaum geregelt.

In diese Lücke stößt der Vorschlag einer „*Arbeitslebensversicherung*“, der auf die zunehmende Vermischung von internen und externen Risiken der Erwerbsarbeit sowie die große Bedeutung kritischer Ereignisse während des Berufslebens für den Verlauf von Erwerbskarrieren reagiert. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsmarkt-

<sup>13</sup> Quelle: Günther Schmid 2007

politik beruht auf vier Säulen (Schmid 2004, S.414 ff.):

1. Eine Arbeitslosenversicherung unter Einbeziehung der Nichtlohneinkommen
2. Individuelle Kontensysteme zur Abdeckung der Einkommensrisiken beruflicher Mobilität, finanziert aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung
3. Staatlicher Fonds für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, aus dem arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum Nachteilsausgleich sowie eine Grundsicherung im Rentenalter finanziert werden
4. Individuell oder kollektivvertraglich ausgehandelte Versicherungssysteme des Risikomanagements.

Aus *individueller Perspektive* ist die Idee eines *allgemeinen Grundeinkommens* sehr plausibel und hat in den letzten Jahren Fürsprecher aus verschiedensten politischen Lagern erhalten, woraus eine Vielzahl von Modellen entstanden ist. Sie unterscheiden sich wesentlich nach der Bedingtheit des Anspruchs und den Finanzierungsquellen. Grundeinkommen ist im Gegensatz zur Grundsicherung weder an eine Bedarfs- und Vermögensprüfung noch an eine Bereitschaft zur Tätigkeit gebunden. Auch über die Höhe des Grundeinkommens gibt es erhebliche Differenzen; es wird zwischen 500 und 1.200 Euro angesetzt.

Die möglichen Effekte eines Grundeinkommens für eine sozial verträgliche Mischarbeit hängen stark von der Höhe des Mischeinkommens und der Anerkennung/Förderung der Tätigkeitskombinationen ab.

*Prof. Dr. Eckart Hildebrandt*

*Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)*





# Nachhaltige Entwicklung oder: Die Kunst, eine Explosion zu managen<sup>1</sup>

## Nachhaltige Entwicklung

- „Sustainable Development“ erstmals 1980 in der „World Conservation Strategy“ der IUCN (International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources) und andere UN Organisationen.
- 38. UNO-Vollversammlung (1983): Gründung der „Kommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) = Brundtlandkommission
- 1987: Endbericht der Brundtlandkommission: „Our Common Future“.
- 1992: Rio de Janeiro, UN Conference on Environment and Development (UNCED).
- 2002: Johannesburg-Summit: World Summit on Sustainable Development.

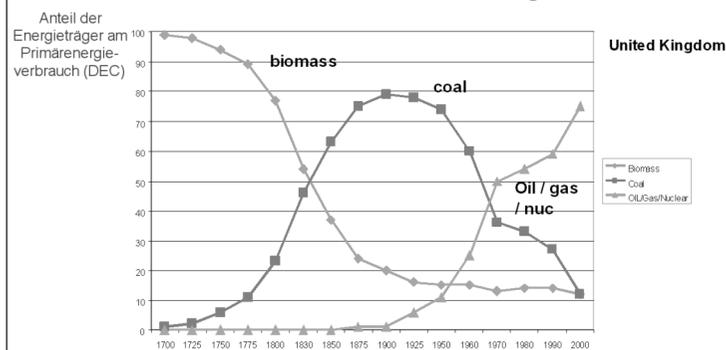
## Nachhaltigkeitswissenschaft

- Interaktionen zwischen Gesellschaft und Natur
- Rohstoff- und Energieverbrauch, Abfälle und Emissionen als Teile eines Gesamtprozesses – des gesellschaftlichen Stoffwechsels - zu sehen.
- Der gesellschaftliche Stoffwechsel
  - dient der Reproduktion der Gesellschaft
  - ist historisch hochvariabel
  - der industrielle Stoffwechsel ist Hauptursache globaler Umweltveränderungen
- Nachhaltige Entwicklung: Gesellschaftlichen Stoffwechsel so zu verändern, dass er global und auf Dauer aufrechterhalten werden kann.

## Der Brundtlandbericht

- Themen:
  - Armut, Hunger
  - Wirtschaftliche Entwicklung
  - Energie, CO<sub>2</sub>-Problem
  - Biodiversität
  - Ressourcen
  - Entwicklung der Städte
- **Grundthese:** wirtschaftliche Entwicklung (Wachstum) ist mit Erhaltung der Lebensgrundlagen vereinbar, wenn gewisse Maßnahmen getroffen werden (u.a. Verbesserungen der Energieeffizienz Entkopplungsdiskussion“).
- **Definition:** "Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own need." (WCED 1987, p 43).

## Die Transformation des Energiesystems 1700-2000: von Biomasse zu Fossilenergie



<sup>1</sup> Dies ist eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Univ.-Prof.<sup>in</sup> Helga Weisz. Die vollständige Präsentation finden Sie auf [www.dialog-forum.at](http://www.dialog-forum.at), einen Audiomitschnitt des Referates auf der diesem Tagungsband beliegenden MP3-CD.

## Agrar- und Industriegesellschaft

### Agrargesellschaft

2. Solarenergie, Ressourcenbasis Biomasse, vorwiegend Flüsse
3. Infrastruktur: dezentralisiert, Kernaktivität: Landnutzung durch Landwirtschaft
4. Subsistenz und Marktökonomien
5. Primärdifferenzierung der Gesellschaft: hierarchisch
6. Potentiell nachhaltig, weil vorwiegend Flüsse als Ressource genutzt werden, aber Erosion, Artenverlust.
7. Physischem Wachstum sind deutliche Grenzen gesetzt (Knappheitsregime, durch geringe Energiedichte)

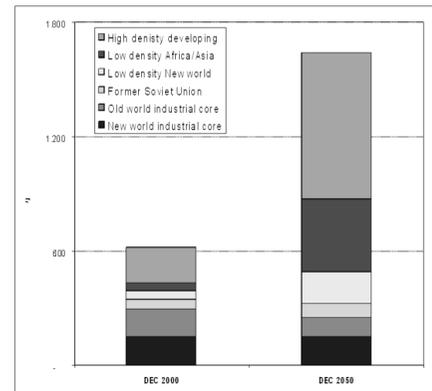
### Industriegesellschaft

2. Fossilenergie, Ausbeutung großer Bestände.
3. Zentralisierte Infrastrukturen, industrielle Technologien
4. Kapitalismus
5. Primärdifferenzierung: funktional
6. Großräumige Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden, globaler Klimawandel, Artenverlust und Ausbeutung mineralischer Ressourcen.
7. Grenzen des physischen Wachstums werden überwunden, Land, Energie und Arbeit werden entkoppelt.

## Zusammenfassung

- Extreme globale Ungleichheit in Hinblick auf Ressourcenverbrauch, Umweltbelastung und Wirtschaftskraft.
- Aufholende Entwicklung bei gegenwärtiger Technologie: Eine Verdreifachung des Weltenergieverbrauchs bei gegenwärtigen Technologien ist undenkbar (ökologisch und ökonomisch).
- Global gesehen ist die weitere Entwicklung der bevölkerungsreichen Entwicklungsländer entscheidend für Nachhaltigkeit.

## Konvergenzscenario: Weltenergiekonsum im Jahr 2050



Projektion:  
industrieller  
Metabolismus weltweit  
im Jahr 2050

Entwicklungsländer:  
Gleicher Energiekonsum  
die Industrieländer der  
selben  
Bevölkerungsdichte  
Klasse

Industrieländer  
Minus 30% Reduktion  
(Europa: 135 GJ/cap,  
USA: 310 GJ/cap)

## Herausforderungen für die Zukunft

- Entkoppelung und Effizienzsteigerung
- Wirtschaftswachstum, Energiesystem und Arbeitswelt
- Global Governance, Klimapolitik, Energiesystem
- Infrastrukturentscheidungen als globale Zukunftsentscheidungen, neue Möglichkeiten für Industrieländer, entscheidend bevölkerungsreiche Entwicklungsländer
- Bevölkerungsarme Entwicklungsländer, Refugien für Natur und Artenschutz.
- Lebensweise: Mobilität, Ernährung, Wohnen





# Work-Life-Balance: Ein vielversprechendes Konzept für Nachhaltigkeitspolitik?<sup>1</sup>

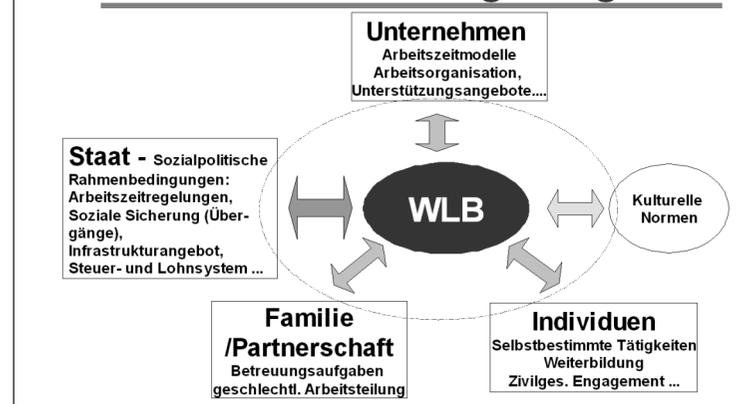
Der Begriff Work-Life-Balance (WLB) bezeichnet die Ausgewogenheit zwischen Berufs- und Privatleben. Sie gerät aus dem Gleichgewicht, wenn Stress im Job nicht durch Entspannung in der Freizeit abgefedert werden kann. Die Formel hat seit Anfang der 1990er Jahre Konjunktur, als PersonalentwicklerInnen vorwiegend großer Unternehmen auf das Thema aufmerksam wurden. Der Grund dafür waren zunehmende Burn-outs bei ManagerInnen und der Wunsch vieler MitarbeiterInnen, Kinder und Beruf besser zu vereinbaren.

Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben erhöht die Lebens- und Arbeitszufriedenheit und somit die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten. Deshalb bieten inzwischen Personalabteilungen sogenannte Balancing-Programme als Teil der Unternehmenskultur an, um ihre MitarbeiterInnen fit zu halten: Dazu gehören flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitkonten, Gesundheitschecks, Fitnessangebote, Serviceleistungen zur Organisation des Privathaushalts und die Möglichkeit zu Sabbaticals. Doch nicht nur große Firmen, auch einige Regierungen haben sich die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung von Work-Life-Balance zum Ziel gesetzt (z.B. Großbritannien, Kanada). Das (wohlfahrts-)staatliche Interesse an diesem Thema resultiert aus der berechtigten Hoffnung, dass die gelungene Balance zwischen Arbeit und (Privat-)Leben nicht nur ein Recht der Beschäftigten ist und insbesondere die Frauenerwerbstätigkeit fördert, sondern sich positiv auf ihre Gesundheit, das ehrenamtliche/zivilgesellschaftliche Engagement und das Familienleben, die Geburtenrate sowie die Entwicklung der Kinder auswirkt. Der demographische Wandel wird dabei durchaus auch thematisiert, allerdings kaum im Zusammenhang mit Fragen der Migration.

## Schlussfolgerungen I

- WLB nur über Reduktion der Arbeitszeit möglich
- Flexible Arbeitszeitmodelle immer Kompromiss zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen
- Entmarginalisierung von Teilzeitbeschäftigung notwendig, um berufl. Nachteile zu vermeiden
- WLB als neuer Begriff geht über Vereinbarkeitsproblematik hinaus.
- WLB im Kontext nachhaltigen Arbeitens ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit privater Verpflichtungen und Interessen mit der Erwerbsarbeit, der Chancengleichheit am Arbeitsplatz, der Erhaltung der Gesundheit und der Ermöglichung (zivil-)gesellschaftlichen Engagements.

## Schlussfolgerungen II



<sup>1</sup> Hier finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Univ.-Doz.<sup>in</sup> Beate Littig. Die vollständige Präsentation finden Sie auf [www.dialog-forum.at](http://www.dialog-forum.at), einen Audiomitschnitt des Referates auf der diesem Tagungsband beiliegenden MP3-CD.

## Empfehlungen – langfristige Perspektive

- Verkürzung der Arbeitszeit
- Flexible Arbeitszeitmodelle entsprechend jeweiliger betrieblicher Situation
- Verbesserung der Rahmenbedingungen durch den Staat (z.B. qualitätsvolle und flexible Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen, Ganztagschulen, ...)
- Erweiterter Arbeitsbegriff, der neben Erwerbsarbeit auch Betreuungs-, Hausarbeit und Eigenarbeit (unbezahlte Arbeit) und zivilgesellschaftliches Engagement umfaßt sowie den selbstbestimmten Wechsel zwischen diesen Tätigkeiten sozial absichert

Es gibt auch kritische Stimmen zum Thema Work-Life-Balance. Diese werfen den Firmen vor, weniger am Wohl ihrer MitarbeiterInnen interessiert zu sein, als vielmehr an einem möglichst flexiblen Einsatz von Arbeitskräften. Die auf den Zeitkonten angesparten Arbeitsstunden können vielfach nicht nach den Wünschen der Beschäftigten konsumiert werden, sondern in erster Linie entsprechend den Arbeitsanforderungen der Unternehmen. Es wird befürchtet, dass flexible Arbeitszeiten und die Flexibilisierung des Arbeitsortes die Entgrenzung von Arbeit und Leben vorantreiben und die ständige Verfügbarkeit der Arbeitskräfte und Zugriffsmöglichkeiten der Unternehmen auf ihre Beschäftigten fördern. Auch dass durch flexible Arbeitszeiten alleine (ohne die Schaffung guter und ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen) Frauen die Berufstätigkeit erleichtert wird, wird in Frage gestellt. Und schließlich sehen manche die Fitness- und Gesundheitsprogramme der Firmen als Makulatur und Notmaßnahmen gegen übermäßigen Stress an, die an die Stelle gesunder Arbeitsbedingungen treten.

Das Thema Work-Life-Balance betrifft eine Vielzahl von Politikbereichen: Arbeit und Arbeitszeit ebenso wie Gesundheit, Geschlechter-, Migrations- und Gesellschaftspolitik. Darüber hinaus bietet es sowohl in seiner normativen Ausrichtung wie auch seiner politischen Steuerbarkeit eine Reihe von Anknüpfungspunkten für die Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung (2002): Diese hat sich die Förderung der Gleichstellung

## Empfehlungen – unmittelbare Maßnahmen

- Sensibilisierungs- und Beratungstätigkeit für gemeinsam auszuhandelnde flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen
- Anreize für Väter für Teilzeitarbeit und Kinder- und Angehörigenbetreuung

von Männern und Frauen in Beruf und Familie (Leitziel 3), Gesundheitsförderung (Leitziel 2), sozialen Zusammenhalt (bürgerschaftliches Engagement) (Leitziel 5) zum Ziel gesetzt. Der Vortrag diskutiert kritisch die Verortung von WLB-Praktiken in einer Politik für Nachhaltigkeit.

*Univ.-Doz. Beate Littig*

*Leiterin der Abteilung für Soziologie am Institut für Höhere Studien, Wien*





# Wo geht's hier zur Salutogenese?<sup>1</sup>

Gesundheitspolitik steht in einem Paradigmenwechsel vom klinischen zum sozialen Blickwinkel, von der Pathogenese zur Salutogenese. Das ist prinzipiell nicht neu, aber es setzt nach wie vor unzufrieden eingelöste Anforderungen in Gesundheitspolitik und Gesundheitsforschung auf die Tagesordnung.

Die wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang sind nicht neu, müssen aber immer wieder neuerlich gestellt werden, etwa:

- Welche Faktoren führen zu (dauerhafter) Exklusion aus der Gesellschaft und damit auch aus dem Gesundheitssystem?
- Welche Personengruppen sind insbesondere von Exklusion betroffen?
- Wie funktioniert Exklusion heute (durch objektive und subjektive Faktoren)?
- Wieso werden bestimmte Krankheitsgruppen so relativ stark aus dem Forschungsinteresse ausgeschlossen (z.B. Demenz)?
- Wie kann auf dieser Erkenntnis wirkungsvolle Inklusionspolitik aufsetzen?

Wenn ein salutogenetischer Gesundheitsansatz Nachhaltigkeit verspricht und wenn gesellschaftliche Inklusion ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Salutogenese ist, kann sich die Gesundheitsstrategie der WHO (Gesundheit als körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden) mit der Lissabonstrategie der EU (deutliche Verminderung der Exklusion innerhalb Europas) treffen. Damit ist eine Verschnittmenge zwischen Gesundheitspolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Europapolitik angesprochen. Oder pointiert formuliert: Gesundheitspolitik ist zu komplex, um sie allein dem Gesundheitssystem zu überlassen.

## Ausgangspunkt

- Erwartungen an einen Politikwissenschaftler, über Gesundheit sprechend
- Gesundheit im System gesellschaftlicher Macht im Sinne eines Foucaultschen Machtbegriffes  
→ Macht und Gegenmacht
- Ein „doppeltes Mandat“ auch der Gesundheitspolitik?

## Begriffsklärung (1)

- **Nachhaltigkeit**
  - Zustand, der die ursprüngliche Interaktion überdauert
  - selbsttragender Prozess
  - Letztendlich: die Intervention (und damit die Intervenierenden) überflüssig machend → demokratisches Element?
  - erfordert zweierlei
    - Empowerment der Betroffenen
    - Relativierung der Agierenden

<sup>1</sup> Hier finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Prof. (FH) Tom Schmid. Die vollständige Präsentation finden Sie auf [www.dialog-forum.at](http://www.dialog-forum.at), einen Audiomitschnitt des Referates auf der diesem Tagungsband beiliegenden MP3-CD.

## Begriffsklärung (4)

- **Qualität**
  - Landläufig: „gute“ Eigenschaft
  - Wissenschaftliches Verständnis: *Zustand gewünschter Beschaffenheit*
  - Das bedeutet: „Qualität“ erfordert richtungsgebende Zuschreibungen, die nicht aus ihr selbst entstammen (können)
  - Qualität besteht aus
    - Qualitätsdefinition
    - Qualitätsbestimmung
    - Qualitätsmessung

## Begriffsklärung (7)

- **Utilitarismusproblem**
  - Entscheidung über die Verteilung knapper Güter (jedes andere politische Problem wäre trivial im Sinne Luhmanns)
    - Triage
    - Verteilung von Zeit, Ressourcen, Geld
    - „unendlicher“ Grenznutzen versus „knapper“ Mittel
    - Interessendreieck: Kranke, Gesunde, AnbieterInnen
  - *Utilitarismus* als Gerechtigkeit versus *Fairness* als Gerechtigkeit

## Salutogenese

- Wechselnder Blickwinkel
    - von der Pathogenese zur Salutogenese
    - vom klinischen zum sozialen Ansatz
    - von der Heilung zur Prävention
  - Bandbreite der Definitionen
    - „*Krankheit*“ als regelwidriger Körperzustand, der einer Behandlung bedarf (ASVG)
    - „*Gesundheit*“ als Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens (WHO)
- bio-psycho-sozialer Gesundheitsbegriff versus „warm – satt – sauber“ (Gesundheit & Pflege)

## Die „Präventionsfalle“ (1)

- Prävention, so heißt es, senkt die Kosten.
  - Im **betrieblichen Kontext**: Prävention senkt die Kosten nachweisbar, und zwar in größerem Ausmaß als die Kosten der Prävention ausmachen
    - Geringe Fehlzeit, geringer Krankenstand, längeres Verweilen im Betrieb, productive ageing
  - Im **gesellschaftlichen Kontext**: Prävention kann dazu führen, dass (weniger teure) tödliche Krankheiten wegfallen und daher mehr Menschen das hochteure Alter erleben
    - Multimorbidität, Demenz, Alzheimer
    - Eine Demenzerkrankung z.B. kostet sechs Mal so viel wie ein Lungenkrebs

## Die Exklusionsproblematik (1)

- Doppelter Kreislauf
  - *Armut macht krank*
  - *Krankheit macht arm*
- Nur das **WHO-Konzept** kann hier nachhaltig reagieren:
  - Verständnis ausschließender Faktoren (Bildung, Nationalität, Beruf, Region,...) als krankmachende (besser: gesundheitsgefährdende) Faktoren
  - Verständnis gesundheitsgefährdender Faktoren (Ernährung, Rauchen, Süchte, Freizeitverhalten) als ausschließende Faktoren

## Die Exklusionsproblematik (2)

- Das bedeutet
  - Nachhaltige Gesundheitspolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie hat eine Überwindung von Exklusion zum Ziel
  - Nachhaltige Sozialpolitik, die auf Inklusion gerichtet ist, ist aktive Gesundheitspolitik
- **Lissabon-Ziel:**
  - Das Ziel vom Lissabon-Gipfel im Jahr 2000, die Exklusion innerhalb der EU deutlich zu reduzieren ist sowohl ein gesundheits- wie ein sozialpolitischer Auftrag
  - Es gibt uns quantitative (messbare) Vorgaben

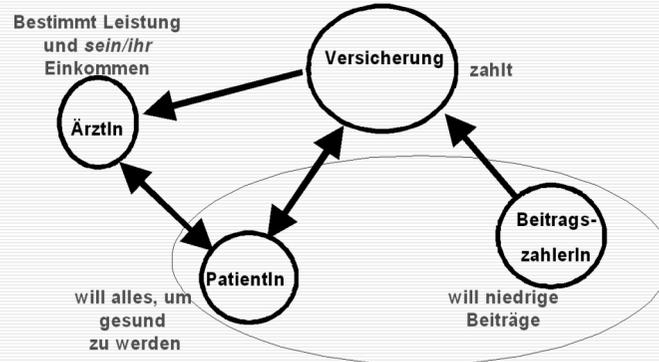
## Exklusionsproblematik (4)

- mögliche (nachhaltige) Lösungsstrategie:
  - Die Dauer der Ausgrenzungen reduzieren; höhere „gesellschaftliche Umschlag-Geschwindigkeit“ als Chancenraum für Alle
  - Maßnahmen zur Inklusion durchführen, selbst wenn dadurch die Gefahr erhöht wird, dass „Andere“ ausgegrenzt (ausgrenzbar) werden
  - Die Regeln des „drinnen - draußen“ *transparenter* machen – hier kann der Fairness-Ansatz von Rawls eine gute Antwort auf das Utilitarismusproblem sein

## Das Kostenproblem (1)

- Gesundheitsmarkt ist angebotsindiziert
- Anbieter dominieren Mengen- und Preiswachstum
- Steuerungsansatz bei PatientInnen oder Versicherungen funktioniert nicht
- Gesundheitskosten werden weiter rascher wachsen als Beitrags/Steueraufkommen
- → Belastung für Betroffene steigt

## Das Kostenproblem (2)



## Abschließende Fragen (2)

- Welche Faktoren führen zu (dauerhafter) Exklusion aus der Gesellschaft und damit auch aus dem Gesundheitssystem?
- Welche Personengruppen sind insbesondere durch Exklusion betroffen?
- Wie funktioniert Exklusion (oder: Exil innerhalb der Gesellschaft) heute?
- Objektive und subjektive Faktoren der Exklusion

## Abschließende Fragen (3)

- Warum haben bestimmte gesundheitsförderliche Strategien (z.B. Anti-Rauch-Kampagne) so einen hohen Stellenwert?
- Wieso werden bestimmte Krankheitsgruppen so relativ stark aus dem Forschungsinteresse ausgeschlossen (z.B. Demenz)?
- Wie fallen Entscheidungen über Kampagnen und Ziele in der nachhaltigen Gesundheitspolitik?
- Wer (welche Gruppe) vertritt welche Interessen im Diskurs über nachhaltige Gesundheitspolitik?

## Abschließende Fragen (4)

- Wie kann auf diese Erkenntnisse wirkungsvolle Inklusionspolitik aufsetzen und nachhaltige Gesundheitsförderung erreicht werden?
- Wer (welche gesellschaftliche Gruppe/n) könnte(n) das Subjekt dieser Nachhaltigkeitspolitik sein / werden?
- Und *wie* bzw. *von wem* werden diese Gruppen *mandatiert*? Von den Kranken? Von den Gesunden? Von den AnbieterInnen? Von der „Gesellschaft“ und wer ist das?
- Das bedeutet letztendlich:  
**Wie kommt *Demokratie* in die Politik der nachhaltigen Gesundheitsförderung?**





# Der autoritäre Wohlfahrtsstaat und seine Alternativen

Wenn von „nachhaltiger“ Sozialpolitik die Rede ist, wird darunter im Regelfall die nachhaltige Finanzierbarkeit von Sozialversicherungssystemen verstanden. Diese etatistische Perspektive erschließt allerdings nur einen (quantitativen) Aspekt der Nachhaltigkeitsdimension im Feld der Sozial- und Wohlfahrtspolitik. Erweitert man den Fokus und nimmt auch die staatliche Wohlfahrt (mobile und ambulante soziale Dienste; Leistungen der Behindertenhilfe und Mindestsicherung; Jugendwohlfahrt und stationäres Pflegewesen; Wohnheime und soziale Infrastruktur im Rahmen der Daseinsvorsorge) sowie die Arbeitsmarktpolitik in den Blick, werden qualitative Aspekte der Nachhaltigkeit sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Interventionen sichtbar.

- a. Sozial- und wohlfahrtsstaatliche Nachhaltigkeit ist nicht ident mit der mittel- und langfristigen Finanzierbarkeit des Systems sozialer Sicherung, sondern liegt im Zusammenspiel zwischen Finanzierbarkeit einerseits sowie Aspekten der Versorgungs- und Teilhabequalität des sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Gefüges andererseits begründet.
- b. Nachhaltigkeit bezieht sich sowohl auf die Integrationsfunktion (Einbeziehung in Sozialversicherungssysteme, etwa durch Ausweitung des Versicherungsschutzes auf alle Beschäftigungsformen; Zugang zum Arbeitsmarkt) als auch auf die Inklusionsfunktion (materielle und soziokulturelle Teilhabe sowohl im Sinne eines existenzsichernden Minimums durch Löhne und Sozialleistungen als auch im Sinne von sozialen Dienst- und Sachleistungen) des Sozial- und Wohlfahrtsstaates.

- c. Nachhaltigkeit kann an der Struktur-, Prozess-, Personal- und Ergebnisqualität sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und Leistungen bemessen werden. Strukturqualität bezieht sich etwa auf die Passgenauigkeit sowie die Erreichbarkeit von Sozialleistungen, die Prozessqualität bezieht sich etwa auf das rechtzeitige Einsetzen von Maßnahmen, die Personalqualität bezieht sich auf das Humankapital der im Sozial- und Wohlfahrtsstaat Tätigen, die Ergebnisqualität bezieht sich auf die Zielerreichung sowie die nachhaltige Wirksamkeit gewährter Geld-, Sach- und Dienstleistungen.

Fragen der Prozess- und Ergebnisqualität betreffen etwa (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

- a. adäquate Formen der Prävention, etwa in Form der aufsuchenden Sozialarbeit, niedrigschwelliger Sozialberatungsleistungen, von Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen
- b. die Adressierung und Treffsicherheit von Leistungen (Vermeidung von Mitnahmeeffekten)
- c. die „Empowerment“-Dimension (Bemächtigung, Befähigung zur selbstorganisierten und selbstbestimmten Bewältigung von Bedarfslagen) von betroffenen Personen
- d. die deliberative Dimension sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, etwa im Sinne eines Wahlrechts zwischen rechtlich-sachlich gleichwertigen Lösungen, im Sinne des „voicings“, also des

- „Gehörtwerdens“ (etwa von Behinderten) oder im Sinne partizipativer Mitgestaltung (etwa auf kommunaler Ebene, wenn es um Infrastrukturen der Daseinsvorsorge geht)
- e. die Ganzheitlichkeit gewählter Lösungsansätze im Sinne der Akkordierung von Maßnahmen verschiedener Träger auf unterschiedlichen föderalen Ebenen (etwa: Schulverwaltung; Jugendwohlfahrt; Arbeitsmarktverwaltung; Polizei; Jugendstrafgerichtsbarkeit) sowie der Berücksichtigung des sozialen Umfelds (Familie; Nachbarschaftsbeziehungen; Arbeitsplatz)
  - f. die Nachsorgedimension im Sinne der Sicherstellung der Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes gewährter/erbrachter Sozialleistungen
  - g. die Tertiärprävention im Sinne der Vermeidung des Wiederauflebens bereits überwindener sozialer Risikolagen (Arbeitslosigkeit, Hilfebedürftigkeit, Erkrankung) etwa in Form des Monitorings von Personen (oder Familien) nach überwindener Risikolage (etwa eine Überschuldungssituation mit anschließender Privatinsolvenz).
  - h. die Vernetzung und Verflechtung unterschiedlicher Interventions- und Hilfesysteme im Sinne einer „sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Kostenstellenrechnung“ (spill-over-Perspektive), wodurch nicht nur Doppelgleisigkeiten vermieden werden können, sondern eine Berücksichtigung von Folgekosten in jeweils anderen Hilfe- und Sozialleistungssystemen möglich wird. Dies betrifft im Besonderen „the cost of non-social-policy“, also die Folgekosten ausbleibender sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen.

„Nachhaltigkeit“ ist also ein Kriterium, welches aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren resultiert, etwa aus adäquater Beschulung und Ausbildung, Beschäftigung, existenzsicherndem Einkommen, risikokompensierenden und armutsvermeidenden Transfers, Zugang zu leistbarem Wohnraum, familienunterstützenden Infrastrukturen, sozialen Beratungs- und Betreuungsleistungen, soziokultureller Teilhabe im Sinne von Normalisierung und Integration. Beschäftigung ist also nur ein Aspekt unter mehreren, wenn es um die Frage der Nachhaltigkeit sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Sicherungs- und Hilfeleistungen geht.

Das Postulat der Nachhaltigkeit impliziert gewichtige sozial-räumliche Fragestellungen, insbesondere wenn es um die kommunale Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Altenpolitik, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie um Leistungen der Daseinsvorsorge geht. Daneben berührt der Nachhaltigkeitsaspekt auch zumeist kommunal/regionalisierte Marktalternativen der informellen Ökonomie sowie Bewältigungsformen individueller Armutsbetroffenheit wie Tauschringe oder konzertierte Formen der Nachbarschaftshilfe.

Die Reduktion des Nachhaltigkeitsaspektes der Sozialpolitik auf intergenerationale Fragen (vor allem im Bereich der Pensionsversicherungssysteme) greift entscheidend zu kurz. Auch wenn sich in einer intergenerationalen Perspektive bislang ignorierte Fragestellungen auftun, etwa jene nach der Vererbbarkeit von Armut. Nachhaltige Sozial- und Wohlfahrtspolitik erfordert indes aber auch die (statistische, rechtliche, ökonomische) Institutionalisierung einer generationalen „Life-Course“-Perspektive. Ob sozialpolitische Maßnahmen nachhaltig sind, wird sohin in der Biographie der Betroffenen erkennbar. Der Nutzen eines derartigen Paradigmenwandels wird etwa in der Sozialplanung deutlich, wo man einen Zusammenhang zwischen ausbleibender Prävention und erhöhten sozialen Folgekosten rekonstruieren kann. Wir wissen etwa, dass Maßnahmen der Delogierungsprävention, der Schuldnerberatung, der frühzeitigen Intervention in Problemfamilien wesentlich billiger und effizienter sind als Formen einer „sozialen Krisenfeuerwehr“. Präventive Sozial- und Wohlfahrtspolitik ist also überhaupt erst durch die Beobachtung der Wirkungen von Integrations- und Inklusionsleistungen aus einem biographischen, lebenslagenbezogenen Blickwinkel möglich. Eine nachhaltige Sozialpolitik muss also sozial- und wohlfahrtspolitische Leistungen im Lebensverlauf erfassen und darf sich nicht in einer punktuellen Betrachtung, der Logik von Rechtsansprüchen und Risikolagen folgend, erschöpfen. Erst in diesem Blickwinkel wird der Nutzen, werden aber auch die Kosten von Nicht-Sozialpolitik sichtbar.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs wird suboptimal überwiegend aus der Perspektive sozialer Sicherungssysteme geführt, nicht aber aus der Sicht der NutzerInnen bzw. KlientInnen. Der moderne Diskurs der Sozialarbeit

weiß: „KlientInnen sind keine beplanbaren Systeme“, wie der autoritäre Wohlfahrtsstaat glaubt. 10 Jahre „employment guidelines“, Workfare-Programme und erweiterte Zumutbarkeitsbestimmungen haben bloß die soziale Ungleichheit in der Europäischen Union vertieft. Die (wenn auch nur als Lippenbekenntnis vorgetragene) Zielvorgabe der Europäischen Kommission, bei Maßnahmen sozialer Inklusion aller Akteure einschließlich der NGO's, der Betroffenen(organisationen) sowie der sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu mobilisieren, ist längst nicht erreicht. Eine nachhaltige Sicherung der Qualität sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Maßnahmen kann indes nur durch eine Bedachtnahme auf die Mitbestimmung der Betroffenen, der zivilgesellschaftlichen Akteure (etwa: Armutskonferenz; Dachverbände der Sozialwirtschaft; Dritter Sektor; Stichwort: Arbeitslosengewerkschaft) und die sozialtechnologische Handlungsrationaltät der Sozialverwaltung erfolgen. Das Postulat der „Nachhaltigkeit“ erfordert es, Betroffene in Verfahren einzubinden.

Im ggw. Nachhaltigkeitsdiskurs der Sozialpolitik fehlt der Genderaspekt weitgehend. Gender-Realitäten werden im vorherrschenden EU-Jargon überwiegend auf Chancengleichheits-, Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsfragen heruntergebrochen, während die soziokulturelle Lebenswirklichkeit von Frauen (hohe Akzeptanz für unterbrochene Erwerbsverläufe; atypische Beschäftigung; niedrige Sozialleistungsbezüge; hohen Non-Take-Up) widerspiegelt, dass sozial- und wohlfahrtsstaatliche Systeme den Anforderungen der weiblichen Lebensführung (Doppelbelastung etc.) nicht adäquat Rechnung tragen.

Bezeichnenderweise ist der Sozial- und Wohlfahrtsstaat genau dort bedarfsorientiert, wo er es nicht sein soll, nämlich da, wo nicht-existenzsichernde Teilzeitarbeit seitens der Frauen mit Kinderbetreuungspflichten nachgefragt wird. Stattdessen ist er autoritär dort, wo er es nicht sein soll, nämlich bei Fragen der Arbeitsmarkteinmündung von Arbeitslosen, wo der Zwang zur Aufnahme jeglicher Arbeit soziale Abwärtsmobilität begünstigt.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs berührt unmittelbar die Frage der föderalen Verfasstheit, also die „Governance“ des österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Zentrale Voraussetzungen einer umfassenden Risikoprognose, Sozialplanung und effizienten Leistungsgewährung sind

eine gleichartige Erfassung von Risiken, deren gleichartige Bearbeitung und Bewertung. Dies ist im Rahmen der gegenwärtigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern offenbar nicht möglich, wenn man etwa berücksichtigt, dass eine Harmonisierung der Sozialhilfestatistik seit nunmehr etwa 30 Jahren nicht gelingt.

Die Europäische Union verfolgt seit 2001 das Vorhaben, nationale Aktionspläne (NAP) zur sozialen Eingliederung im Rahmen der offenen Methode der Koordination zu koordinieren. Diese NAP's dienen nicht nur dem zwischenstaatlichen „benchmarking“ und der Identifikation von „good practices“, sondern zielen auch auf ein „mainstreaming“ zwischen Strategien des Wachstums, der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit. Praktisch läuft dieses „mainstreaming“ allerdings darauf hinaus, Fragen der sozialen Inklusion unter die Erfordernisse der Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu „subsumieren“, sie ihnen also nachzuordnen. Beschäftigung wird als probatestes Mittel zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung angesehen, während Fragen der „Working Poor“, der negativen Anreize durch Anrechnungsbestimmungen, der Armutsfallen bei der Arbeitsmarkteinmündung sowie der sozialen Kosten der Flexibilisierung eher geringes Gewicht zukommt.

Die Rolle der ArbeitnehmerInnenvertretung(en) im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte kann m.E. nicht umhin, sowohl auf institutionelle Fragen, Fragen des Schnittstellen-Managements sowie der ganzheitlichen Politikverflechtung zu konzentrieren:

- a. In institutioneller Hinsicht steht der österreichische Föderalismus einer Verbesserung der nachhaltigen Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen und Interventionen entgegen. Er wirkt nicht nur als Modernisierungshemmnis, sondern auch als entscheidende Hürde für die Erarbeitung eines adäquaten Wissensmanagements in der Sozialpolitik.
- b. Nachhaltigkeit erfordert ein entscheidend verbessertes Schnittstellen-Management etwa zwischen arbeitsmarkt-, sozial-, bildungs- und kriminalpolitischen Akteuren. Große Teil der Wohlfahrtspolitik (etwa: Jugendwohlfahrt; Street Work in sozialen Brennpunkten) produzieren hohe Umwegrentabilität für (zeitlich) nachgeordnete Systeme wie Schulverwaltung, Polizei, Strafjustiz, Sozialversicherungswesen oder

Arbeitsmarktverwaltung. Mit umgekehrten Vorzeichen produzieren Entscheidungen der Arbeitsmarktpolitik hohe Folgekosten in den Systemen der Wohlfahrt, etwa bei Sanktionen oder dem Zwang zur Aufnahme schlecht entlohnter Tätigkeiten.

- c. Nachhaltigkeit zwingt zu Ganzheitlichkeit, also einem systemischen „Mainstreaming“ von zumeist rechtlich abgeäuerten Politikfeldern (etwa: Bankenrecht, Exekutionsrecht, Verbraucherinsolvenz, Sozialhilfe, Schulrecht – insofern Banken verboten werden sollte, dortselbst Werbung für Girokonten mit Überziehungsrahmen zu machen). Ganzheitlichkeit würde etwa bedeuten, anstelle einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die Hartz IV auf österreichische Verhältnisse übersetzt, über armutssichere Flexicurity-Modelle nachzudenken.

*Univ.-Prof. Nikolaus Dimmel*

*Fachbereich für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Salzburg*





Was nützt einem das Leben, wenn man sonst ein Idiot ist?

Dr. Erwin Buchinger

# Nachhaltige KonsumentInnenschutzpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Dialogforum Hirschwang hat auch dieses Jahr wieder zahlreiche renommierte WissenschaftlerInnen vereint, um über das wichtige Thema der Nachhaltigkeit wissenschaftlich zu debattieren. Meine Aufgabe als Politiker bei einer derartigen Enquete sehe ich deshalb darin, die politischen Umsetzungsmöglichkeiten in der Nachhaltigkeitsstrategie – insbesondere im Rahmen des KonsumentInnenschutzes – zu erörtern.

Wenn ich mir den Titel des Panels von heute Nachmittag genau ansehe, dann ist er unverkennbar eine Anlehnung an Theodor W. Adorno's „Was nützt einem Gesundheit, wenn man sonst ein Idiot ist?“ Auf das Thema des diesjährigen Dialogforums heruntergebrochen, muss man sich wohl fragen: „Was nützt uns eine funktionierende Wirtschaft, wenn wir dabei unsere soziale wie ökologische Grundlage zerstören?“

Die Suche nach persönlichem Lebensglück oder nach „Work-Life-Balance“ drückt meiner Meinung nach im Kleinen dieselbe Frage nach Nachhaltigkeit im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen aus, wie die Frage nach Nachhaltigkeit in der globalisierten Welt. Natürlich besteht zwischen den beiden Ebenen eine enge Interaktivität. Was macht also Lebensqualität wirklich aus, und wo liegt die Balance für Politik und Individuum zwischen globaler Verantwortung und persönlichem Lebensglück?

Wenn man über Nachhaltigkeit, Globalisierung oder Klimawandel spricht, läuft man leicht Gefahr, Schlagworte aneinanderzureihen. Ich möchte deshalb heute ganz konkret über politische Impulse und Maßnahmen sprechen, die man als KonsumentInnenschutzminister in Sachen Nachhaltigkeit setzen kann.

## 1. Die Nachhaltigkeitsstrategie der EU

Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie tritt den Trends, die der Nachhaltigkeit entgegenstehen, aktiv entgegen: Gerade die Deutsche Ratspräsidentschaft hat hier einige wichtige Impulse gesetzt. Betätigungsfelder hierfür sind Maßnahmen im Bereich:

- des steigenden Energiebedarfs,
- Demographie,
- Armut,
- Ressourcenverbrauch.

Dieses Entgegensteuern soll durch das Erreichen folgender Hauptziele erfolgen:

- Umweltschutz
- soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt und
- wirtschaftlicher Wohlstand und
- Wahrnehmen internationaler Verantwortung.

Diese Ziele bedingen sich natürlich wechselseitig, denn wenn wir zum Beispiel unter dem Titel Umweltschutz fordern, dass sich Wirtschaftswachstum und zunehmende Umweltbeeinträchtigung entkoppeln, dann erfordert dies Unterstützung durch die Gesellschaft, moderne und innovative Technologien und internationale Zusammenarbeit. In der Umsetzung sind politische Leitprinzipien zu verfolgen, die wiederum hohe Ansprüche an Wirtschaft und BürgerInnen stellen. So muss es etwa Solidarität zwischen den Generationen geben, die BürgerInnen müssen sich aktiv an diesem Prozess der Nachhaltigkeitsentwicklung beteiligen, das Vorsorgeprinzip, das kurz- und mittelfristig Kosten verursachen kann und sich vielleicht nur langfristig rechnet, muss akzeptiert werden. Wir müssen zum Verursacherprinzip stehen und nicht dem noch immer weit verbreiteten Florianiprinzip huldigen. Hierfür ist vor allem vernetztes Denken angesagt!

Auf europäischer Ebene unterstütze ich deshalb die Initiativen der Europäischen Kommission, in Sachen Verbraucherbildung die Thematik der Nachhaltigkeit zu forcieren. Es wird dafür nötig sein, aktiv an die BürgerInnen heranzutreten und deren Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schärfen. Aber auch nachhaltige Konsummuster sind zu fördern und Wirtschaftsbetriebe bei der Umstellung auf nachhaltige Produktionsmuster zu unterstützen. Das Ganze bedarf vorweg natürlich auch einer umfassenden Analyse, wo denn die Hemmnisse für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion liegen, damit die Ressourcen, die hier unzweifelhaft eingesetzt werden müssen, auch tatsächlich wirken.

## 2. Österreichische Ebene

Im österreichischen Regierungsprogramm finden sich einige Maßnahmen, die in Richtung Nachhaltigkeit weisen. Ich möchte hier nur ein paar Beispiele herausgreifen, z.B. „Stärkung der Nahversorgung im ländlichen Raum“: Auf den ersten Blick etwas, das man nicht sofort mit Nachhaltigkeit assoziieren würde, was jedoch aus Umweltschutzgründen – Einsparung unnötiger Fahrten - und sozialen Gesichtspunkten - Versorgung für die ältere Generation – bedeutsam ist. Deutlicher wird der Zusammenhang sichtbar bei dem Bekenntnis im Regierungsprogramm, erneuerbare Energien zu nutzen und Energie einzusparen - ich komme später noch darauf zurück.

Eine Begleitmaßnahme aus dem Regierungsprogramm möchte ich hier vorweg erwähnen, die für die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung hinsichtlich Nachhaltigkeit ungemein wichtig ist: nämlich die Kennzeichnung von Herkunft und Produktionsbedingungen um eine Beurteilung der Produkte hinsichtlich Nachhaltigkeit überhaupt erst zu ermöglichen. Diese letzte Maßnahme fordert aber auch die KonsumentInnen, denen ein verantwortliches Entscheiden nicht nur leichter gemacht wird, sondern in gewissem Sinne auch aufgebürdet wird. Oder um es ganz einfach zu formulieren: die KonsumentInnen werden manchmal auch ein schlechtes Gewissen haben müssen, wenn sie Produkte kaufen, die vielleicht tausende Kilometer zurückgelegt haben, aufwendig verpackt sind oder unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wurden. Gerade in der KonsumentInnenschutzsektion des BMSK forcieren wir deshalb im Bereich der VerbraucherInnenbildung auch die Thematik der Nachhaltigkeit. Erst gestern hat zum Thema Nachhaltigkeit in der VerbraucherInnenbildung ein Symposium in meinem Haus gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur stattgefunden. Darüber hinaus veranstaltet mein Ressort im Rahmen seiner Möglichkeiten und Mittel im Bereich Nachhaltigkeit bereits heute konkrete Maßnahmen. So wird z.B. der Konsumenten-Award 2008 – ein SchülerInnen-Wettbewerb – unter dem Titel „Klima, bist du noch zu retten?“ abgehalten.

Als Sozialminister weiß ich allerdings, dass für breite Bevölkerungsgruppen zwangsläufig der Produktpreis bei der Kaufentscheidung das ausschlaggebende Kriterium ist und bleiben wird. Nachhaltigkeit ist deshalb auch eng mit dem Thema der Armutsbekämpfung verbunden. Für mehr nachhaltiges Konsumverhalten reicht eine verstärkte Bewusstseinsbildung nicht aus. Es muss also an der Preisgestaltung etwas geändert werden. Nachhaltige Produkte müssen im Verhältnis günstiger werden. Es geht um Kostenwahrheit bei Produktpreisen. Darüber hinaus müssen wir Mechanismen finden, die z.B. Umweltschäden und unsoziales Verhalten in die Preise einbeziehen.

## 3. Eine neue nachhaltige KonsumentInnenschutzpolitik

KonsumentInnenschutz orientiert sich traditionell am gesundheitlichen und am materiellen Schutz der VerbraucherInnen. Diese Herangehens-

weise passt durchaus in eine moderne Nachhaltigkeitsstrategie, weshalb der KonsumentInnenenschutzminister genauso wie etwa der Wirtschaftsminister oder der Landwirtschafts- und Umweltminister in seinem politischen Umfeld gefordert ist. Gerade bei der oben erwähnten Bewusstseinsbildung spielt ja VerbraucherInneninformation eine maßgebliche Rolle und die ist ja ein traditionelles Kernanliegen des VerbraucherInnenschutzes.

Allerdings können die Kompetenzen für Maßnahmen in diesem Bereich auch in anderen Ressorts liegen. Aber auch das ist bei der Querschnittsmaterie VerbraucherInnenschutz naheliegend: Ich denke hier insbesondere an die Sicherstellung exakter, ausgewogener Informationen durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Aber auch an die Einführung für Gütezeichen oder verstärkter VerbraucherInnenbildung an den Schulen. Hier gibt es sicherlich viele Bereiche, wo ich mich als KonsumentInnenenschutzminister – wenn auch nicht unmittelbar zuständig – einbringen kann.

Betrachten wir aber einmal Verbraucherinformation am Beispiel Fair-Trade oder Corporate Social Responsibility: Ich kann davon ausgehen, dass in diesem Kreise hier in Hirschwang jeder mit diesen Begriffen vertraut ist und weiß, dass damit auch die Produktionsbedingungen in den Herstellerländern und – betrieben bis hin zu Gleichstellungsfragen und sogar betriebliche Kinderbetreuung erfasst sind. Aber ich habe Zweifel, dass dies für die Öffentlichkeit genauso gilt. Zeichen wie dieses bedürfen aufwendiger Öffentlichkeitsarbeit, müssen so entwickelt werden, dass sie breite Bevölkerungskreise ansprechen und nicht zum elitären Oberschichtsanliegen verkommen, sie müssen den zu erwartenden höheren Produktpreis rechtfertigen und benötigen Vertrauen – Vertrauen, das auf einen Schlag verloren geht, wenn nur einmal die Erwartungen in die Richtigkeit des Zeichens nicht erfüllt werden.

Ein anderes Beispiel ist das österreichische Umweltzeichen, das zu einem Zeitpunkt entwickelt wurde, als Nachhaltigkeit noch kaum ein Schlagwort war. Das Umweltzeichen ist wahrscheinlich das qualitativ hochwertigste Gütesiegel auf diesem Gebiet in Europa, verfügt über anspruchsvolle Richtlinien und wäre eine optimale Entscheidungshilfe beim Kauf. Doch

trotz aller Ressourcen, die in dieses Zeichen investiert wurden, hat es bei weitem nicht die Marktrelevanz, die ihm eigentlich zustehen würde. Und ich vermute, dass es noch längerer Zeit bedarf, bis das österreichische Umweltzeichen wirklich greift.

Leider ist VerbraucherInneninformation im Bereich der Nachhaltigkeit oft auch ungemein komplex, wie sich an der Fragestellung Reparieren oder Wegwerfen zeigen lässt. Denn welche Entscheidungshilfe können wir den VerbraucherInnen geben, die vor der Wahl stehen, einen alten, Strom fressenden Kühlschrank reparieren zu lassen oder statt dessen ein neues, Strom sparendes Gerät zu kaufen, dessen Herstellung ebenfalls Ressourcen und Energie verschlungen hat? Dazu käme noch die Frage, wie sich diese Entscheidung auf die Arbeitsplatzsituation auswirkt. Für solche Fragestellungen leicht verständliche Antworten oder Handlungsanweisungen zu geben, ist kaum möglich. Und natürlich wäre es in diesem Zusammenhang auch für die Politik eine Frage, inwieweit Reparieren gefördert werden sollte. Auch hier noch eine Beobachtung aus dem Bereich des KonsumentInnenschutzes: in Gewährleistungsfällen bevorzugen KonsumentInnen grundsätzlich den Austausch des Produktes gegenüber einer Reparatur – durchaus verständlich, aber nicht gerade nachhaltig.

Auch der gar nicht so seltene Ruf nach Konsumverzicht wirft Fragen auf: der Verzicht auf Fernreisen z.B., der unlängst im Rahmen der Klimaschutzdebatte gefordert wurde, würde für so manche Destination eine ökonomische Katastrophe bedeuten. Wir müssen auch akzeptieren, dass für viele KonsumentInnen Einkaufen zum Freizeitvergnügen geworden ist. Konsumverzicht ist daher schwer einzufordern und bei Konsumverboten sollten wir ohnehin äußerst vorsichtig sein, zumal Verbote schon bei einfachen Anliegen der Unfallverhütung und Sicherheit von der Öffentlichkeit sehr kontroversiell aufgenommen werden.

Und diese Komplexität in den Fragestellungen setzt sich fort, bis hin zum Energiebereich. Es ist davon auszugehen, dass Energieversorgung aus erneuerbaren Rohstoffen nicht unbegrenzt möglich ist, dass die Verlagerung der Energieerzeugung auf bestimmte Rohstoffe zu Preissteigerungen in anderen Bereichen führen kann, dass die

VerbraucherInnen keinen Komfortverzicht auf sich nehmen wollen und dass Öko-Energie oft hohe Erstinvestitionen verlangt. Dazu kommt, dass Öko-Energie in Gegenden erzeugt wird, die bislang vielleicht unberührt waren, was – wie gerade unlängst passiert – z.B. zum Scheitern von Windkraftprojekten wegen des Widerstandes der Bevölkerung führen kann. Gerade der Energiebereich hat aber den „Vorteil“, dass durch die hohen Kosten, die dort anfallen, den VerbraucherInnen bewusst ist, dass hier Handlungsbedarf besteht. Viele Haushalte haben in den letzten Jahren deswegen auf Pellets-Heizungen umgestellt. Ein nach wie vor großzügiges Denken herrscht hingegen beim Individualverkehr – trotz der Wahrnehmung fast aller VerbraucherInnen, dass Treibstoff enorm teuer ist, scheint das Verhalten des Einzelnen dem nicht Rechnung zu tragen. So gibt es z.B. noch immer wenige Fahrgemeinschaften bei Pendlern.

Im Energiebereich ist die eingangs erwähnte, innovative Produktentwicklung sicherlich ein maßgeblicher Faktor. Energieeffiziente Geräte und energieeffiziente Gebäude können viel zur Nachhaltigkeit beitragen, sofern nicht neue Trends wie z.B. Klimageräte diese Entwicklungen konterkarieren.

Meine Damen und Herren!

Das waren nur einige Gedanken zur Nachhaltigkeit aus dem Blickfeld des für Konsumentenschutz zuständigen Ministers. Ich glaube, dass ich mit diesen wenigen Beispielen belegen konnte, wie schwierig es ist, das so wichtige Ziel der Nachhaltigkeit im Einzelnen umzusetzen – und dabei habe ich fast nur über den Bereich der Information gesprochen. Aber wie ich schon eingangs erwähnt habe, scheint mir hier die Vernetzung zwischen BürgerInnen, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft so ungemein wichtig, da ansonsten die Gefahr besteht, dass Einzelmaßnahmen wirkungslos bleiben.

Ich möchte an dieser Stelle auch den Veranstaltern danken dieses Thema aufgegriffen zu haben und hoffe, dass aus diesem Forum auch maßgebliche Impulse zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie entstehen. Lassen Sie mich abschließend nur noch ein Zitat Aristoteles' anführen, bevor wir zur Diskussion kommen: „Was es alles gibt, das ich nicht brauche!“

Wäre das nicht eine Antwort auf viele Probleme unserer modernen Konsumgesellschaft, die um Nachhaltigkeit ringt?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Dr. Erwin Buchinger*

*Bundesminister für Soziales und KonsumentInnenschutz*





# Die Dynamik gestalten: Antworten auf die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft

## 1. Überblick

Das Tempo der Veränderungen in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist erheblich. Und die geografische Lage wie auch die gewonnene Position Österreichs in der Gruppe der reichsten Länder führt dazu, dass die Veränderungen der Rahmenbedingungen für Österreich noch kräftiger ausfallen. Wir analysieren diese Umbrüche und begründen, warum sie in einer dynamischen Wirtschaft leichter zu gestalten und zu akzeptieren sind. Wir argumentieren, dass Wachstum nicht auf Kosten sozialer und ökologischer Ziele gehen muss, im Gegenteil zu ihrer Erreichung mit beitragen kann, wenn das Wachstum selbst auf Innovation und Qualifikation aufbaut, nicht auf niedrigen Löhnen und Ressourcenverbrauch. Wir skizzieren die Leitlinien des WIFO-Weißbuchs für Wachstum und Beschäftigung<sup>1</sup>, das eine dynamische Entwicklung unter Nutzung des Sozialsystems als Produktivkraft entwirft.

## 2. Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

### Technischer Fortschritt beschleunigt den Strukturwandel

Die Entwicklung neuer Technologien, neuer Werkstoffe und Produkte verändert Produktion, Konsum, Kommunikation und Organisation. Informationstechnologie, Biotechnologie, Nanotechnologie sind „generelle

Technologien“ insofern, als sie nicht nur Veränderungen in einzelnen Branchen bewirken, sondern über das gesamte Spektrum der Produktion, des Konsums und der gesellschaftlichen Beziehungen. Ihr Einsatz verändert die Arbeitswelt, erhöht die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und senkt die Nachfrage nach unqualifizierten Arbeitskräften. Die Anwendung der neuen Technologien begünstigt lernfähige Firmen, Organisationen und Personen (Skill Bias) und schafft vielfältige und attraktive Arbeitsplätze, Güter und Dienstleistungen. Wenn auch das Tempo der Veränderungen heute mit jenem anderer Perioden großer technologischer Umbrüche in Folge bahnbrechender Innovationen (Eisenbahn, Elektrizität) schwer vergleichbar ist, so ist unbestritten, dass die Umwälzungen tief greifen und viele Lebensbereiche betreffen.

### Europäische Integration erreicht neue Dimensionen

Die Zahl der Mitgliedsländer in der EU hat sich in den vergangenen zehn Jahren beinahe verdoppelt. Der europäische Integrationsprozess wird in Zukunft noch wesentlich mehr Länder erfassen, besonders wenn man auch jene Staaten einbezieht, die Freihandelsvereinbarungen oder spezielle integrationsähnliche Vereinbarungen mit der EU abschließen. Dies wird die Unterschiede in Einkommen, Wirtschaftsstruktur und den sozioökonomischen Systemen in Europa erhöhen. Die Integration erfasst auch immer neue Bereiche, wobei zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert werden, und dann mit Zeitverzögerung die Freiheit für Waren,

<sup>1</sup> Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination), WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO-Monographien, 10/2006.

Dienstleistungen, Kapital und Personen auch tatsächlich immer intensiver genutzt wird.

Im Warenverkehr ist der Liberalisierungsprozess fast abgeschlossen, er erstreckt sich heute immer mehr auf Dienstleistungen. Regeln für Finanzhilfen, Unternehmenskäufe, Wettbewerb, Finanzierung, Bilanzierung, Ausbildung werden vertieft, die Mobilität der Arbeitskräfte steigt rechtlich und faktisch. Die Bedeutung der Regionen - sowohl innerhalb von Nationalstaaten, als auch von Großregionen, die weit über Nationalstaaten hinausgehen (Skandinavien, Südwesteuropa, Südosteuropa usw.) - steigt. Sie übernehmen einen Teil der wirtschaftspolitischen Steuerung von den nationalen Regierungen.

Das Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedsländern ist höher als in Westeuropa, der europäische Raum inklusive der Nachbarn der heutigen EU (Südosteuropa, Türkei, Ukraine) wächst ähnlich dynamisch wie die USA. Das Einkommensgefälle zwischen diesen Nachbarn und den älteren Mitgliedern der EU ist ähnlich dramatisch wie jenes zwischen den USA und Mexiko. Höhere Dynamik im Zuge eines erfolgreichen Aufholprozesses ist die positive Folge. Der Aufholprozess der „neuen Nachbarn“ bringt Dynamik und Chancen für die derzeitige EU, die größeren Differenzen in den Löhnen, den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und den Verhaltensweisen können jedoch auch Spannungen auslösen.

#### **Globalisierung intensiviert weltweite Arbeitsteilung**

Der Horizont für Produktionsentscheidungen, Standortwahl, die Herkunft von Zulieferungen, Konsumgütern und Maschinen weitet sich, das Spektrum von Ziel- und Herkunftsländern im Tourismus wird breiter. Letztlich verändert sich der räumliche Kontext für unternehmerische Entscheidungen. Wenn dieser Internationalisierungsprozess die regionale Sphäre überschreitet, sprechen wir von Globalisierung, wobei es keine feste Grenze gibt zwischen „weiterer Integration“ (z. B. Europas mit den Nachfolgestaaten der UdSSR) und weltweiter Globalisierung.

Die Globalisierungsdiskussion steht heute oft unter dem Eindruck des historischen Aufholprozesses von China und Indien. Die Wirtschaft Chinas

ist in den letzten sechs Jahren um spektakuläre 68% gewachsen (jährlich 9,0% im Zeitraum 2001 bis 2006), jene Indiens um 48% (6,7% pro Jahr). China hat einen hohen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber Asien, aber auch im Austausch mit Europa, und wird zum Konkurrenten nicht nur bei arbeitsintensiven Produkten, sondern bei allen Gütern mit Vorteilen der Massenproduktion und geringer Transportkostenempfindlichkeit und schrittweise auch in Bereichen mittlerer Technologie. Dennoch liegt das Einkommensniveau 2005 nach heutigen Wechselkursen nur bei 5% von jenem in Österreich, nach Berücksichtigung der Kaufkraft bei 20%. Die Entwicklung ist überaus ungleichgewichtig und es gibt erhebliche Umwelt- und Energieprobleme. Auf lange Sicht wird der Aufholprozess in China und Indien für Europa nicht nachteilig sein, weil die hohe Nachfrage Chinas auch die Weltkonjunktur und damit europäische Exporte beschleunigt und das Handelsbilanzdefizit zukünftig eher kleiner werden muss. Auch andere Weltregionen (z.B. Arabien, Südamerika) - mit der teilweisen Ausnahme von Afrika - wachsen gegenwärtig stärker als Europa und geben Impulse für Europas Wirtschaft.

#### **Einkommensunterschiede und Vermögen wachsen**

Jahrzehnte der guten Wirtschaftsentwicklung haben dazu geführt, dass die akkumulierten Vermögen von Haushalten im Verhältnis zu den jährlichen Einkommen stark gestiegen sind. Diese Veränderung gibt individuelle Sicherheit, sie begünstigt ältere Personen gegenüber jüngeren, sie erhöht den Spielraum für längerfristige Anlagen (Realinvestitionen und Finanzinvestitionen) und ermöglicht unterschiedlichste Anlagestrategien. Vermögen - breiter Schichten der Bevölkerung und von Firmen - übersteigt allerdings die Sicherheitsreserven (Vorsichtsmotiv) und kann Schwankungen auf den Finanzmärkten verstärken. Auf Unternehmensebene besteht ein Trend zu höherer Eigenkapitalquote und Aktienfinanzierung.

Die Höhe der Finanzvermögen, der globale Markt sowie neue Finanzinstrumente ermöglichen vielfältige Strategien und Entscheidungen. Diese umfassen den Kauf von Unternehmen, Beteiligungen, Diversifikationen, Finanztransaktionen mit absicherndem, aber auch mit spekulativem Charakter, sowie den Rückkauf von eigenen Aktien. Neue Finanzinvestoren und Intermediäre erhöhen die Effizienz, stärken die

Wahlmöglichkeiten und Chancen, können aber auch zu Instabilitäten beitragen und reduzieren die Möglichkeiten nationaler Politik. Die individuelle Einkommensverteilung ist in den meisten Ländern in den vergangenen beiden Jahrzehnten ungleicher geworden. Jedenfalls würde man in reichen Gesellschaften und nach jahrzehntelanger Verfolgung des Zieles der Chancengerechtigkeit und durch Bemühungen, in Erziehung und Ausbildung Chancengleichheit unabhängig vom Geschlecht und sozialer Herkunft zu forcieren, eine schrittweise Angleichung der Qualifikationen und dann auch der Einkommen erwarten. Die Vergrößerung der Spanne zwischen hohen und niedrigen Einkommen stößt an Grenzen der Leistungsgerechtigkeit und des Solidaritätsgedankens und senkt auch - besonders in Perioden der Unterauslastung - die volkswirtschaftliche Nachfrage (Konsum). Gleichzeitig ist eine massive Erhöhung niedriger Einkommen wegen der Gefahr einer größeren Arbeitslosigkeit im geringer qualifizierten Segment problematisch. Die im Verhältnis zu den Einkommen noch größeren Unterschiede in der Vermögensverteilung verhindern für breite Schichten jene Zunahme an Sicherheit, die mit höheren Vermögen verbunden sein sollte.

#### **Heterogenität in Produktion und Konsum nimmt zu**

Ein Kennzeichen der Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten ist der Trend zu zunehmender Heterogenität: Produktionstechnologien, Qualifikationen, Arbeitszeiten, Vertragsformen, KonsumentInnenwünsche und Präferenzen differenzieren sich immer mehr aus. Dies ist zum Teil Folge der über Jahrzehnte gestiegenen Einkommen und der größeren Einkommensdifferenzen, zum Teil Resultat der Internationalisierung und Globalisierung, zum Teil auch bedingt durch neue Technologien (IKT, Biotechnologie). Die steigende Heterogenität der KonsumentInnenwünsche fördert seinerseits die Differenzierung des Angebotes. Sie impliziert vielfach eine Abweichung von gewohnten Formen und Regeln und kann höhere Unsicherheit bringen, wenn die Wirtschaftssubjekte nicht lernen, mit ihr umzugehen. Die Politik muss Rahmenbedingungen setzen, die die Differenzierung zur Kenntnis nehmen und teilweise abfedern.

Die Heterogenität der Produktion zeigt sich in dem Nebeneinander von High-Tech-Produktion, in der SpezialistInnen mit höchster Ausbildung

nötig sind, und einfachen Routinetätigkeiten, etwa in manchen Dienstleistungen. Die Heterogenität der Nachfrage verlangt ein variantenreiches Angebot und begrüßt Produktinnovationen.

Die Einkommensschere zwischen Bestausgebildeten und gering Qualifizierten steigt, wahrscheinlich auch die Qualifikationsunterschiede (und nicht nur die Nachfrage). Die Qualifikationsschere öffnet sich nicht zuletzt durch fehlende Integration der Migrantinnen und Migranten. Arbeitsverträge weichen immer mehr von Standardverträgen ab, z. B. in der Arbeitszeit, in den Aufgaben und Nebenbedingungen.

#### **Das traditionelle Familienmodell verliert an Bedeutung**

Das klassische Familienmodell einer dauerhaften Partnerschaft mit oft nach Geschlechtern verteilten Rollen in Beruf, Erziehung und Betreuung verliert an Bedeutung. Das Modell mit einem Haupteinkommensbezieher („male breadwinner model“) wird zur Ausnahme, frühere Teilerwerbstätigkeit, Teilzeitarbeit und Werkverträge werden häufiger. Partnerbeziehungen werden fragiler, Biographien weniger linear, Familienmuster vielseitiger. Ein-Personenhaushalte und Alleinverdienerhaushalte einerseits und Doppel- oder Mehrfachverdienerhaushalte andererseits nehmen zu. Berufliche Anforderungen verändern sich, räumliche Mobilität steigt, Erwerbsmöglichkeiten wie Teilzeit, Werkverträge, flexibler Wechsel zwischen selbständigen und unselbständigen Tätigkeiten steigen. Das kontinentale, an den Erwerbseinkommen orientierte Wohlfahrtsmodell, das primär auf stabile Beschäftigungs- und Partnerbeziehungen ausgerichtet war, ist besonders gefordert. Die Bindung der sozialen Absicherung an die kontinuierliche Erwerbstätigkeit zumindest eines Partners wird dem Tempo der Veränderung, der Vielfalt der individuellen Wünsche nicht gerecht und bezieht die Neuen und die Außenseiter nicht genügend ein. Es ist oft - aber nicht in allen Ländern - der Verzicht auf Kinder, der Berufskarrieren für beide Partner ermöglicht.

#### **Arbeitsbeziehungen werden differenzierter**

Der Arbeitsprozess befindet sich in einer tief greifenden Umstrukturierung entlang mehrerer Dimensionen. Die Arbeitsnachfrage verschiebt sich vom produzierenden Sektor zum Dienstleistungssektor, der heute schon mehr

als drei Viertel der Beschäftigung umfasst (mit steigender Tendenz). Innerhalb des Dienstleistungssektors entfallen die Arbeitsplätze einerseits auf produktionsnahe, moderne Dienstleistungen mit hohem Qualifikationsanspruch (Informationstechnologie, Planung, Medizin, Beratung), andererseits auf einfache Tätigkeiten mit relativ niedriger Bezahlung (Betreuung, Reinigung, Hilfstätigkeiten). Neue Dienstleistungsjobs entstehen an der Schnittstelle zwischen Markt und Staat (Outsourcing öffentlicher Institutionen, Regulierung, NGO's, NPO's) oder zwischen Erwerbstätigkeit und erwerbsferner Tätigkeit (oder Schwarzmarkt). Der Einsatz neuer Informationstechnologien fördert diese Trends, ist aber nicht die einzige Ursache.

Die Zahl der Berufe, die man ein Leben lang, oft bei dem- bzw. derselben DienstgeberIn ausüben kann, wird geringer. Weiterbildung und Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit werden wichtiger. Nicht standardisierte un-selbständige Beschäftigungsformen wie Teilzeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit breiten sich aus. Gleichzeitig gewinnt auch die selbständige Erwerbstätigkeit im Rahmen von Werkverträgen oder freien Dienstverträgen sowie in anderen Arbeitsformen, die einen hohen Grad an Zeitsouveränität gewähren, an Bedeutung. Viele dieser neuen Beschäftigungsverhältnisse sind nicht zur Gänze sozialversicherungsrechtlich abgesichert. Neuartige Arbeitsverhältnisse entstehen auch am oberen Ende des Qualifikationsspektrums, es handelt sich dabei um individualisierte, hochflexible und spezialisierte Tätigkeiten, häufig im konsultierenden Bereich. Manche werden zusätzlich zu einer Kernarbeit (oder im Anschluss daran) ausgeübt, manche als Einstiegsjobs im Anschluss an die Ausbildung.

Die Arbeitsnachfrage verschiebt sich von standardisierten Qualifikationen zu multidimensionalen Fähigkeiten. Erfahrungswissen gewinnt an Bedeutung; soziale Kompetenzen, Managementfähigkeiten sowie die Fähigkeit, Probleme und Konflikte zu lösen, treten in den Vordergrund. Ein Abweichen von oft lebenslangen Arbeitsverträgen mit relativ eng vorgeschriebenen Aufgaben, Arbeitszeit und Position (inklusive hierarchischem Aufstieg) ist sichtbar. Der Trend von den Produktions- zu den Dienstleistungsberufen erfordert größere Flexibilität in der Arbeitszeit, in der Tätig-

keit, im Ort der Arbeit. Diese Entwicklung, die von der Seite der ArbeitgeberInnen forciert wird, entspricht zum Teil auch den Wünschen der ArbeitnehmerInnen nach mehr Flexibilität in der Tages- und Wochenarbeitszeit und in der Urlaubseinteilung, wobei freilich die Präferenzen für Überstunden bzw. Reduktion der Arbeitszeit mit dem Lebenszyklus, den Partnern, der Familiensituation und dem Lebensalter wechseln. Allerdings müssen die Präferenzen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gleich gerichtet sein.

Diese Veränderungen erfordern von allen Erwerbstätigen die Bereitschaft, Änderungen zu akzeptieren, bieten ihnen aber auch die Chance, die Vielfalt der Möglichkeiten entsprechend den eigenen Präferenzen zu nutzen. Die neue Vielfalt bringt es mit sich, dass Automatismen und die derzeitigen Formen der sozialen Absicherung nicht mehr ausreichen, sie erfordert vielmehr Eigeninitiative und neue Formen der sozialen Absicherung. Die Vorteile der neuen Arbeitsformen sind ungleich verteilt: sie sind für besser Qualifizierte leichter zu nutzen und haben Nachteile für gering Qualifizierte und von Risiken Betroffene.

Diese Veränderungen unterbrechen den linearen Ablauf von Phasen der Ausbildung bis zur Vollerwerbstätigkeit und letztlich bis zur Pension. Häufiger als bisher wird schon während der Ausbildungsphase Joberfahrung gesammelt, die Berufslaufbahn wird häufiger unterbrochen; Berufsphasen werden von anderen Phasen abgelöst (für Ausbildung, Freizeit, Arbeitsplatzsuche, Familie). Der Übergang in die Pension wird fließend. Während Befristungen und Jobwechsel in der Eintrittsphase häufig ein Suchprozess in beiderseitigem Interesse sein können, ist die Freiwilligkeit und Symmetrie im mittleren Alter oft nicht mehr gegeben (Ausnahme: Kinderbetreuung).

### **Migration bremst Alterung, verhindert sie aber nicht**

Die Alterung der Bevölkerung ist ein weltweiter Trend. Er trifft Europa in überdurchschnittlichem Ausmaß, sowohl die alten als auch die neuen Mitgliedsländer. Weltweit wird 2050 erstmals der Anteil der Weltbevölkerung mit 60 Jahren und älter größer als der Anteil der „Jungen“ (jünger als 15 Jahre) sein. In den entwickelten Regionen hatten sich die relativen Anteile von jungen und älteren Menschen bereits 1998 gedreht.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Vereinte Nationen, *Alterung der Weltbevölkerung: 1950-2050, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Abteilung Bevölkerungsfragen, New York, 2001.*

Alterung ist ein tief greifendes Phänomen, d.h. es wirkt sich auf Wirtschaftswachstum, Ersparnisse, Investitionen, Konsum und Arbeitsmärkte aus. Ohne umfassende Maßnahmen würde ein höherer Anteil älterer Menschen an den Erwerbstätigen die Produktivität und den technischen Fortschritt wahrscheinlich dämpfen.<sup>3</sup> Alterung bringt Spannungen in das Pensions- und das Gesundheitssystem, verändert Besteuerung und Transferleistungen, beeinflusst Familienbeziehungen, Erbschaftszeitpunkt und Lebensgestaltung. Alterung ändert den Wohnungsbedarf und bewirkt Migration. Der Trend ist unumkehrbar, er ist auf sinkende Kinderzahl pro Haushalt und auf niedrigere Sterbeziffern zurückzuführen. Das Schrumpfen der Bevölkerung in Europa kann durch Migration verringert oder verschoben werden, die Kinderhäufigkeit kann durch familien- und transfer- bzw. betreuungspolitische Maßnahmen etwas erhöht werden.<sup>4</sup> Beides macht den Trend zur Hebung des Durchschnittsalters nicht rückläufig, mildert ihn jedoch ab.<sup>5</sup>

Europas Bevölkerung wird 2050 etwas kleiner und deutlich älter sein als heute. Die Geburtenzahl je Haushalt liegt weit unter der Reproduktionsrate. Die Lebenserwartung wird um weitere sechs Jahre steigen. Der Rückgang der Bevölkerung wird nach der derzeitigen Prognose der EU zwischen 2004 und 2050 nur geringfügig ausfallen, weil Migration den Geburtenrückgang fast kompensiert.<sup>6</sup> Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt allerdings schon ab 2010.<sup>7</sup>

### **Klimawandel und Ressourcenengpässe erzwingen Reaktionen**

Die Produktions- und Konsumprozesse der industrialisierten Länder und zunehmend auch der Schwellen- und Entwicklungsländer erweisen sich als ressourcenintensiv und nicht nachhaltig. Umwelt- und Energiefragen werden als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderungen erkennbar. Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft, die Urbanisierung auch in Europa sowie die vorherrschende Entwicklung bei Konsum- und Produktionsaktivitäten lenken die Aufmerksamkeit auf den globalen Klimawandel und die gegebenen Strukturen von Energie- und Verkehrssystemen. Die Erderwärmung stellt - wenn auch Ausmaß und Folgen nicht eindeutig vorhergesehen werden können - eines der größten, globalen Umweltprobleme dar. Die Verringerung der Kohlenstoffintensität

des Energieverbrauchs, eine Umgestaltung der Mobilitätssysteme sowie die Versorgungssicherheit für Energie bekommen einen zentralen Stellenwert. Die Politik reagiert darauf in Ansätzen und nach Ländern und Regionen unterschiedlich. In der EU steigt die Bedeutung der Besteuerung fossiler Energie, in Ansätzen werden in Städten Maut und Verkehrsplanung verstärkt. Ein europäischer Markt für CO<sub>2</sub>-Emissionen wurde geschaffen. Anstrengungen zur Steigerung der Effizienz des Energie- und Ressourceneinsatzes werden intensiviert, Bezug- und Transportwege werden diversifiziert.

Das nächste Jahrzehnt bringt weitere große Veränderungen, obwohl die bisherigen Veränderungen für viele schon unerträglich hoch waren. Dies deswegen, weil wir den gegebenen Status Quo immer als natürlich und erfreulich empfinden und weil Veränderungen mit Unsicherheit verbunden sind. Es gibt auch objektiv immer Gewinner und Verlierer gegenüber dem Status Quo. Aber auch der Status Quo war bei weitem nicht fair verteilt. Die Position jeder Person war weitgehend durch den sozialen Status der Eltern, der Umgebung definiert, er war durch Zufälle zum positiven oder negativen verrückt und nur zu einem kleinen Beitrag mit Eigenleistungen verbunden.

Die Chancen die Position zu verändern sind durch die Internationalisierung, Globalisierung, neue Technologien deutlich größer geworden. Der Geburtsort, die erlernte Qualifikation, die Bezugsgruppe in Schule und Jugend, traditionelle Familienstrukturen spielen künftig eine geringere Rolle. Die Heterogenität der Fähigkeiten, der Qualifikation, der Lebensbedingungen expandiert, die Berufschancen, die Arbeitszeit, die Ausbildung wird immer differenzierter, die Produkte und Technologien vielfältiger. Wahlmöglichkeiten erzeugen eine Unsicherheit, auf die mit neuen Formen von Sicherheiten und Fitnessangeboten reagiert werden muss. Die Sicherheit eines Mindesteinkommens soll verbunden werden mit der Verpflichtung zur Weiterbildung, mit einem wohl definierten Eigenbeitrag und beruflicher und regionaler Mobilität. Die Absicherung bei Krankheit und bei Fehlern in der Wahl des individuellen Weges oder der Lebensplanung, die Sicherheit in der Grundversorgung wird geleistet. Die Absicherung ist ökonomisch nur leistbar in einem Gesellschaftssystem mit

<sup>3</sup> Kramer, H., *Wirtschaftliche Folgen der Alterung*, Wien, 2003.

<sup>4</sup> Bezüglich Kinderhäufigkeit wird EU-weit ein Anstieg von 1,53 auf 1,62 pro Frau prognostiziert, in Österreich von 1,40 auf 1,45.

<sup>5</sup> Der Alterungstrend ist unterschiedlich: In entwickelten Ländern ist ein Fünftel der Bevölkerung 60 Jahre und älter, in den weniger entwickelten sind es 8%. Der „Belastungskoeffizient“, der angibt, wie viele Personen im erwerbsfähigen Alter einen älteren Menschen erhalten, sinkt von 12 Personen (1950) auf 8 Personen (2000) und wird bis 2050 auf 1:4 sinken (Vereinte Nationen, 2001).

<sup>6</sup> Die europäische Bevölkerung sinkt um 4 Mio. auf 454 Mio., das ist weniger als 1% (EU, Special Report, 1/2006).

Die Zuwanderung (Nettomigration) beträgt 40 Mio. Personen (0,3% p. a. mit abnehmendem Trend von 0,4% p. a. auf 0,2% p. a.). Nach Ländern wird für Deutschland ein Rückgang um 5% erwartet (für Personen im erwerbsfähigen Alter -10%). Weitere Rückgänge sind für Portugal, Italien und Griechenland prognostiziert. Diese Trends sind eine Prognose unter Status-Quo-Bedingungen. Strategien zur Beantwortung dieser Herausforderung wie Innovationspolitik, Ausbildung, Strukturwandel und neue Formen der Arbeitsteilung, aber auch gezielte Einwanderungspolitik oder Aufholprozesse in den Erweiterungs- und Nachbarländern sind nicht abgebildet.

<sup>7</sup> Der Rückgang zwischen 2004 und 2050 wird mit 48 Mio. oder 16% prognostiziert. Die Zahl der „Älteren“ steigt um 77% oder 58 Mio. Personen.

drei Eigenschaften: Effizienz, sozialem Augenmass und ökologischem Verständnis. In diesem System wird auch das Wachstumsziel akzeptiert und ein hoher Beschäftigungsgrad möglich sein.

*These: Die Herausforderung und das Tempo der notwendigen Veränderungen sind groß. Die richtige Reaktion darauf kann nicht in der Abschottung gegen Veränderungen liegen, sondern nur in der vorwärts gerichteten Gestaltung neuer Rahmenbedingungen. Die Veränderungen sind in aller Regel und im Schnitt Verbesserungen durch mehr Arbeitsteilung und größere Vielfalt in den Chancen, den Produkten und Dienstleistungen. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn wir die Möglichkeiten haben, die Umstände mitzugestalten bzw. durch unsere Ausbildung dazu befähigt werden. Die Rolle der Wirtschaftspolitik ist angesichts des Ausmaßes der Veränderungen größer als zuvor. Das gilt für alle Ebenen – weltweite Koordination, europäische Politik, nationale Politik - und für alle Teilstrategien: Nachfragepolitik, Angebotspolitik, Binnenmarktpolitik, Qualifizierung. Die Wirtschaftspolitik muss die Fähigkeit der Individuen stärken, ihre Lebensumstände zu gestalten und zu verbessern, sie muss die Qualifizierung erhöhen und Gestaltungsfähigkeiten forcieren. Die Arbeitslosenquote muss reduziert werden und das Langzeitproblem der Genderungleichheit muss in Angriff genommen werden. Die Politik ist gefragt, die Sozialpartner, die Firmen und jeder einzelne. Dann wird Veränderung als positive Chance gesehen und nicht als Unheil, das man vermeiden muss.*

### 3. Veränderungen sind in wachsender Wirtschaft leicht

Die Veränderungen sind leichter zu ertragen, wenn die Wirtschaft dynamisch ist. In der Terminologie der Ökonomie heißt das, wenn die Wirtschaft wächst. In einer wachsenden Wirtschaft bekommen die Jüngeren einen Arbeitsplatz, ohne dass ein Älterer in Pension geht. In einer wachsenden Wirtschaft kann jemand mit niedrigem Einkommen, großem Einsatz und neuen Ideen zur Mitte und dann vielleicht zu höheren Einkommen vorstoßen, ohne dass jemand mit mittlerem Einkommen in eine schwächer bezahlte Stelle wechseln muss.

Wachstum einer Volkswirtschaft bedeutet für die Einwohner steigende Wertschöpfung und hohe Einkommen. 70% der Wertschöpfung sind heute

Dienstleistungen, also bessere Gesundheitsdienste, mehr Kommunikation, neue Produktvielfalt. Selbst innerhalb der Güter entfällt ein erheblicher Teil der gestiegenen Wertschöpfung auf Qualitätsverbesserungen. Quantitatives Wachstum (ein Mehr an Gütern) kostet Ressourcen und belastet die Umwelt, besonders in Industrie, Bau und Verkehr. Diese Nebenwirkung kann aber durch Energiesparen, Ökosteuern und bewusstes Verhalten gemildert werden. Industrieländer mit hohem Einkommen können durch verbesserte Qualitäten und Dienstleistungen punkten und können Ressourcenschonung und Umweltbewusstsein mit höheren Einkommen verbinden.

Ob wir höhere Einkommen wollen ist eine Präferenzentscheidung. NiedriglohnbezieherInnen wollen sicher höhere Einkommen, das versteht sich. Aber auch BezieherInnen hoher Einkommen wehren sich vehement gegen jede Vermögensbesteuerung, nutzen jede erdenklichen Steuervermeidungstricks und streben nach Zusatzeinkommen. Und das auch in der „reichen“ Schweiz und in den „vermögenden“ USA.

Ohne Wachstum sinkt die Beschäftigung. Der gleiche Output kann jährlich mit 2% weniger Arbeitskräften erzeugt werden. Oft liegt das Wachstum leicht im Plus, die Beschäftigung leicht im Minus. Das heißt aber nicht, dass Wachstum und Beschäftigung nicht parallel gehen und sich gegenseitig bedingen. Das Wachstum ist zu niedrig um den Produktivitätsfortschritt zu kompensieren. Liegt es noch niedriger, so sinkt die Beschäftigung noch mehr. Der Zusammenhang ist intakt, wenn auch nicht immer augenscheinlich.

Prinzipiell könnte man eine gegebene Gütermenge auch mit mehr Leuten herstellen, die kürzer arbeiten. Sie müssen das aber zu niedrigeren Einkommen tun. Wenn sich dann die Stärkeren wehren, wenn sie Überstunden ansammeln, Nebenjobs annehmen, so steigt die Ungleichheit. Der/Die einfache ArbeiterIn hat diese Option nicht. Arbeitszeitverkürzung verbunden mit mehr Zeit für Ausbildung, Muße und Kultur wäre natürlich eine erfreuliche Perspektive. Wenn nur die niedrigeren EinkommensbezieherInnen nicht aufholen wollten und die reicheren nicht mächtig wären. Eine Arbeitszeitverkürzung ist eine passive Strategie, sie verstärkt Einkommensunterschiede, sie bedarf vieler Zwänge und Verbote, sie senkt die

Mobilität. Das heißt umgekehrt nicht, dass Wachstum alle Probleme löst. Menschen wollen nicht nur Geld, sondern haben auch soziale, gesundheitliche, kulturelle Ziele. Aber Geld ist nützlich um Ziele zu erreichen und Konflikte zu mildern. Bei niedrigem Wachstum werden als erstes Sozialleistungen gekürzt, die Umwelt und die Gesundheit zurückgestellt. Und die, die es sich richten können, arbeiten mehr, die anderen erleiden die Kürzungen.

### **Ist Globalisierung ein Nachteil?**

Unter Globalisierung wird allgemein die Erweiterung des Horizonts von Handlungen bezeichnet. Der relevante Aktionsradius expandiert von der regionalen Ebene letztlich bis zur weltweiten Ebene. Dies betrifft die Planung der Produktion, die Herkunft der konsumierten Produkte, die Diffusion von Technologien, Urlaubsplanungen, Informationsbeschaffung und letztlich auch die Wahl des Arbeitsplatzes und des Lebenspartners. Je nach Art der Globalisierung - oft auch nach der Rolle entweder als gestaltende/r Akteure/n oder als passiv Betroffene/r - wertet man Globalisierung als erfreulich oder bedrohlich, oft beides je nach Dimension.

Zu den gängigsten Indikatoren der Globalisierung zählt der Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen (Exporte und Importe) oder Firmenverlagerungen und Outsourcing. Von Globalisierung spricht man immer, wenn diese Tätigkeiten ferne Länder betreffen oder die Länder sehr unterschiedlich sind. Wenn es sich um die Reduktion von Handelshemmnissen handelt und dies unter Nachbarn, spricht man von Integration. Im kulturellen Bereich wird die weltweite Verbreitung von Information und Kulturgütern diskutiert, sei es positiv als multikulturelle Vielfalt oder negativ als Einheitsbrei aufgezwungen durch Hollywood, Big Mac oder Coca Cola.

Wie jede Vergrößerung der Optionen ist Globalisierung prinzipiell Wohlfahrt erhöhend. Wenn jede Region das anbietet, wofür sie die besten Voraussetzungen besitzt, und wenn jedes Gut dort abgesetzt wird, wo das Gut den höchsten Nutzen stiftet, so steigen Produktivität und Einkommen. Generelle Probleme treten dort auf, wo ein Land die Macht und die Wirtschaftskraft besitzt, einem anderen Regeln aufzuzwingen und lokale Alternativen zu verdrängen ohne sie vollwertig zu ersetzen. Dann kommt es zu keinem fairen Tausch und Konsumnutzen und auch Arbeitsplätze

gehen verloren. Spezifische Probleme tauchen dann auf, wenn der Wandel von der regionalen Struktur zur globalen Wirtschaft sehr schnell stattfindet. Jeder Wandel bringt zumindest kurzfristig Gewinner und Verlierer. So verlieren im wohlhabenden Land die Arbeitnehmer mit geringen Qualifikationen, da im ärmeren Land ähnlich qualifizierte Arbeitnehmerln zu einem noch niedrigeren Lohn anbieten. Prinzipiell würde auch die Gruppe der Niedrigqualifizierten im Hochlohnland profitieren, wenn sie Zeit und Gelegenheit zur Umschulung in höher qualifizierte Tätigkeiten hätte und nutzen könnte.

Das Land mit den niedrigeren Einkommen profitiert durch den Technologietransfer zusätzlich zum Warenhandel. Globalisierung führt daher tendenziell zu einer Angleichung der Einkommensunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Diesmal besteht theoretisch eine größere Gefahr für Qualifizierte, da ihre Qualifikation oft durch den Import von Gütern (Maschinen, Technologie) ersetzt wird. Allerdings sind sie flexibel genug, in dem Restrukturierungsprozess neue Positionen zu übernehmen. Die tatsächliche Anpassungslast bleibt bei den gering Qualifizierten, die von höherer Arbeitslosigkeit betroffen sind oder vom Land in die Stadt abwandern. Nachteile der Globalisierung können auch dann auftreten, wenn die Kulturen sehr unterschiedlich sind und eine Kultur durch wirtschaftliche Macht, größere Aggressivität oder bessere Kommerzialisierung einer anderen ihre „Leitkultur“ aufdrängt oder wenn die heimischen Eliten zwecks rascherer Entwicklung der endogenen Entwicklung im Verhältnis zur Attraktivität für Auslandsinvestitionen zu geringe Aufmerksamkeit schenken.

Globalisierung wird also insbesondere dann ein ökonomischer, humanitärer und kultureller Erfolg sein, wenn der Prozess unter gleich starken Regionen nach geordneten Spielregeln stattfindet. Tatsächlich wird der Begriff Globalisierung allerdings meist besonders auf Wirtschaftsbeziehungen angewandt, die zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ablaufen. Hier sind die potentiellen Erträge besonders hoch, aber auch die Gefahr der Ungleichgewichtigkeit. Eine Begleitung der Globalisierung durch eine Wirtschaftspolitik, die den Wandel aktiv unterstützt und Regeln garantiert, die das Tempo der Entwicklung, die Regeln

des Tausches und die Fairness der Beziehungen garantiert, kann diese Vorteile absichern. Ist dies nicht gegeben, so regt sich der Widerstand gegen Globalisierung. Die Errichtung neuer Mauern und die Einführung von Verboten sind jedoch nicht empfehlenswert, da dadurch die Vorteile verloren gehen. Faire Bedingungen, die Bekenntnis zur Vielfalt und das Wissen, dass der Prozess kurzfristig auch Verlierer erzeugt, denen bei der Anpassung geholfen werden muss, ist entscheidend. Leitbilder, die neben Effizienz auch soziale, ökologische und kulturelle Werte anerkennen, sind notwendig.

### Sinkende Lohnquote ein Schicksal?

Die Lohnquote ist international und national rückläufig. Sie ist der Anteil der Einkommen, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgezahlt wird. Sie ergänzt sich mit der Gewinnquote auf 100%. Die Konzepte sind nicht immer scharf, da auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Aktien und Wertpapiere besitzen. Der Rückgang der Lohnquote seit etwa 1980 ist in Österreich stärker, wenn man ein bereinigtes Konzept verwendet (z. B. berücksichtigt, dass die Zahl der Beschäftigten steigt), aber dieses Konzept ist angesichts der Zunahme neuer Arbeitsverhältnisse, Teilzeit-, Doppelbeschäftigung und neuer Selbständigkeit problematischer denn je. Auch muss man wissen, dass die Lohnquote bis 1980 kräftig gestiegen ist, heute „unbereinigt“ auf den Wert von 1970 zurückgefallen ist; berücksichtigt man den Anstieg der Beschäftigung, so liegt sie allerdings niedriger als vor dem Anstieg.<sup>5</sup>

Die Reduktion der Lohnquote war zunächst von vielen Ökonomen begrüßt worden, weil das Geld Absicherung von Risiken bringt, für Investitionen, Internationalisierung und Innovationen. Jetzt gewinnt die Meinung Oberhand - auch in der EU und der Weltbank -, dass ein weiterer Rückgang der Lohnquote nicht mehr angestrebt werden soll, weil das Konsum kostet und die Verteilung zugunsten hoher Einkommen verzerrt. Die Lohnquote ist nicht nur Folge der Verhandlungen und der politischen Gestaltung sondern auch ökonomischer Trends. So dürfte die Technologie (z. B. Informationstechnologie) die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit erhöhen und einfache Arbeit entbehrbarer gemacht haben. Damit gehen die Löhne im weniger qualifizierten Bereich zurück und steigen bei den Technikern und

SoftwarespezialistInnen. Auch die Globalisierung senkt in reichen Ländern die Nachfrage nach einfacher Arbeit (weil sie nun durch Zuwanderung oder durch billige Produkte reichlicher wird).

Eine Konstanz der Lohnquote wäre erreicht, wenn die Reallöhne pro Kopf genau so rasch wachsen wie die Produktion pro Kopf. Nun liegen aber schon meist die Forderungen der Gewerkschaft unter diesem Indikator und die Abschlüsse noch mehr. Die Ursache dafür ist, dass die Produktivitätssteigerung und damit der Lohnspielraum in den Firmen einer Branche sehr unterschiedlich sind. Da es auch viele schlecht verdienende Firmen gibt und die Gewerkschaft nicht will, dass diese in Schwierigkeiten kommen, ist die Lohnpolitik „im Schnitt“ vorsichtig.

Will man die Lohnquote konstant halten, müssen daher die Lohnzuwächse nach dem Erfolg der Firmen unterschiedlich sein. Gut verdienende Firmen zahlen höhere Löhne und können auch höhere Zuwächse haben. Und das nicht nur einmal sondern ständig. Dies ist nicht ganz unproblematisch: man könnte auch einheitlich höhere Lohnabschlüsse verlangen und das als Strukturpeitsche verwenden. Dieser Ansatz findet aber keine breite Zustimmung in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung noch hoch sind. Zweitens könnte man die Differenzierung der Lohnsteigerungen den Betrieben selbst überlassen. Das hat aber auch Nachteile. Die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen auf Betriebs-ebene ist in der Regel geringer und die Gewerkschaft verliert an Bedeutung und Mitgliedern. Die dritte Möglichkeit ist, in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen Formeln auszuhandeln, in denen Erfolgskomponenten festgelegt werden. Zusätzlich zur normalen Lohnrunde definierte produktivitäts- und gewinnabhängige Zahlungen können in höheren Lohnsteigerungen, in Prämien, Sonderzahlungen und in Mitarbeiterbeteiligungen liegen. Sie können in schlechten Jahren reduziert werden, sollten aber im Prinzip dauerhaft sein, wenn die Lohnquote konstant bleiben soll.

*These: Je einheitlicher die Lohnerhöhung auf Branchenebene und innerhalb der Branchen liegt, desto niedriger liegt die durchschnittliche Lohnerhöhung. Bei der gegenwärtigen Heterogenität der Gewinnlage nach Firmen z.B. zwischen*

<sup>5</sup> Die Lohnquote liegt 2007 in Österreich, Deutschland und der EU fast exakt auf dem gleichen Wert von 67%.

*Industrie und Dienstleistungen aber selbst innerhalb der Branchen, wird eine einheitliche Rate immer unter der Produktivitätssteigerung liegen. Da Gewinne auch in Zukunft zwecks Internationalisierung und Risikenübernahme sehr wichtig sind, erhöhen Mitarbeiterbeteiligungen gleichzeitig das Vermögen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Kapitalbasis der Unternehmen. Auf freiwilliger Basis (Wahlrecht zwischen Bonuszahlung und Beteiligung) sind sie daher ein Instrument, das Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und Lebenseinkommen der ArbeitnehmerInnen gleichzeitig erhöhen kann.*

### **Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell**

Aus der Perspektive amerikanischer Ökonomen, der OECD und dem Internationalen Währungsfonds leidet Europa unter der Höhe der Steuern, der Größe des Staates und der Regulierung vieler Lebensbereiche. Tatsächlich übernimmt der Staat in Europa - mit Unterschieden nach Ländern - eine höhere Verantwortung für die Wohlfahrt der Mitglieder. Er versichert gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Behinderung und verhindert Armut im Alter. Die Arbeitsbeziehungen sind durch Arbeitsgesetze und Kollektivverträge geregelt, es gibt betriebliche Mitbestimmung. Die Gründung von Firmen und ihre Führung ist teilweise an den Bedarf, teilweise an Qualifikationen gebunden. Einkommensunterschiede werden durch Transfers auf der einen Seite und progressive Steuern auf der anderen Seite begrenzt, das Ausbildungs- und Gesundheitssystem ist großteils öffentlich. Die Nutzung von Energie und Umwelt und Emissionen sind in stärkerem Maß reguliert, teilweise besteuert. Diese Elemente erlauben uns, von einem gemeinsamen europäischen Modell zu sprechen.

Das Europäische Modell ist nach Ländern unterschiedlich. Die nordischen Länder haben bei einem generell höheren Umfang des Staatssektors und der Absicherung geringerer Einkommensunterschiede, das Wohlfahrtsystem ist mehr durch Steuern und weniger durch lohnabhängige Beiträge gedeckt. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht sind verringert.

Die kontinentalen Länder haben branchenspezifische Kollektivverträge, höhere finanzielle Leistungen (Kindergeld) und niedrige Sachleistungen (Kindergärten). Die südlichen Länder sind noch stärker von Unterstützungen innerhalb der Familie abhängig. Die britischen Länder binden Sozial-

leistungen an die Bedürftigkeit („Means test“). Das Schutzniveau ist generell geringer - allerdings ist gerade der Gesundheitssektor großteils öffentlich.

Interessanterweise sind in den letzten fünfzehn Jahren gerade die nordischen Länder mit ihrem umfassenden System wirtschaftlich erfolgreicher. Sie konnten besonders nach einer Krise Anfang der neunziger Jahre rasch wachsen, die Arbeitslosigkeit abbauen und haben eine höhere Beschäftigungsrate. Sie wissen, wie schwer es ist, einen umfassenden Wohlfahrtsstaat zu erhalten und wie leicht die Konkurrenzfähigkeit verloren gehen kann. Sie haben ihre Arbeitsmärkte insbesondere bei Zeit- und Teilzeitverträgen entreguliert. Sie verbinden Flexibilität für Firmen mit Sicherheit (höheren Ersatzleistungen und effizienten Schulungen) für die ArbeitnehmerInnen. Und sie investieren aktiv in die Zukunft. Diese Länder haben die höchsten Forschungsausgaben, die beste Ausbildung und Weiterbildung, sie investieren in die Telekommunikation und Biotechnologie. Alles das ist bei ausgeglichenen Budgets möglich.

Insgesamt ist das europäische Modell der anspruchsvollste Versuch, die Ziele der Effizienz, der sozialen Absicherung und der ökologischen Verantwortung zu verbinden. Auch wenn es Lücken im Wohlfahrtsstaat gibt und auch Probleme in der Wettbewerbsfähigkeit oder in der Verfolgung einer vorwärts gerichteten Agenda, so ist das System einer Gesellschaft mit hohem Einkommen gerechter als das amerikanische System. Wird es reformiert und flexibilisiert, gibt es Anreize zu investieren und zu forschen bei gleichzeitiger Sicherheit, dann ist das europäische System auch wettbewerbsfähig und kann in der globalisierten Welt mithalten.

## **4. Ein Exkurs zu Teilzeit und Gendergerechtigkeit**

Teilzeitbeschäftigung hat eine doppelte Funktion. Ist sie unfreiwillig und tritt sie an Stelle einer bisherigen Vollzeitbeschäftigung, so erhöht sie Einkommensdifferenzen. Ist die Teilzeitbeschäftigung ein Zusatzverdienst zu einem niedrig bezahlten Vollzeitjob oder die Ergänzung zu einem niedrigen Haupteinkommen, so senkt sie die Ungleichheit der Haushaltseinkommen. Teilzeit – durch ein bisher nicht erwerbstätiges Mitglied des Haushaltes oder durch einen kurzfristigen Zweitjob - ermöglicht auch

höhere Einkommen in der gewünschten Phase des Lebenszyklus (Ansparen auf Wohnung) und erlaubt Betrieben eine flexiblere Produktion.

Teilzeit ist ökonomisch notwendig. Die gesellschaftliche Aufgabe ist, sie als Übergangsphase zu definieren, ihre Wahl auch von privaten Präferenzen abhängig zu machen und sie zu gestalten. Teilzeit erleichtert den Übergang von Beschäftigungslosigkeit zu Beschäftigung, von Ausbildung zu Beruf, von Beruf zu Pension, von einer Qualifikation zur anderen. Sie muss mit Rechten und Sozialleistungen verbunden sein, nach einer Phase der Flexibilität muss es eine Priorität für Sicherheit und Vollzeit geben. Firmen, die dauerhaft einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten haben, sollten einen höheren Beitrag zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung zahlen. Betriebe, die den Übergangs- und Ausbildungscharakter sowie ein altersspezifisches Personalmanagement forcieren, könnten einen geringeren Beitrag zahlen oder einen Steuerbonus bekommen. Überstunden im Sommer können durch ein Bildungskonto (Zeitkonto) oder eine durchgehende Phase der Ausbildung im Winter abgegolten werden.

Ein großer Unterschied zwischen österreichischen und skandinavischen Ländern liegt darin, dass Teilzeit bei uns größtenteils weiblich ist und die Stunden in den Teilzeitverträgen deutlich niedriger liegen. Durch ein qualitativ hochwertiges, leistbares und flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder und ältere Personen und effiziente Ausbildungssysteme erreichen die skandinavischen Länder über den gesamten Lebenszyklus für beide Geschlechter eine hohe Erwerbsbeteiligung. Die Zahl der flexiblen Verträge (Teilzeit plus befristete Verträge) ist gleichzeitig höher als in den kontinentalen Ökonomien.

*These: Teilzeitbeschäftigung kann ein gewollter und positiver Übergang von Nicht-Beschäftigung und Ausbildung in die Beschäftigung sein und ist ein notwendiges Element der Konkurrenzfähigkeit. Teilzeit für den Zweck der Weiterbildung oder Sabbaticals sollen forciert werden. Überdurchschnittliche Nutzung von Teilzeit durch Betriebe soll sich in höheren Kosten, z.B. Arbeitslosenversicherung, niederschlagen, Personalmanagement, das altersgerechte Berufskarrieren ermöglicht, könnte belohnt werden. Die Ungleichheit der Nutzung der Teilzeit nach Geschlechtern weist auf die Vernachlässigung der*

*qualifizierten Arbeitskraft der Frau hin, ebenso auf die unberechtigte und unverständliche Skepsis gegen Teilzeitbeschäftigung bei Männern. Viele Aufgaben des Haushaltes, die am Marktsektor angeboten werden können, werden mangels marktmäßigem Anbot im Haushalt erledigt (Kinderbetreuung, Wohnungsreparatur, Gartenpflege). Auf der anderen Seite werden ehrenamtliche Tätigkeiten – für Leute, die nicht oder nicht mehr am Marktsektor arbeiten wollen und müssen – wenig genutzt. Flexibilität ist ein Vorteil für Firmen, sie kann es auch für ArbeitnehmerInnen sein; sie muss gemanagt, balanciert und gendgerecht gestaltet werden.*

## 6. Zusammenfassung

Der Wandel verlangt nach wirtschaftspolitischer Begleitung. Wahrscheinlich mehr als bisher, jedenfalls eine andere als im vorigen Jahrhundert. Das WIFO-Weißbuch zeigt den Weg: Wachstum soll auf der Basis von Innovation und Qualifikation stattfinden und so zu Vollbeschäftigung zurückführen und soziale und ökologische Zielsetzungen leichter durchsetzen.

Wachstum soll nicht auf Basis von niedrigen Löhnen und geschlossenen Grenzen erfolgen, sondern in einer dynamischen, offenen Umgebung. Die Strategie baut auf vier Säulen auf:

- Erstens muss der Motor gestärkt werden: durch Innovation, bessere Ausbildung, Weiterbildung. Durch bessere Infrastruktur. Das sind nicht nur Straßen und Bahnen, sondern Breitband, Logistik, Engpassmanagement.
- Zweitens müssen Bremsen gelockert werden: Wettbewerb wird noch immer als Gefahr gesehen, Gründungen erschwert. Flexibilität und Teilzeit werden als Nachteile verdammt aber nicht abgesichert. Der öffentliche Sektor hilft nicht, sondern bremst. Grenzsteuersätze auf Arbeit sind hoch, schon bei niedrigen Einkommen klafft ein Loch zwischen Kosten für die Firma und Nettolohn für den Beschäftigten.
- Drittens müssen die Stärken genutzt werden: die alten im Tourismus, die neuen in Gesundheitsbereich, in Umwelttechnologie und bei erneuerbaren Energieträgern.
- Das Sozialsystem muss zur Produktivkraft werden. Gender-Gleichheit muss Realität werden, Jobs müssen aktiv definiert, nicht passiv unterbe-

zahlt werden, Engagements müssen mit Sozialleistungen verknüpft werden, Migrantinnen und Migranten müssen qualifiziert und integriert werden. Dann kombinieren wir Effizienz mit Sozialem und Umwelt. Nur Maßnahmen entlang aller dieser vier Linien - keine Einzelmaßnahmen - helfen die Herausforderungen zu bewältigen. Die Arbeitslosigkeit heute und die Alterung morgen. Damit das Ganze aber finanzierbar bleibt, müssen die Budgets radikal umgeschichtet werden: Staatsreform, Verwaltungsvereinfachung, Haushaltsrechtsreform, damit zusätzliche Milliarden Euro in Bildung, Forschung und Gesundheit fließen können. Die Abgabenquote zu erhöhen wäre ein Fehler, weil sie schon höher ist und Österreich an der Kante liegt.

Ohne Sparen und Umschichten gibt es kein Wachstum. Ohne Qualitätsstrategie und Integration keine Konkurrenzfähigkeit. Ohne Lernen und Freude an Veränderungen keine Arbeitsplätze. Die Herausforderung ist groß, die Möglichkeiten sind erfreulich. Wir müssen sie nutzen, die Politik, die Institutionen und der Einzelne. Die Chancen sind groß, die Weltwirtschaft wächst, besonders die Wirtschaft in Ländern in unserer Nähe.

*Prof. Karl Aiginger*

*Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien*

## Literaturhinweise

*Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination), WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO-Monographien, 10/2006.*

*Aiginger, K., Guger, A., The European Socio-Economic Model, Differences to the USA and Changes Over Time, in Giddens, A., Liddle, R., Diamond, P. (eds.), Global Europe, Social Europe, Polity Press, Cambridge, United Kingdom, 2006, pp. 124-150.*

*Aiginger, K., Guger, A., "The Ability to Adapt: Why it differs between the Scandinavian and Continental European Models", in Intereconomics,*

*Review of European Economic Policy, Vol. 41, No. 1, January/February 2006, pp. 14-23.*

*Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO, 2006.*

*Aiginger, K., "Towards a New European Model of the Reformed Welfare State: An Alternative to the United States Model", Economic Survey of Europe, United Nations, New York and Geneva, No. 1, 2005.*

*Aiginger, K., The Economic Agenda: A View from Europe, in Economic Agenda of the 21st Century, Special Issue: Review of International Economics, 2004, Vol. 12(2), S. 187-206.*

*Aiginger, K., The Importance of Labour Market Reforms for Economic Growth, 2004.*

*Aiginger, K., The Three Tier Strategy Followed by Successful European Countries in the 1990s, International Review of Applied Economics, Vol. 18(4), 2004, S. 399-422.*

*Aiginger, K., Guger, A., Das europäische Gesellschaftsmodell, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, September 2005.*

*Aiginger, K., Guger, A., The European Social Model: from an alleged barrier to a competitive advantage, in Journal of Progressive Politics, Herbst 2005, Vol. 4.3, S. 40-47.*

*Aiginger, K., Guger, A., The European Socio-Economic Model, Differences to the USA and Changes Over Time, 2005.*

*Bassanini, A., Scarpetta, S., Hemmings, P., "Economic Growth: The Role of Policies and Institutions. Panel Data Evidence from OECD Countries", Economics Department Working Papers, 2001, (283).*

*Bichl, N., Schmid, C., Szymanski, W., Das neue Recht der Arbeitsmigration. Kommentar zum Ausländerbeschäftigungsgesetz und Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz samt einer Einführung aus der Sicht der Praxis, Wien, Graz, 2006.*

*Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich, WIFO, 2006.*

*Bock-Schappelwein, J., "Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(7).*

*Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Zukunft der Arbeit, Ein Literaturüberblick,*

- WIFO-Monographien, 4/2005.
- Dotsey, M., Sartre, P.D.*, Inflation, uncertainty and growth in a cash-in-advance economy, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 45, 2000, S. 631-655.
- Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijck, A., Myles, J.*, *Why We Need a New Welfare State*, Oxford University Press, Oxford, 2002.
- Fischer, S.*, "Long Term Contracts, Rational Expectations and the Optimal Money Supply", *Journal of Political Economy*, Vol. 85(1), 1977, S. 191-206.
- Guger, A.*, „Die Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Distributionspolitiken – Trends im internationalen Vergleich“, in Held, M., Kubon-Gilke, G., Sturn, R. (Hg.), *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 5: Soziale Sicherung in Marktgesellschaften*, Marburg, Metropolis (Vorankündigung), 2006.
- Guger, A., Marterbauer, M.*, Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, WIFO-Monatsberichte 9/2005.
- Guger, A., Marterbauer, M.*, Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich, WIFO-Monographie, 2004.
- Guger, A.*, "Verteilungspolitik als Strukturpolitik", *Kurswechsel*, 1989, (3), S. 31-42.
- Kaniovski, S., Walterskirchen, E.*, *Flexibilisierung der Arbeitszeit*, WIFO, 2004.
- Kramer, H.*, *Wirtschaftliche Folgen der Alterung*, Wien, 2003.
- Österreichische Sozialpartner*, *Bad Ischler Erklärung*, Wien, 2006.
- Sapir, A., Aghion, Ph., Bertola, G., Hellwig, M., Pisani-Ferry, J., Rosati, D., Vinals, J., Wallace, H.*, *An Agenda for a Growing Europe: Sapir Report*, Oxford University Press: Oxford, 2004.
- Tichy, G.*, Ist Flexibilisierung wirklich unsere einzige Chance? Taktische und strategische Reaktionen auf die ‚New Economy‘, in Zilian H. G., Flecker, J. (Hrsg.), *Steuerungsebenen der Arbeitsmarktpolitik*, München und Mering Hampp, 2002.
- Tichy, G.*, Die 'Neue Unsicherheit' als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Band 6(3), 2005, S. 385-407.
- Vereinte Nationen*, *Alterung der Weltbevölkerung: 1950-2050*, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Abteilung Bevölkerungsfragen, New York, 2001.





# Audiomitschnitt der Wissenschaftlichen Enquete

Dies ist eine MP3-CD. Sie können Sie auf jedem PC sowie auf vielen neueren CD- bzw. DVD-Playern wiedergeben.

01	Josef STAUDINGER	09 ' 07 "
02	Mag. Helmut GUTH	06 ' 31 "
03	Dr. Susan GEORGE	33 ' 37 "
04	Prof. Dr. Eckart HILDEBRANDT	31 ' 30 "
05	Univ.-Prof. Helga WEISZ	32 ' 57 "
06	Univ.-Doz. Beate LITTIG	29 ' 43 "
07	Prof. (FH) Tom SCHMID	24 ' 56 "
08	Univ.-Prof. Nikolaus DIMMEL	33 ' 43 "
09	Dr. Erwin BUCHINGER	23 ' 23 "
10	Prof. Karl AIGINGER	28 ' 35 "
11	Diskussion	91 ' 44 "

